

Heft 169

Ausgabe 1 | 2009
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro



spw

Interview mit Sylke Tempel
 Hamas und Fatah vor
 einen Wagen spannen

Zeit für einen neuen » New Deal

Eckhard Hein / Achim Truger
 Finanzmarktkrise und globale
 Rezession – Konjunkturpakete
 sind nicht genug!

Michael R. Krätke
 New Deal, neues Bretton
 Woods und was dann?

Kurzum | von Felix Welti

» „Dafür bin ich kein Experte.“ Immer mehr Ortsvereinsvorsitzende, Abgeordnete, Lehrende oder Schreibende haben keine Meinung mehr über Gesundheitsfonds, Rentenformel, Föderalismusreform, Umbau der Automobilindustrie oder Krieg und Frieden. Sie verweisen auf die Experten: Fachsprecher, Räte, Institutschefs. Auch das private Leben wird ihnen überlassen. Kann man ohne „Fachlichkeit“ noch Kinder erziehen oder Schulden tilgen? Wie man aus Geld mehr Geld macht, wissen Anlageberater und Fondsmanager, ob man Menschen töten darf, weiß der Ethikrat. Zunächst scheint der Verweis auf Experten noch sympathische Bescheidenheit, Einsicht in die Notwendigkeit der Arbeitsteilung. Doch wenn die Teile eines scheinbar fachlich geführten Staates oder Lebens kein Ganzes mehr ergeben, wenn die Teilsysteme der Gesellschaft immer weniger durch Politik und Recht integriert werden, kann mehr Spezialisierung zu weniger Rationalität führen.

» Schon Karl Marx erkannte, dass in der Arbeitsteilung nicht nur enorme Potenziale liegen, sondern dass die Ausbildung des Fachwesens und die Parzellierung des Menschen auch eine Nation von Heloten schaffen können (MEW, 23, 375). „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen.“ sagte Immanuel Kant. Dass die Ursachen der Unmündigkeit vor allem Faulheit und Feigheit seien, wie Kant weiter ausführt, ist mit guten Gründen zu bestreiten. Doch demokratischer Sozialismus ist nicht die Herrschaft der besser meinenden Fachleute, sondern will, dass Menschen mehr Herrschaft über und Verantwortung für ihr Leben und ihre Gesellschaft haben.



☞ Dr. Felix Welti ist Professor für Sozialrecht und Verwaltungsrecht an der Hochschule Neubrandenburg und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto: privat

» Wo sind die Experten, die kapitalgedeckte Altersvorsorge als überlegen propagiert haben? Wo sind Rürup und Hartz heute? Gibt Gott dem Verstand, den der Parteivorstand beruft, den Bertelsmann bezahlt, den Anne Will einlädt? Aufsichtsratsmitglieder, Abgeordnete, selbst Minister, die es wagten, Fragen an die Experten zu stellen, wurden als Störer behandelt. Wer verstehen statt glauben wollte, störte die Kreise der scheinbar Wissenden. Die Sozialdemokratie muss in ihrer ganzen Breite die selbst verschuldete Unmündigkeit hinter sich lassen, will sie erreichen, dass auch die Bevölkerung wieder Interesse an ihren Interessen bekommt.

Kurzum: Wer die soziale Demokratie will, kann die wichtigen Fragen des Lebens und der Gesellschaft nicht den Experten überlassen. Sie müssen – zumal im Jahr einer Bundestagswahl – dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden. Aufgabe politischer Kräfte ist es nicht, der Komplexität auszuweichen, sondern sie auf die Kernfragen zu reduzieren. Gesundheitsfonds, Rentenformel, ökologischer Umbau, Krieg und Frieden dürfen 2009 keine Expertenfragen bleiben. ■

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
Jutta Blankau (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susí Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
René Rösper (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Anja Kruke
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Redaktionsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Müllerstraße 163, 13353 Berlin
Telefon 030 - 4 69 22 35
Telefax 030 - 4 69 22 37
redaktion@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit

sieben Heften im Jahr.

Jahresabonnement Euro 39,-

(bei Bankeinzug Euro 37,-)

Auslandsabonnement Euro 42,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei

Monaten zum Jahresende.

ISSN 0170-461 - K 5361

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2009.

Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
Düsseldorf

Titelfoto:

www.fotolia.de; © mdfiles

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
1.-3. Tausend, Februar 2009

■ Meinung

Einseitige Solidarität hilft keiner Seite | Niels Annen 4
Zum Streit um die Rehabilitierung der „Kriegsverräter“

| Helmut Kramer 5

■ Pro: Konjunkturpaket der Bundesregierung

– ökologisch nachhaltig? | Matthias Machnig 6

■ Contra: Konjunkturpaket der Bundesregierung

– ökologisch nachhaltig? | Hubert Weiger 7

Hamas und Fatah vor einen Wagen spannen

| Interview mit Sylke Tempel 8

■ ■ Im Fokus: Zeit für einen neuen New Deal

Einleitung zum Schwerpunkt

| Kai Burmeister, Stefan Stache 10

Finanzmarktkrise und globale Rezession –

Konjunkturpakete sind nicht genug!

| Eckhard Hein, Achim Truger 14

Welche Wirtschaftspolitik nach der Finanzkrise?

Zur Aktualität der Kernaussagen

von John Maynard Keynes

| Kai Burmeister, Till von Treeck 21

Der Neoliberalismus verschwindet nicht von selbst

| Lucas Zeise 27

New Deal, neues Bretton Woods und was dann?

| Michael R. Krätke 34

Rezension: Aufschwung für Deutschland

| Achim Truger 40

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus | Gesa Rünker 42

Stichwort zur Wirtschaftspolitik:

„Bad Bank“ oder Staatsbeteiligung an Banken?

| Arne Heise 43

Linkswende 09 | Franziska Drohsel 45

Leiharbeitsbranche – weitere Reformen sind nötig

| Björn Lüttmann, Gabriele Hiller-Ohm 48

Für einen Neuen Generationenvertrag! | Axel Gerntke 53

Jahresregister 2008 56

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen:

Ulrike Hensel als Vorsitzende des ProMS-Nord bestätigt,

DL21-Konvent am 28./29. März 2009 61

5 Fragen an ... Tanja Hartwig 62

Einseitige Solidarität hilft keiner Seite

von Niels Annen

» Es ist dies nicht der Ort und nicht die Zeit, angesichts der militärischen Eskalation zwischen Israel und Palästina die Schuldfrage zu stellen. Und wie könnten in einem Konflikt, der die Region seit über 60 Jahren prägt, noch Ursache und Wirkung bestimmt werden? Verantwortung trifft auch die internationale Gemeinschaft: Durch das von US-Präsident Bush geschaffene politische Vakuum wurden Jahre vergeudet und radikale Kräfte weiter gestärkt. Dabei liegt die Lösung seit langem auf der Hand. Denn nur eine Rückkehr zu glaubwürdigen Verhandlungen über die Grenzen Israels und des palästinensischen Staates, über Jerusalem, die Siedlungen und die Flüchtlinge wird die Hamas und den iranischen Einfluss schwächen. Dazu bedarf es des dezidierten politischen Willens der USA, auf deren Präsidenten Barack Obama nun große Erwartungen gerichtet sind.

» In den vergangenen Wochen haben europaweit Tausende von Menschen für ein Ende der militärischen Auseinandersetzungen demonstriert. Doch selten taten sie dies in gemeinsamer Anklage beider Konfliktparteien. Gerade in Deutschland fanden in der Regel Kundgebungen für Palästina einerseits und Israel andererseits statt. Dabei sind weder die einen noch die anderen nur als Opfer oder nur als Täter zu betrachten. Es müssen die politischen Eliten beider Seiten angeklagt werden, die unfähig oder unwillig waren, ihren Anhängern zu vermitteln, dass es keine politische Alternative zu einer beidseitigen Anerkennung der Grenzen von 1967 geben kann. Selbst Premierminister Olmert hat sich letztes Jahr zu dieser überfälligen Erkenntnis durchgerungen. Bisher jedoch ohne erkennbare Folgen.

Was kann nun die Sozialdemokratie, was eine verantwortungsvolle deutsche Politik in dieser Lage tun? Ich halte wenig von Forderungen nach einer Aufnahme Israels in die NATO oder der Debatte über eine deutsche Beteiligung an einer UN-Blauhelmission, wie sie auch in der SPD zu hören sind. Nicht primär wegen unserer deutschen Geschichte, denn die Akzeptanz von deutschen Soldaten durch beide Konfliktseiten muss ohnehin vorab gesichert sein, wie der Libanon-Einsatz UNIFIL gezeigt hat. Aber was soll das Ziel einer solchen Blauhelmission sein? Das Problem der Verelendung Gazas durch die komplette Abriegelung nach allen Seiten bleibt dadurch ungelöst. Wir müssen uns davor hüten, durch eine Blauhelmission den Weg für eine Perpetuierung des Zustands der Isolation von Gaza zu ebnen. Israel, Ägypten, Hamas, Fatah und die anderen Parteien in diesem Konflikt müssen sich an einer langfristigen und nachhaltigen Lösung beteiligen, an deren Anfang das Ende der Blockade, aber auch das Ende des Waffenschmuggels und des Kassam-Beschusses steht.

» Deutschland kann nur dann eine konstruktive Rolle in diesem Konflikt spielen, wenn es sich nicht an die Seite eines Konfliktpartners stellt. Uns allen aber muss klar sein: Jede Lösung, die die Hamas nicht einbezieht, wird instabil sein. Länder ohne Berührungsängste in dieser Hinsicht, wie Saudi-Arabien und die Türkei, können dabei eine wichtige Rolle spielen. ■



➔ Niels Annen (35), MdB und Herausgeber der spw, lebt in Hamburg.

Foto: privat

Zum Streit um die Rehabilitierung der „Kriegsverräter“

von Helmut Kramer ■ ■

Seit Oktober 2006 schmort im Bundestag ein Antrag, der eigentlich nicht zu den „schweren Brocken“ gehört. Worum es geht, ist nichts Anderes, als die Bereinigung von schrecklichem NS-Unrecht. Nach jahrelangem Widerstreben konnte sich die rot-grüne Koalition im Jahre 2002 zwar endlich dazu durchringen, auch alle Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“ der Wehrmacht pauschal zu rehabilitieren, die „Kriegsverräter“ klammerte man aber weiterhin bewusst aus. Die Sachverhalte, auf die die Wehrmachtsgerichte die Verurteilung wegen „Kriegsverrat“ (§ 47 Militärstrafgesetzbuch) stützten, waren durchweg nichts anderes, als widerständiges und humanitäres Verhalten. Resistent gegen diese Forschungsergebnisse und unbeirrt davon, dass jede Behinderung des mörderischen und selbstmörderischen NS-Angriffskrieges eine gute Tat war, klammert sich der Sprecher der CDU-Fraktion Norbert Geis an den nationalsozialistisch aufgeladenen Begriff „Verrat“. Für Geis sind die von der Wehrmachtsjustiz Geköpften, Erhängten und Erschossenen nichts Anderes als „ganz gewöhnliche kriminelle Verräter“. Hinter der Verachtung der „Kriegsverräter“ verbirgt sich in elitärer Arroganz eine tiefgehende Geringschätzung widerständigen Verhaltens einfacher Bürger überhaupt. Schon in der Adenauer-Zeit galt als ehrenhaft und zulässig nur der von den Funktionseleiten geleistete Widerstand. Anerkannt wurde nur der militärische Widerstand höherer Offiziere, insbesondere der Verschwörer des 20. Juli. An dem Verrat der deutschen Angriffspläne durch höhere Offiziere (u. a. Oberstleutnant Oster und Generaloberst Ludwig Beck) nahm schließlich niemand mehr Anstoß. Nach Norbert Geis durfte aber der einfache Soldat nicht zum „Feind“ überlaufen und damit „das Leben seiner

Kameraden in Gefahr“ bringen. Mit diesem zweierlei Maß der Rehabilitierungsgegner wird der Widerstand des „kleinen Mannes“ ausgegrenzt. Ein Spiegelbild einer bis heute fortbestehenden Klassengesellschaft?

» Wo steht die SPD? Es ist wohl unzweifelhaft, dass so gut wie alle Fraktionsmitglieder in der Sache hinter dem Rehabilitierungsanliegen stehen. Eingebracht ist der Antrag aber von der Linksfraktion. Und damit werden erneut jene Berührungsängste akut, die im Streit zwischen den zwei Richtungen in Partei- und Fraktionsführung die SPD in der Wählermeinung mit allen bekannten Folgen auf einen historischen Tiefpunkt gebracht haben. Mit dieser starren Strategie bewirkt die SPD das Gegenteil dessen, was sie erreichen möchte, nämlich sich ihre Entscheidungen nicht von der Linken diktieren zu lassen: Indem sie sogar solche Vorschläge der Linken zurückweist, hinter denen ihre Abgeordneten in der Sache voll stehen, macht sie sich in aller Öffentlichkeit erst recht von der Linken abhängig.

» Gewiss spielt auch die Koalitionsdisziplin eine Rolle, man möchte die CDU-Fraktion nicht verstimmen. Bei einem so elementar den ethischen Bereich berührenden Problem wie dem NS-Unrecht und dessen Beseitigung ist aber kein Platz für unwürdige parteitaktische Spiele. ■



⇒ Dr. Helmut Kramer, Richter am OLG a.D., ist Gründungsvorsitzender des Forum Justizgeschichte. Ausführliche Informationen über die „Kriegsverräter“ und die Auseinandersetzungen im Bundestag unter www.justizgeschichte-aktuell.de (Rubrik „Kriegsverrat“).

Foto: Dr. Helmut Kramer

+ **Pro:** **Konjunkturpaket der Bundesregierung – ökologisch nachhaltig?**

von Matthias Machnig



↳ Matthias Machnig
 ist Staatssekretär im
 Bundesministerium für
 Umwelt, Naturschutz
 und Reaktorsicherheit.

Foto: Presse- u. Informations-
amt der Bundesregierung

» Deutschland steht vor einer doppelten strukturellen Herausforderung: zum einen die globale Finanzmarktkrise, die sich auf die Realwirtschaft ausgeweitet hat. Wir stehen vor einer tief greifenden Rezession. Zum anderen verändern die Konsequenzen des Klimawandels sowie die Verknappung von Rohstoffen und Energie die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens erheblich. Mit der Konzentration auf Maßnahmen, die Arbeit schaffen und zugleich der Umwelt nutzen, verfolgen wir in dieser schwierigen Situation eine Strategie des doppelten Nutzens. Es lässt sich nicht das eine Marktversagen mit dem anderen verrechnen.

Notwendig ist ein New Deal für Arbeit, Umwelt und Innovationen. Deutschland muss sich jetzt fit machen für die Zeit nach der ökonomischen Krise. Es legt den Schwerpunkt auf Investitionen und Investitionsanreize und will gleichzeitig die Binnennachfrage stützen. Das ist die nachhaltige Antwort auf die Krise der virtuellen Ökonomie: wirtschaftliches Wachstum unterstützen, Beschäftigung sichern und Umwelt schützen. Jetzt bietet sich die Möglichkeit, eine grundlegende und weit reichende Modernisierung von Energie, Gebäuden und Verkehr einzuleiten. Die Bundesregierung hat gehandelt: Dieser Grundsatz ist Eckpfeiler des 50-Milliarden-Euro schweren Konjunkturpakets.

Das Konjunkturpaket reagiert auf die Krise: Es werden umfangreiche zukunftssträchtige Investitionen in Deutschland angestoßen. So stellt die Bundesregierung zusätzliche zehn Mrd. Euro für die energetische Sanierung, u. a. von Schulen, Kinder-

gärten, Hochschulen und Krankenhäusern, zur Verfügung. Dadurch wird Beschäftigung im lokalen Handwerk gesichert und klimaschädliche CO₂-Emission verringert. Zudem werden bereits kurzfristig Energiekosten eingespart, die an anderer Stelle investiert werden können. Die Investitionen werden so ausgerichtet, dass über Multiplikatoreffekte deutliche Impulse für diese Ziele gesetzt werden. Bei den Investitionsförderungen in die Infrastruktur wird ein Schwerpunkt auf die Lärmsanierung an kommunalen Straßen gelegt. Ein zweiter Schwerpunkt des Pakets ist die Förderung umweltfreundlicher Mobilität: Die Forschungsmittel für emissionsarme Autos werden um 500 Mio. Euro aufgestockt, die Kraftfahrzeugsteuer nach CO₂-Ausstoß ausgerichtet und 1,5 Mrd. Euro für die KfZ-Umweltprämie bereitgestellt: Wer ein neues, umweltfreundliches Auto kauft und dafür ein altes verschrottet, erhält einen Zuschuss von 2.500 Euro. Die Umweltprämie wird zu einer zügigen Erneuerung des Kraftfahrzeugsbestands beitragen und damit auch einen positiven Effekt auf die Umwelt haben – auch wenn wir uns bei der Förderung eine noch stärkere Bindung an Effizienzstandards gewünscht hätten.

Das jetzige Konjunkturprogramm reagiert zwar, ohne allerdings zu gestalten und Zukunftsinvestitionen ins Zentrum zu setzen. Es ist ökonomisch und umweltpolitisch zumindest unzureichend. Deshalb hat das BMU auch das Programm „Arbeit, Umwelt und Innovationen“ vorgelegt, mit Investitionen in Energieinfrastrukturen, Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität und FuE-Maßnahmen im Bereich der ökologischen Modernisierung. ■

■ Contra: Konjunkturpaket der Bundesregierung – ökologisch nachhaltig?

von Hubert Weiger ■ ■



➔ Prof. Dr. Hubert Weiger
ist Vorsitzender des Bundes
für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND) e.V.

Foto: www.bund.net

» Konjunkturpakete, die zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen, den Erhalt der biologischen Vielfalt sichern und ressourcenleichte und naturverträgliche Ökonomien stärken statt Großprojekte und Autokonzerne zu fördern, wären ein – so nennen es Wirtschaftswissenschaftler gern – „antizyklisches Verhalten“, das weitaus positivere Wirkungen entfalten würde als das Herumdoktern an aktuellen Krisensymptomen. Davon ist bei den von der Bundesregierung versuchten Antworten auf die Wirtschaftskrise wenig zu spüren. Zu oft werden – wie im Falle der Abwrackprämie zur Förderung des Autoverkaufs oder der Kfz-Steuerbefreiung bzw. -senkung (bei der künftig CO₂-bezogenen Kfz-Steuer) – Chancen verschenkt, den Umbau der Wirtschaft zu fördern. Hunderte Millionen Euro werden zudem in Straßenbauprojekte gelenkt, deren ökologischer Schaden größer ist als ihr Nutzen. Verzichtet wird auch darauf, beim Gebäudesanierungsprogramm klare Klimaschutz-Standards vorzugeben. Dieses Programm müsste eigentlich von derzeit 1,4 Milliarden auf 20 Milliarden Euro pro Jahr ausgeweitet werden. Dann ließe sich der öffentliche Gebäudebestand zügig energetisch sanieren. Alle würden profitieren: die mittelständischen Betriebe, das Klima, der Arbeitsmarkt, die öffentlichen Kassen. Auch die Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien zum Heizen müssten ausgebaut werden, z. B. indem das Erneuerbare Wärmegezet auch für den Gebäudebestand gilt. Die Förderung von Nahwärmenetzen ließe sich auf 300 Millionen Euro verdoppeln und würde Fortschritte beim Ausbau der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung anstoßen. Energieberatungen für den

Kauf effizienter Elektrogeräte auch für einkommensschwache Haushalte sollten ebenfalls finanziert werden. Die Förderung umweltfreundlicher Verkehrssysteme gehört zu weiteren Möglichkeiten, Deutschland zukunftsfähiger zu machen. Für mindestens drei Jahre sollten zwei Milliarden Euro jährlich für Investitionen in regionale Schienenstrecken und zur Optimierung des Güterverkehrs im Hinterland der Seehäfen bereit gestellt werden. Im Naturschutz liegen weitere Potentiale zur Verknüpfung wirtschaftlicher Impulse mit dem Erhalt und der Schaffung umweltfreundlicher Arbeitsplätze. So käme ein Renaturierungsprogramm für Moore in Höhe von etwa einer Milliarde Euro insbesondere mittelständischen Planungs- und Landschaftspflegeunternehmen zugute. Mit einem Investitionsprogramm in ähnlicher Höhe könnten die rund 300 notwendigen Grünbrücken und Tunnel für wandernde Tierarten gebaut werden. Mit einem Auen-Renaturierungsprogramm ließe sich den Flüssen 80 Tausend Hektar Überschwemmungsfläche zurückgeben. All diese ökologischen Maßnahmen könnten nicht nur mit Mitteln aus den Konjunkturpaketen finanziert werden, sondern auch mit Erlösen aus dem CO₂-Zertifikatehandel und dem Abbau umweltschädlicher Subventionen. Dazu gehört das Abschaffen der Steuerbefreiung im Flugverkehr, der Steuerprivilegien für die Atomindustrie und des Dienstwagenprivilegs. Von all dem steht in den Konjunkturpaketen kein Wort. Bewerten wir ihre AutorInnen, dann kann es nur heißen „durchgefallen“.

↳ Dr. Sylke Tempel arbeitete zwischen 1993 und 2003 als Nahostkorrespondentin für zahlreiche deutschsprachige Medien; sie ist Chefredakteurin der Zeitschrift „Internationale Politik“ und lehrt an der Berliner Dependence der Stanford University. Zuletzt erschien von ihr bei Rowohlt Berlin, „Israel; Reise durch ein altes, neues Land“. Das Interview gibt ihre persönliche Meinung wieder.

Foto: privat



Hamas und Fatah vor einen Wagen spannen

Interview mit Sylke Tempel



spw: Beide Konfliktparteien im Gazastreifen reklamieren die Legitimität der Auseinandersetzung für sich. Lassen sich die Fragen nach Schuld und Verhältnismäßigkeit im Gaza-Krieg klar beantworten?

„**Sylke Tempel:** „Schuld“ und Verhältnismäßigkeit“ sind keine Kategorien, die weiter führen. „Ursache“ und „Wirkung“ sind tauglicher. Ursache des Krieges war das fortgeführte Bombardement durch die Hamas. Und die Wirkung? Wird immer am Erfolg gemessen, der zuweilen nicht einfach zu definieren ist: Israel hat der Hamas logistisch wie strukturell großen Schaden zugefügt. Dennoch bleibt sie eine Macht, die nicht einfach verschwindet, mit der man aber auch bei allem Wohlwollen nicht gut reden kann, solange sie selbst den Dialog verweigert. Hamas erklärt einen „Sieg“, da sie schließlich überlebt und Israel die Stirn geboten hat. Aber viele PalästinenserInnen im Gaza sind zutiefst unzufrieden mit dem stalinistischen Regime der Islamisten. Sollte Hamas zu einer konstruktiveren Rolle finden, könnte der Gazakrieg als Wende gelten. Wäre dies nicht der Fall, wird er als weiteres sinnloses Blutvergießen in die Geschichte des Nahen Ostens eingehen.“

spw: Welche Rolle spielt der Konflikt in Gaza als Mittel im israelischen Wahlkampf?

„**Sylke Tempel:** Ehud Barak, Verteidigungsminister und Vorsitzender der Arbeiterpartei, war dagegen und sprach sich zum frühest möglichen Zeitpunkt für einen Waffenstillstand aus. Ehud Olmert, scheidender Ministerpräsident ohne weitere Karriereaussichten als Politiker, war

dessen stärkster Befürworter. Außenministerin und „Kadima“-Vorsitzende Tsipi Livni sorgte sich um das Ansehen Israels. Benjamin Netanyahu, hatte als Oppositionsführer gar keine Entscheidungsgewalt, führt aber in den Umfragen. Was sagt uns das? Allen Binsenweisheiten zum Trotz taugt Krieg auch in Israel nicht als Vehikel für den Wahlkampf. Zu ungewiss ist, ob er als Erfolg oder Misserfolg gewertet wird (siehe oben) und wen die Wählerschaft für das eine oder andere verantwortlich macht.“

spw: Wie sollte die neue US-Administration ihren Einfluss ausüben? Welche Rolle kann die bisher ungeeint auftretende EU dabei einnehmen?

„**Sylke Tempel:** Sinnvoll wäre eine Arbeitsteilung, bei der die Amerikaner Druck auf „ihre Klientel“ ausüben, z.B. auf einem umfassenden Stopp des Siedlungsbaus bestehen. Die Europäer engagieren sich beim wirtschaftlichen Aufbau der palästinensischen Gebiete (und haben sich dann hoffentlich auf eine Linie geeinigt) – aber nicht ohne Bedingungen an die PalästinenserInnen zu stellen: Die antijüdische und antiisraelische Propaganda muss eingestellt werden; sie, und nicht nur die schlechten Lebensverhältnisse, tragen am „effizientesten“ zur Radikalisierung der PalästinenserInnen bei. Wie ein Abkommen am Ende aussehen soll, wissen wir: Pläne für die Teilung der Souveränität Jerusalems, Grenzen, Räumung der Siedlungen, Aufteilung der Wasserressourcen, Wiedereingliederung palästinensischer Flüchtlinge etc. liegen mit den „Clinton-Parameters“ bereits vor. Die Frage ist: Können USA und EU mit Hilfe der arabischen Nachbarn Ägypten, Jordanien und

vielleicht Saudi-Arabien Hamas und Fatah auf eine Linie einschwören, die da hieße: Regierung der „nationalen Einheit“ und Akzeptanz der Zwei-Staaten-Lösung? Können sie Garantien auch für Israels Sicherheit, sprich ein Ende des Raketenbeschusses abgeben? Denn ohne diese Garantie dürfte Israel keine weiteren Gebiete in der West Bank räumen.

spw: Wie bewerten Sie den Vorschlag einer internationalen Friedenstruppe zur Kontrolle der Grenze zwischen Gaza und Ägypten?

„**Sylke Tempel:** Die bislang eingesetzten Friedenstruppen können wohl kaum als gutes Beispiel dienen. Im Südlibanon schmuggelt die Hisbollah unter den Augen der UN-Truppen Waffen in das Grenzgebiet. Wenn man „Internationale Friedenstruppe“ sagt, dann sollte man „sehr robustes Mandat“ meinen. Der Waffenschmuggel muss vollständig unterbunden werden, und das geht nur mit scharfen Kontrollen, bei denen unter Umständen auch scharfe Munition zum Einsatz kommt. Hier also die Gegenfrage: welches Land ist für einen solches Mandat bereit? Am besten wären die arabischen Staaten Ägypten (als unmittelbarer Nachbar) oder Jordanien geeignet. Sie müssten zusammen mit palästinensischen Kräften der Fatah diesen Schmuggel sinnvoll unterbinden. Und die Weltgemeinschaft müsste gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass Übergänge für den Warenverkehr (kontrolliert) geöffnet werden. Die deutliche Botschaft an die Hamas durch alle Beteiligten sollte aber sein: Wer offene Grenzen will, darf nicht mit „militärischem Widerstand“, sprich, der Entsendung von Selbstmordattentätern drohen und muss auf Raketenbeschuss dauerhaft verzichten.“

spw: Könnte eine „Konferenz für Sicherheit und Entwicklung im Nahen Osten“ nach dem Vorbild der KSZE eine vertrauensbildende Maßnahme zur Deeskalation sein?

„**Sylke Tempel:** Warum eine weitere Konferenz? Zunächst gilt es einmal, Hamas und Fatah vor einen Wagen zu spannen. Sollte dies gelingen, könnte der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Machmud Abbas durch-

aus einen Vertrag aushandeln – den Hamas dann nachweislich und dauerhaft akzeptieren müsste. Dies allein ist keine geringe Hürde und wäre nur mit Hilfe des Drucks aus arabischen Staaten möglich. (Die natürlich den Einfluss des Iran minimieren wollen). Sollten in dem bisherigen „Failed State“ Palästina einmal wieder verlässliche Institutionen errichtet sein, dann wäre eine Art KSZE denkbar. Bis dahin ist mehr Krisenmanagement als Vision gefragt.“

spw: JournalistInnen konnten nicht frei aus dem Kampfgebiet berichten. Wie bewerten Sie die Einschränkung der Pressefreiheit durch Israel in Gaza bzw. die eingeschränkten Filmmotive durch die Hamas. Ist die Wahrheit das erste Opfer des Krieges?

„**Sylke Tempel:** Die Einschränkung durch Israel wurde nur deutlicher – und ist erstaunlicher, weil es sich um ein demokratisches Land handelt, das JournalistInnen (inklusive natürlich der eigenen) sonst ungehindert agieren lässt. Die Hamas übt schon seit längerem Zensur auf die Berichterstattung aus dem Gazastreifen aus.“

„Die Wahrheit“ ist nicht nur das Opfer dieses oder irgendeines anderen Krieges. Sie ist Opfer einer Bereitschaft der Öffentlichkeit, die Konfliktparteien jeweils ausschließlich als Opfer oder als Täter wahrzunehmen; sie ist Opfer eines eigentümlichen, sich selbst zensierenden, „Meinungs-Mainstreams“, der „Schuld“ oft recht einseitig zuzuteilen weiß und Meinungen schon pflegt, bevor überhaupt ausreichend Informationen zur Verfügung standen. Dass JournalistInnen notwendigerweise eine sehr komplexe Wahrheit ans Tageslicht bringen würden, wenn ihnen nur freier Zugang erlaubt ist, dass dürfte wohl gerade bei einem so hoch emotionalisierten Konflikt wie dem israelisch-palästinensischen noch zu beweisen sein.“

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Das Interview führte Cordula Drautz.



Foto: www.fotolia.de; © mdfiles

Zeit für einen neuen New Deal

Einleitung zum Schwerpunkt:

von Kai Burmeister

und Stefan Stache

» Zu Beginn des neuen Jahres befinden wir uns in Mitten der größten Krise kapitalistischen Wirtschaftens seit den Zeiten der Großen Depression. Der Internationale Währungsfonds (IWF) mag lange Zeit für seine wirtschaftspolitische Ausrichtung gescholten worden sein, um so bemerkenswerter sind die jüngsten Prognosen der Washingtoner Behörde: Um über zwei Prozent soll die Wirtschaftsleistung in den entwickelten Ländern zurück gehen und ohne ein unterschiedenes und koordiniertes Handeln der Regierungen drohe vielen dieser Ländern der Absturz in eine Deflation. Das sind nötige und klare Worte, die angesichts des Szenarios gebraucht werden, die aber bislang eher Mangelware sind.

Der richtige Ort für klare Worte wäre ein wirkliches Weltwirtschaftsforum, aber von den Schweizer Bergen ging Ende Januar kein entsprechendes Signal aus. Es ist zwar mittlerweile eine gute Tradition für die Eliten aus Unternehmen, Politik und Wissenschaft geworden, zum jährlichen Stelldichein beim World Economic Forum zusammen zu kommen, aber zur Bewertung und Auflösung der augenblicklichen Krise hat das Forum in Davos nichts beizutragen gehabt. Dieses Treffen steht allerdings stellvertretend für die existierenden

Erklärungsmuster der wirtschaftlichen und politischen Eliten: Ein Teil der TeilnehmerInnen geißelt mittlerweile routiniert die unakzeptable Gier einiger weniger, während der andere Teil argumentativ umgeschwungen ist und sich jetzt ganz pragmatisch für staatliche Interventionen ausspricht.

Um zu dieser Erkenntnis zu gelangen, brauchte es eine lange Zeit. Noch im Sommer wollte insbesondere die deutsche Regierung nichts von konjunkturstützenden Maßnahmen wissen und setzte auf eine Strategie des Abwartens. Mittlerweile haben Christ- und SozialdemokratInnen, nach einem ersten zaghaften Versuch vom November 2008, tatsächlich ein Konjunkturprogramm verabschiedet. In diesem Zusammenhang ist die Kritik des „too little and too late“ sicher berechtigt, aber ohne Zweifel ist in Berlin mittlerweile verstanden worden, dass Abwarten nicht mehr reicht. Diese Maßnahmen und die Unterstützung von Banken markieren eine vorläufige Wende in der Wirtschaftspolitik, die vor der Krise vehement von der Bundesregierung abgelehnt wurde. Ob diese Stützungsversuche ausreichen werden, steht jedoch angesichts der Deflationsgefahr auf einem anderen Blatt.

» Die kurzfristige Aufgabe fortschrittlicher Politik ist es, einen Wachstumseinbruch und die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste so weit wie möglich zu minimieren. Dazu gehört es, den Raum für weitere konjunkturstützende Maßnahmen offen zu halten und bodenbildende Maßnahmen, wie etwa Entlastungen für Haushalte mit einer geringen Sparquote und weitere öffentliche Investitionen, in die Diskussion zu bringen. Gleichzeitig muss der aufkommenden Rhetorik des „Jetzt hat der Staat alles getan“ und der beabsichtigten Schuldenbremse entgegengetreten werden. Ein drittes Konjunkturpaket ist schlicht besser als ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit!

□ Fortschrittliche Politik braucht erweiterte Perspektiven

Die akute Krisenbewältigung muss für die parlamentarische Politik an erster Stelle stehen. Aber es geht für die Sozialdemokratie wie für die politische Linke auch darum, sich um die Deutungsmuster der Krise zu bemühen.

Plötzlich scheinen sich alle politischen AkteurInnen einig zu sein, dass die Krise eine gesellschaftliche Zäsur markiert. Allerdings unterscheidet sich die Interpretation der Zäsur vielfach grundlegend: Auf der einen Seite werten Neoliberale sie als Betriebsunfall der funktionierenden Marktwirtschaft, während die Linke sie als eine weitere Krise innerhalb des kapitalistischen Systems oder eine Krise des Kapitalismus selbst diskutiert.

Wie die Linke die Frage auch beantworten mag – sie befindet sich mitten in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die politischen Konsequenzen. Im Ergebnis ist das politische Ende des neoliberalen Projekts keineswegs sicher. Während die Mehrheit der gesellschaftlichen ArbeitnehmerInnenschaft und ein Teil der sozialintegrativen Oberschicht schon lange vor der Finanzmarktkrise das Vertrauen in die Selbstregulierung der Märkte verloren hatte, verhält sich die Mehrheit der liberal-technokratischen und konservativen Elite widersprüch-

lich: Zwar scheint die Krise auch ihr Vertrauen in freie Finanzmärkte erschüttert zu haben, die politischen AkteurInnen geben jedoch neoliberale Grundpositionen als Strategie der Wahrung ihrer sozialen und ökonomischen Interessen keineswegs auf. Ihre RepräsentantInnen in den Wirtschaftsverbänden, der FDP und Teilen der CDU/CSU werden nicht müde, weiterhin Steuersenkungen und den Rückzug des Staates zu fordern. Auch hinsichtlich der aufkommenden linken Etiketten sollte ein kühler Blick an erster Stelle stehen: Hinter der Schlagzeile der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung „Enteignungen rücken näher. Der Widerstand in der CDU wird schwächer“ (1. Februar 2009) im Zusammenhang mit der „Bankenverstaatlichung“ steht derzeit wohl kaum eine stärkere gemeinwohlorientierte Ausrichtung des Finanzsektors. Darum und über den öffentlichen Einfluss auf die Geschäftspolitik gestützter Unternehmen müsste es aber gehen.

» Aufgabe der SPD-Linken ist es jetzt, in den Parteigliederungen eine programmatische und konzeptionelle Debatte anzustoßen. Aufhänger sollte neben der aktuellen ökonomischen Lage auch eine kritische Rückschau auf die eigenen Positionen sein. Zwar skandalisierte 2005 Franz Münterfering mit treffsicherem politischen Gespür die Renditeforderungen der Hedge- und Private-Equity-Fonds, aber die eigenen Erwartungen und die eigene Rolle bei der Durchsetzung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus in der Phase der rot-grünen Regierungszeit wurden nie wirklich reflektiert. Mindestens zwei weitere Felder der wirtschaftspolitischen Konzeption sollten dabei kritisch betrachtet werden.

Die langwierige Debatte um das Für und Wider der Strukturreformen am Arbeitsmarkt und der „Sozialstaatsmodernisierung“ hatte neben ihrem Gerechtigkeitsdefizit das Manko, dass bei diesen für die Ökonomie eher nachrangigen Aspekten die Aufmerksamkeit für den zu gestaltenden Fortschritt der Produktivkräfte bzw. die politische Förderung und Erschließung neuer Leitmärkte verloren gegangen ist.

Dahinter steht das Problem, dass die These vom Ende der industriellen Fertigung und des unaufhaltsamen Aufstiegs eines wie auch immer zu fassenden Dienstleistungssektors zu lange nicht hinterfragt in die eigene Konzeption übernommen wurde. Die Folge: Heute fehlt der SPD vielfach das Wissen über die arbeitsweltliche Lage vieler ihrer Wählergruppen.

Um die analytischen Defizite ansatzweise auszugleichen, finden sich in den Artikeln von Lucas Zeise und Michael Krätke sehr kenntnisreiche Darstellungen über die Ursachen der Finanzmarktkrise und deren Auswirkungen auf die Realwirtschaft.

□ Umriss einer neuen Wachstumskonstellation

Die angesprochenen Auseinandersetzungen um die finanzpolitischen Maßnahmen sind dringend notwendig. Aber weder fünf, zehn noch fünfzig Milliarden Euro zusätzlicher Mittel werden für sich genommen darüber entscheiden, ob eine neue Wachstumskonstellation geschaffen werden kann.

Auf Seiten der politischen Linken wird derzeit mit Blick auf die historische Situation der 30er Jahre wieder vermehrt von einem neuen New Deal gesprochen. Diese Phase des New Deals in den USA bzw. des Aufstiegs des Keynesianismus in Europa charakterisierte Peter von Oertzen wie folgt: „Ökonomisch beruht dieses wohlfahrtsstaatliche System auf der seit den dreißiger Jahren neu entwickelten Fähigkeit des Staates und der ihn tragenden Klassen, durch zielbewußte Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik die innewohnende Krisentendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu dämpfen und bis heute die Wiederkehr katastrophaler Wirtschaftskrisen wie der von 1929 bis 1939 zu verhindern.“ Die Debatten in der akademischen und politischen Linken um die Möglichkeiten und Grenzen keynesianischer Stabilisierung reichen dabei lange zurück. Als Konsens ist aber hervorzuheben, dass dieses Instrument es den unteren und mittleren Einkommensgruppen ermöglichte, ihre Lebenssituation nachhaltig zu

verbessern und am Produktivitätsfortschritt teilhaben zu können. Den Zusammenhang zwischen ökonomischer Stabilität und einer entsprechenden Verteilung gilt es angesichts der gewaltigen Ungleichverteilung wieder zu thematisieren!

» Neben dieser verteilungspolitischen Funktion wirkte das Programm der Roosevelt-Administration auch auf einer anderen Ebene. Durch die öffentlichen Investitionen wurde beispielsweise im Süden der USA versucht, veraltete Produktionskapazitäten zu modernisieren bzw. gänzlich neue zu entwickeln. Auch dieser Aspekt verdient heute wieder eine nähere Betrachtung. So bemerkt Benedikt Fehr in der FAZ vom 26. Januar 2009, dass mit dem augenblicklichen Konjunkturabsturz zusehends auch eine Bereinigungskrise im Finanzsektor und in traditionellen Schlüsselindustrien einher geht. Der Niedergang von Geschäftsmodellen der Fonds mag dabei sehr wohl gewünscht sein, es ist aber eindeutig, dass es sich bei den industriellen Kernen anders verhält.

Wenn sich die politische Linke an die große Herausforderung eines neuen New Deals wagt, so gilt es vorab die Zielrichtung künftiger gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklung zu klären. Auf der programmatischen Ebene sind durchaus Elemente vorhanden, die unter dem Dach des neuen New Deals zusammengeführt werden können:

Ökonomische Modernisierung: Vom Bundesumweltministerium ist die Initiative zu einer ökologischen Industriepolitik angestoßen worden, bei der Elemente einer Wirtschafts-, Umwelt- und Beschäftigungspolitik zusammengeführt worden sind. Im Mittelpunkt stehen dabei die grünen Leitmärkte der Energie-, Mobilitäts-, Effizienz- und Life-Science-Technologien und eine grundsätzlich positive Orientierung gegenüber dem technischen Fortschritt. Hinzu kommen muss eine mutige makroökonomische Konzeption, auf die Eckhard Hein und Achim Truger in ihrem Beitrag eingehen.



Foto: www.pixelio.de; Cornerstone

Ausgebauter Sozialstaat: Die künftige Rolle eines ausgebauten Sozialstaates wurde in spw immer wieder aufgegriffen (vgl. spw 168). Kai Burmeister und Till von Treeck setzen in ihrem Artikel unter Bezugnahme auf die Kernaussagen der ökonomischen Theorie John Maynard Keynes daran an und betonen, dass eine gleichmäßigere Verteilung und die angesprochene ökonomische Funktion des Sozialstaats stärker herauszuarbeiten sind.

Demokratie in der Wirtschaft: Die demokratische Steuerung der Investitionstätigkeit wird bei Keynes ebenfalls als eine Grundvoraussetzung einer stabilen ökonomischen Konstellation genannt. Die SPD-Linke verfügt beispielsweise mit den Ausarbeitungen von Peter von Oertzen über eine rote Linie in ihrer Geschichte, die „Demokratisierung der Wirtschaft“ inhaltlich füllen zu können und damit zu direkten Konsequenzen über die konkrete Krisenbewältigung hinaus zu kommen.

Europa und die Welt: Angesichts der Internationalisierung der Produktion sowie der Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft ist es erforderlich, die europäische und internationale Dimension als integralen Bestandteil eines politischen neuen New Deals zu begreifen. In diese Richtung machte sich jüngst Heidemarie Wieczorek-Zeul in einem Beitrag in der Frankfurter Rundschau unter dem Titel „Neuer Global Deal“ stark. Auch die strikte Regulierung der Finanzmärkte und seiner AkteureInnen ist auf internationaler und europäischer Ebene anzugehen.

Diese vier Ansatzpunkte dürfen aber nur Mindestbestandteile eines neuen New Deals sein. Eine Ausweitung auf andere Politikfeldern ist ebenso notwendig. Entscheidend ist dabei der Wille, dem ökonomischen Fortschritt eine Richtung zu geben.

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär der IG Metall in Frankfurt.
☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

LINKE?
Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

Forum demokratische Linke

Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de

Finanzmarktkrise und globale Rezession – Konjunkturpakete sind nicht genug!

von Eckhard Hein und Achim Truger



Foto: www.pixelio.de; M. Hauck

□ 1. Einleitung

Die entwickelten Industrieländer befinden sich in der schwersten ökonomischen Krise seit der Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1929 ff. Beginnend mit dem Zusammenbruch des Marktes für zweitklassige Immobilienkredite in den USA im Sommer 2007 und verschärft durch den Kollaps der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 handelt es sich zum einen um eine Finanzkrise, die auf der Grundlage weitgehend unregulierter internationaler Finanzmärkte mittlerweile den gesamten Globus erfasst hat. Zum anderen geht diese Finanzkrise mit einem weltweiten Konjunkturabschwung einher, der in den USA schon vor dem Sommer 2007 einsetzte. Finanzkrise und konjunktureller Einbruch verstärken und vertiefen sich nun wechselseitig, und die Gefahren einer weltweiten deflationären Spirale sind wohl kaum mehr von der Hand zu weisen.

Eine globale Finanz- und Wirtschaftskrise mit deflationären Gefahren stellt einen Strukturbruch in der längerfristigen Entwicklung seit den 1980er Jahren dar. Das „neoliberale“ Entwicklungsmodell der Deregulierung der Arbeitsmärkte, des Abbaus (sozial)staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsprozess, der Umverteilung von den (unteren) Arbeits-einkommen zu den hohen Managergehältern und den Gewinneinkommen sowie der Deregulierung der internationalen Finanzmärkte hat zwar in einigen entwickelten Industrieländern, z. B. in den USA und Großbritannien, in Kombination mit einer dort praktizierten expansiven makroökonomischen Politik zu hohen Wachstumsraten und

geringer Arbeitslosigkeit geführt. Es hat auch für die Weltwirtschaft insgesamt, mit den USA als Konjunkturlokomotive, einer langen Phase der Prosperität nicht im Wege gestanden. Dieses Modell beruhte jedoch gleichzeitig auf erheblichen Ungleichgewichten auf nationaler und internationaler Ebene, die die gegenwärtige Krise hervorgeufen haben.

» Als Ergebnis dieses Prozesses und der gegenwärtigen Krise werden die USA als Weltkonjunkturlokomotive auf absehbare Zeit ausfallen. Es stellen sich daher hohe Anforderungen an die Wirtschaftspolitik der Länder, die in der Vergangenheit als Trittbrettfahrer der von den USA gezogenen Weltkonjunktur hohe Leistungsbilanzüberschüsse realisiert haben. Dies gilt zum einen für Japan und China in Asien und zum anderen insbesondere für den Exportweltmeister Deutschland.

□ 2. Langfristige Ungleichgewichte eines finanz-dominierten Kapitalismus als Ursache der gegenwärtigen Krise

Die gegenwärtige Krise wird häufig auf das Fehlverhalten einzelner FinanzmarktakteurInnen und einen Mangel an Regulierung auf diesen Märkten zurückgeführt. Dies ist zwar einerseits richtig, andererseits aber nur ein Teil des Problems. Der andere Teil besteht in den langfristigen gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten, die in den USA mit der verstärkten Finanzmarkt-Orientierung seit Beginn der 1980er Jahre auf nationaler Ebene aufgebaut wurden, die aber gleichzeitig auf weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten beruhten und diese verstärkten.

□ 2.1 Instabile Konsum getragene Dynamik in den USA

Die verstärkte Finanzmarktorientierung in den USA seit Beginn der 1980er Jahre war mit erheblichen Einkommensumverteilungsprozessen verbunden. Zum einen führte die hohe Arbeitslosigkeit in den 1980er Jahren sowie die mit einer verstärkten Shareholder-Value-Orientierung des Managements von Kapitalgesellschaften verbundene Politik des „downsize and distribute“ dazu, dass der Druck auf die Verteilungsansprüche der abhängig Beschäftigten zunahm und der abnehmende Trend der Arbeitseinkommensquote, der in den USA bereits zu Beginn der 1970er Jahre begann, sich bis in die Gegenwart fortsetzte. Zum anderen nahm die Ungleichheit in der personellen Einkommensverteilung insbesondere aufgrund steigender Gehälter für Spitzenmanager dramatisch zu.

» Vor dem Hintergrund dieser Verteilungsentwicklung blieb die reale Investitionstätigkeit des Unternehmenssektors mit Ausnahme des New-Economy-Booms in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre jedoch schwach. Seit Beginn der 1980er Jahre kann man eine Entkopplung von privaten Investitionen und Profiten bei gleichzeitig dynamisch steigenden Aktienkursen (bis zum Platzen des New-Economy-Booms im Jahr 2000) beobachten. Die schwache private Investitionstätigkeit lässt sich dabei zum einen durch die zunehmende Kurzfristorientierung eines auf Shareholder-Value-Maximierung fixierten Managements von Kapitalgesellschaften erklären, die zulasten von erst langfristig rentablen realen Investitionsprojekten geht. Zum anderen haben ein ansteigender Anteil von Dividendenausschüttungen an den Profiten sowie zunehmende Aktienrückkäufe zwecks Stabilisierung der Aktienkurse auf hohem Niveau die internen Finanzierungsmittel für reale Investitionen ausgezehrt.

» Eine Konstellation der „Profite ohne Investitionen“ kann gesamtwirtschaftlich jedoch nur entstehen, wenn geringe Investitionen durch einen hohen Konsum aus Profit- oder Lohn-einkommen, durch ein hohes staatliches Budget-defizit oder durch einen hohen Leistungsbilanz-überschuss kompensiert werden. In den USA wurde die stagnative Tendenz, die die Finanzmarkt-orientierung auf die realen Investitionen ausübt, insbesondere durch einen hohen und steigenden privaten Konsum kompensiert. Seit Beginn der 1980er Jahre wurde das im internationalen Ver-gleich recht hohe Wachstum zunehmend vom privaten Konsum getragen. Phasenweise trugen auch die Staatsausgaben im Rahmen einer aktiven antizyklischen Fiskalpolitik, die bereit war, in Rezes-sionsphasen ein Haushaltsdefizit von bis zu sechs Prozent des BIP zu akzeptieren, erheblich zum Wachstum bei. Auch die Geldpolitik war stark wachstumsorientiert ausgerichtet, reagierte rasch auf konjunkturelle Abschwünge, hielt die Zins-sätze niedrig und stabilisierte so die (Konsum-) Nachfrage.

Bei schwacher Entwicklung der Arbeitseinkom-men war eine dynamische Konsumententwicklung jedoch nur durch einen drastischen Rückgang der Sparquote sowie durch eine zunehmende Ver-schuldung der privaten Haushalte möglich. Der Aktienmarktboom in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und der nachfolgende Immobilienboom mit den damit vermeintlich generierten Kredit-Sicher-heiten, die Liberalisierung der Kreditstandards sowie der Trend hin zu Verbriefungen von Krediten („originate and distribute“) machten diese Entwick-lung möglich. Der Boom des vermögensbasierten und kreditfinanzierten Konsums erfasste dabei zunächst die einkommensstarken Haushalte, seit der Jahrtausendwende dann aber auch die ein-kommensschwachen Haushalte. Dieses Markt-segment – die zweitklassigen Hypothekenkredite (subprime mortgages) – wurde dann zum Krisen-auslöser.

Insgesamt haben sich in den USA seit den 1980er Jahren, also unter der Oberfläche einer scheinbar robusten vom Konsum getragenen Dynamik, die durch eine expansiv ausgerichtete Geld- und Fiskalpolitik stabilisiert wurde, erheb-liche Ungleichgewichte aufgebaut. Bei schwacher Investitionstätigkeit verschuldeten sich die priva-ten Haushalte im Rahmen des kreditfinanzierten Konsumbooms insbesondere seit der Jahrtausend-wende dramatisch. Der Finanzierungssaldo des Staates bewegte sich wegen der aktiven anti-zyk-lischen Fiskalpolitik ebenfalls deutlich in den nega-tiven Bereich. Dem standen hohe Leistungsbilanz-defizite der USA und damit verbundene Kapital-importe gegenüber.

» Eine solche Konstellation ist außerordent-lich fragil, weil sie binnenwirtschaftlich auf ständig steigende Vermögenspreise setzen muss, die eine steigende Verschuldung der priva-ten Haushalte und damit die Verstetigung eines kreditfinanzierten Konsumbooms ermöglichen. Außenwirtschaftlich sind in einer solchen Konstel-lation deutliche Abwertungstendenzen des US-Dollar, die zwecks Verbesserung der Konkurrenz-fähigkeit der US-Industrie eigentlich erforderlich gewesen wären, zu verhindern, um so einen steti-gen Netto-Kapitalzufluss in das Land zu gewähr-leisten. Bei einem Zusammenbruch dieser Konstel-lation, wie in Folge der „subprime mortgage“-Krise und des konjunkturellen Abschwungs, sind dann nicht nur die USA selbst betroffen, sondern auch die Kapitalexporthure in die USA, d.h. die Länder mit überschüssigen Leistungsbilanzen: zum einen unterliegen die hochverzinslich und risikoreich angelegten Kapitalexporte in die USA direkt den Entwertungsprozessen durch die Finanzkrise, wo-durch diese Krise dann auch auf die Überschuss-länder übergreift. Zum anderen brechen die Märkte für die Exporte weg, wodurch auch die konjunktur-elle Talfahrt internationalisiert wird.

□ 2.2 Dysfunktionaler Neo-Merkantilismus in Deutschland

Die makroökonomische Entwicklung in Deutschland stellt, neben der in China, Japan und den anderen Überschussländern, ein Gegenstück zu der in den USA dar. Auch in Deutschland hat sich vor dem Hintergrund einer seit Beginn der 1980er Jahre in der Tendenz deutlich rückläufigen Arbeits-einkommensquote und einer zunehmend ungleicher personellen Einkommensverteilung in den 1990er Jahren eine Auseinanderentwicklung von Profiten und Investitionen etabliert. Die verstärkte Finanzmarktorientierung seit den 1990er Jahren (1991: Abschaffung der Börsenumsatzsteuer; 1998: Legalisierung von Aktienrückkäufen, 2002: Abschaffung der Steuer auf Gewinne aus Beteiligungsverkäufen durch Kapitalgesellschaften, 2004: Zulassung von Hedgefonds) dürfte dabei in dieser Phase zur realen Investitionsschwäche beigetragen haben. Insbesondere der restriktive makroökonomische Politik-Mix aus Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik und die hierdurch verursachte Binnennachfrageschwäche war jedoch wesentlicher Grund für die Investitions- und Wachstumsschwäche, insbesondere nach dem Einbruch 2000/01. Die Politik der „strukturellen Reformen“ auf dem Arbeitsmarkt und bei den sozialen Sicherungssystemen (Agenda 2010 und Hartz-Gesetze), die damit erzeugte Unsicherheit, die gezielte Subventionierung der privaten Kapital gedeckten Altersvorsorge („Riester-“ und „Rürup-Renten“) sowie die mit der schwachen Lohnentwicklung verbundene Umverteilung zu Lasten der Arbeitseinkommen haben seit 2001 zu einem Wiederanstieg der in den 1990er Jahren gefallen Sparquote der privaten Haushalte geführt und so die Konsumnachfrage geschwächt. Der Lohnzurückhaltungsdruck auf die Gewerkschaften hat zudem für im Euro-Raum weit unterdurchschnittliche Inflationsraten gesorgt, wodurch Deutschland deutliche höhere Realzinsen als der Rest des Euroraums aufwies und so besonders negativ von der wenig wachstumsfreundlichen Zinspolitik der Europäischen Zentralbank betroffen war. Und die Versuche der Finanzpolitik, in einer Schwächephase durch Ausgabenkürzungen den öffentlichen Haushalt zu sanieren, haben die

Nachfrageschwäche verstärkt, ohne das Konsolidierungsziel erreichen zu können.

Einzigste Triebkraft der im internationalen Vergleich geringen Wachstumsraten blieben in Deutschland die hohen und steigenden Exportüberschüsse. Der Anteil der nominalen Exporte am BIP verdoppelte sich von 24 Prozent im Jahr 1995 auf über 48 Prozent im Jahr 2008 und der Leistungsbilanzüberschuss stieg nach dem Abschwung 2000/01 wieder deutlich über vier Prozent des BIP und damit wieder auf den Anteil vor der deutschen Vereinigung. Ursache für die eskalierenden Exportüberschüsse war zum einen die extreme Lohnzurückhaltung, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produzenten auf internationalen Märkten stetig verbesserte, zum anderen die binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche, wodurch die Importe deutlich hinter den Exporten zurück blieben.

Deutschland stellte damit insbesondere seit der Jahrtausendwende, wie schon in den 1970er und 1980er Jahren, das Gegenstück zur US-amerikanischen Entwicklung dar. Hier wurde die schwache Investitionstätigkeit nicht durch den Konsum kompensiert, sondern die deutsche Wirtschaft verzeichnete hohe und steigende Leistungsbilanzüberschüsse. Der Finanzierungssaldo des Staates war seit Beginn der 1990er Jahre zwar durchgehend negativ. Anders als in den USA waren die öffentlichen Haushaltsdefizite jedoch nicht das Ergebnis einer aktiv stabilisierenden Fiskalpolitik, sondern das gesamtwirtschaftliche Resultat einer restriktiven Fiskalpolitik in einer wirtschaftlichen Schwächephase. Während das dynamische, vom Konsum getragene US-Modell auf der Verschuldungsbereitschaft und den Verschuldungsmöglichkeiten der privaten Haushalte beruhte, liegen dem weitaus weniger dynamischen deutschen neo-merkantilistischen Modell die Verschuldungsbereitschaft und -möglichkeiten des Auslandes zu Grunde. Dieses Modell ist dabei nicht weniger fragil als das US-amerikanische: Zum einen hängen die nur moderaten Wachstumsraten von einer gut gehenden Weltkonjunktur ab, zum anderen bestehen auch immer hohe Ansteckungsgefahren bei Finanzkrisen in den Zielländern der Kapitalexporte.



□ 3. Kurzfristige Reaktionen der Wirtschaftspolitik auf die Krise

Auf die Finanzkrise wurde im Herbst 2008 sowohl in den USA als auch in Deutschland und Europa rasch reagiert: Die Zentralbanken stabilisierten als „lender of last resort“ den Geldmarkt und der Staat stützte durch Garantien und durch staatliche Beteiligungen den Bankensektor. Die konkrete Ausgestaltung dieser Maßnahmen unterliegt dabei einem bisher nicht abgeschlossenen „trial and error“-Verfahren und soll hier aus Platzgründen nicht weiter diskutiert werden.

Die Reaktionen auf den konjunkturellen Abschwung folgten jedoch in den USA sowie in Deutschland und im Euro-Raum letztlich wieder dem aus den vergangenen 20 Jahren bekannten Muster: Während sich in den USA die Geld- und Finanzpolitik sehr frühzeitig und massiv gegen die Krise stemmten, reagierten sie in Europa und Deutschland mit großer Verzögerung und in sehr viel geringerem Ausmaß. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten Jahre ist allerdings immerhin das Umschwenken der deutschen Bundesregierung auf eine kräftige antizyklische Finanzpolitik, wie sie im geplanten zweiten Konjunkturpaket enthalten ist, bemerkenswert.

In den USA senkte die amerikanische Zentralbank Federal Reserve seit dem Sommer 2008 ihren Leitzins von 5,25 Prozent in aggressiver Manier auf mittlerweile nur noch 0 - 0,25 Prozent. Gleichzeitig schaltete die Finanzpolitik schon zum Beginn des Jahres 2008, vor allem durch die Versendung von Steuerschecks, die den privaten Konsum stabilisieren halfen, massiv auf Expansion um. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit stieg von 2,9 Prozent des BIP im Jahr 2007 auf 5,3 Prozent im Jahr 2008. Trotz dieses für deutsche Verhältnisse fast unvorstellbar hohen Defizits und einer absehbaren konjunkturbedingten weiteren Ausweitung in diesem Jahr, plant der neue US-Präsident Obama mit Unterstützung fast der gesamten amerikanischen ÖkonomenInnenzunft ein zusätzliches gigantisches Kredit finanziertes Konjunkturprogramm mit massiven

Ausgabensteigerungen bei öffentlichen Investitionen und im sozialen Bereich sowie weiteren Steuer-senkungen im Umfang von insgesamt über sechs Prozent des BIP. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit könnte in diesem wie im nächsten Jahr durchaus in einer Größenordnung von zehn Prozent des BIP liegen. Es bestehen mithin gute Chancen, dass der Abschwung der US-Ökonomie kurzfristig zumindest einigermaßen wirksam gebremst wird.

Im Euro-Raum dagegen erwies sich die Europäische Zentralbank erneut in unverantwortlicher Art und Weise als wachstums- und beschäftigungspolitische Bremse. Obwohl im Sommer 2008 der starke Abschwung für jeden ersichtlich war und die relativ hohen Inflationsraten erkennbar lediglich dem starken Ölpreisanstieg ohne drohende Zweitrundeneffekte geschuldet waren, erhöhte sie im Juli ihren Leitzinssatz noch einmal um 0,25 Prozentpunkte auf 4,25 Prozent. Erst Mitte Oktober begann sie dann mit Zinssenkungen auf nun zwei Prozent, die jedoch angesichts der Schärfe der Krise und den aggressiven Reaktionen der anderen Zentralbanken äußerst zaghaft ausfielen.

Für die durch den Stabilitäts- und Wachstums-pakt beeinträchtigten europäischen Verhältnisse reagierte die Europäische Kommission unerwartet angemessen, indem sie im letzten November ein international abgestimmtes European Economic Recovery Programme in einer Dimension von 1,5 Prozent des EU-BIP für 2009 forderte. Nach längerem Zögern, einem kosmetischen ersten Konjunkturpaket und dem untauglichen Versuch, ohnehin geplante Maßnahmen als konjunkturelle Stützungsaktion zu deklarieren, hat die Bundesregierung im Januar schließlich nach internationalem Drängen ein zweites Konjunkturpaket beschlossen, das nun in die parlamentarische Beratung geht. Insgesamt wird der Staat die Konjunktur in diesem und im nächsten Jahr mit expansiven Maßnahmen in der Größenordnung von 1,4 Prozent bzw. 1,7 Prozent des BIP stützen. Man kann an diesem Paket viel kritisieren. Die meisten Maßnahmen werden erst in der zweiten Jahreshälfte, der größere Anteil

sogar erst 2010, wirksam werden. Zudem enthält das Paket einen zu geringen Anteil an Steuerungen bei den öffentlichen Investitionen und einen zu hohen Anteil an unbefristeten Steuer- und Abgabensenkungen, die konjunkturpolitisch wenig effektiv sind und dauerhaft ein Loch in die öffentlichen Kassen reißen werden. Auch wenn das Paket aufgrund des schlechten Timings und der Fehler in der Struktur in seiner Wirkung stark eingeschränkt ist, wird es dennoch die Schärfe des Abschwungs in Deutschland spürbar dämpfen. Und politisch ist die Reaktion der Bundesregierung umso bemerkenswerter, als ihre Vorgängerin unter sozialdemokratischer Führung noch mit Sparprogrammen und drastischem Sozialabbau auf den letzten Abschwung glaubte reagieren zu müssen.

□ 4. Anforderungen an eine langfristige Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik

So optimistisch die Bankenrettungspakete sowie die konjunkturpolitischen Aktivitäten der meisten Zentralbanken und Regierungen bei oberflächlicher Betrachtung auch stimmen mögen, so klar ist doch, dass sie nicht ausreichen werden, die in Abschnitt 2 beschriebenen fundamentalen Ungleichgewichte zu beheben. Hierzu bedarf es zum einen einer grundlegenden Reregulierung des Finanzsektors, der auf seine wesentliche makroökonomische Aufgabe – die Finanzierung von realen Investitionen – hin ausgerichtet werden muss.

Zum anderen bedarf es einer grundlegenden Neuausrichtung der makroökonomischen Politik vor allem in den bisherigen Überschussländern wie Deutschland, China und Japan, um die globalen Ungleichgewichte abzubauen. Auch wenn die USA sich nun mit aller Macht gegen die Rezession stemmen, werden sie für längere Zeit nicht mehr die Rolle der internationalen Konjunkturlokomotive übernehmen können. Da die Verschuldung der privaten Haushalte abgebaut werden muss, wird der private Konsum mittelfristig als dynamische Antriebsquelle für die US-Konjunktur ausfallen. Der Staat mag den damit einhergehenden Nach-

frageausfall kurzfristig durch die Konjunkturprogramme zum Teil kompensieren können, er wird aber nicht dauerhaft zweistellige Haushaltsdefizite in Relation zum BIP fahren können. Daher wird mittelfristig die Bedeutung der Importe fallen, was für die Korrektur des extremen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts auch dringend notwendig ist.

Die bisherigen Überschussstaaten werden sich daher nicht mehr darauf verlassen können, ohne größere eigene Anstrengungen durch eine anziehende Weltkonjunktur aus der Krise gezogen zu werden. Sie werden verstärkt eigene Anstrengungen unternehmen müssen, ihr binnenwirtschaftliches Wachstum zu stärken. Für Deutschland und Europa werden befristete Konjunkturpakete hierzu kaum ausreichen. Erstens sind sie viel geringer dimensioniert als in den USA und vertrauen damit einmal mehr auf die alte Konjunkturlokomotive. Zudem drohen allein aufgrund des Wegfalls der befristeten Impulse oder gar der Implementation von so genannten Schuldenbremsen wahrscheinlich viel zu früh restriktive Impulse durch die Finanzpolitik. Damit könnte man Gefahr laufen, aufgrund einer „stop and go“-Politik in japanische Verhältnisse zu fallen.

Notwendig ist daher eine fundamentale Neuausrichtung der deutschen und europäischen Wirtschaftspolitik: Die EZB muss neben der Stabilisierung des Finanzsektors endlich auch die Wachstums- und Beschäftigungswirkungen ihrer Geldpolitik in den Blick nehmen und eine Politik geringer Zinssätze verfolgen. Die Finanzpolitik muss den expansiven Impuls solange aufrechterhalten, wie die private Nachfrage für ein befriedigendes Beschäftigungsniveau unzureichend ist. Sie muss insbesondere die öffentlichen Investitionen dauerhaft auf einem hohen Niveau verstetigen, anstatt einen makroökonomisch irrationalen Konsolidierungskurs zu fahren. Schließlich ist auch in der Lohnpolitik ein Paradigmenwechsel notwendig. An die Stelle einer neo-merkantilistischen und durch Arbeitsmarktderegulierung erzwungenen Strategie der Lohnzurückhaltung muss

eine binnenwirtschaftliche Strategie der Ausschöpfung des Verteilungsspielraums aus langfristigem Produktivitätswachstum und Zielinflationsrate der Zentralbank treten.

» Ob es tatsächlich zu dem notwendigen Paradigmenwechsel kommen wird, ist aufgrund der – besonders in Deutschland – weit verbreiteten Vorbehalte gegen eine koordinierte makroökonomische Politik und des zu erwartenden heftigen Widerstands der ProfiteurInnen des „neoliberalen“ Regimes noch völlig unklar. Gelingt eine solche grundlegende Umsteuerung jedoch nicht, so besteht die Gefahr, dass sich das gegenwärtige Konjunkturprogramm tatsächlich nur als „Strohfeuer“ erweist. Angesichts des offensichtlichen Versagens der bisherigen Wirtschaftspolitik und ihrer ProtagonistInnen standen jedoch die Chancen für einen Paradigmenwechsel seit langem nicht mehr so gut. Es lohnt sich, dafür zu streiten. ■

☞ PD Dr. Eckhard Hein ist Leiter des Referates allgemeine Wirtschaftspolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

☞ Dr. rer. pol. Achim Truger ist Leiter des Referates Steuer- und Finanzpolitik im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Literatur

- Hein, E., Truger, A. 2007: Die deutsche Wachstums- und Beschäftigungsschwäche im europäischen Kontext – ein Lehrstück makroökonomischen Missmanagements, in: Chaloupek, G., Hein, E., Truger, A. (Hg.), Ende der Stagnation? Wirtschaftspolitische Perspektiven für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa, Wien: NexisLexis, 43-63.
- Hein, E., van Treeck (2008): Finanzmarktorientierung – ein Investitions- und Wachstumshemmnis?, IMK Report, Nr. 26/2008 (Januar), Düsseldorf: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans Böckler Stiftung.
- Horn, G., Hohlfeld, P., Truger, A., Zwiener, R.: Höheres Tempo erforderlich. Zu den Wirkungen des Konjunkturpakets II, IMK Policy Brief, Januar 2009, Düsseldorf: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans Böckler Stiftung.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

55

Demokratie und globale Wirtschaftskrise

Finanzmarkt-Kapitalismus, Wirtschaftsdemokratie, öffentlicher Sektor, Verteilungsgerechtigkeit, Gleichberechtigung, Geschlechterdemokratie: Erwerbsarbeit und Familie; Postdemokratie, Gewerkschaften; Pensionskassen; Zukunft der Demokratie und politische Bildung; SVP contra Rechtsstaat

M.R. Krätke, H. Schläppli, H.-J. Bontrup, H. Schul, W. Spieler, A. Demirović, F.O. Wolf, G. Notz, Th. Wüthrich, K. Dörre, W. Hafner, U. Marti, S. Da Rin, S. Künzli, M. Spescha

Diskussion

H.-J. Burchardt: Die Herausforderung Lateinamerika
R. Rey: Demokratische Entwicklungen
B. Ringer: Chavismo und Demokratie in Venezuela
S. Ben Néfissa: NGO, Staat, Zivilgesellschaft

240 Seiten, € 16.– (Abo. € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Buch zur Geschichte des Jugendwerkes der AWO

Autor Marcus Mesch liefert im ersten Buch zur Geschichte des Kinder- und Jugendverbandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) auf 236 Seiten einen umfassenden Überblick, von den Wurzeln des Jugendwerkes der AWO, über die Gründungsmotive und die Gründung bis zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms im Jahr 2000.



Preis: 10 € pro Exemplar (zzgl. Versandkosten)

Bestellungen an:

AWO-Bundesverband e.V.
Verlag & Vertrieb
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Fax: 030/2630932258
E-Mail: verlag@awo.org



Infos: Bundesjugendwerk der AWO
Fon: 030/2592728-50
E-Mail: info@bundesjugendwerk.de
www.bundesjugendwerk.de



Foto: www.fotolia.de; ChaotiC_Photography

Welche Wirtschaftspolitik nach der Finanzkrise?

Zur Aktualität der Kernaussagen von

John Maynard Keynes

von Kai Burmeister und Till von Treeck



» Die wirtschaftspolitische Debatte zu Beginn des Jahres 2009 ist bestimmt von den Erschütterungen auf den internationalen Finanzmärkten und den bereits spürbaren negativen Konsequenzen für die Realwirtschaft. Deutlich wird: Die Finanz- und Wirtschaftskrise legt einen Handlungsbedarf offen, der weit über die Notwendigkeit einer stärkeren Regulierung im internationalen Finanzsystem hinausgeht. Viele BeobachterInnen sprechen von der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Großen Crash von 1929.

Seinerzeit krachten nicht nur Börsen zusammen, auch die Dominanz der bis dahin vorherrschenden Wirtschaftstheorie der Neoklassik fand (vorübergehend) ihr Ende: Zu groß war die Diskrepanz zwischen dem theoretisch hergeleiteten Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes und der in der Realität beobachteten Massenarbeitslosigkeit. Vor diesem historischen Hintergrund entwickelte John Maynard Keynes eine umfassende ökonomische Theorie, die nicht nur mit zentralen Annahmen der Neoklassik aufräumte, sondern auch einen konkreten Instrumentenkasten empfahl, mit dessen Hilfe die Krisenhaftigkeit kapitalistischer Ökonomien verringert werden sollte.

Keynes sah eine politische Eindämmung der Märkte (und ausdrücklich nicht nur der Finanzmärkte!) sowie eine Verteilungs- und Sozialpolitik zugunsten der unteren Einkommensgruppen als wesentliche Voraussetzungen, um eine langfristig stabile makroökonomische Entwicklung zu erreichen. Hiermit schaffte er eine wissenschaftliche Grundlage für den „New Deal“ des damaligen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt und inspirierte die Wirtschaftspolitik und den Ausbau des Sozialstaats in vielen Ländern Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg.

» Auch wenn die Keynes'schen Ideen in den Nachkriegsjahrzehnten nur sehr unvollständig zur Anwendung kamen, galt doch das Modell der deregulierten Märkte bis zur politischen und akademischen „Gegenrevolution“ in den 1970er Jahren als weitgehend diskreditiert. Spätestens mit der aktuellen Krise offenbart dieses Modell nun, unter veränderten Rahmenbedingungen, erneut seine Schwächen. Dies sollte Anlass sein, die Keynes'sche Theorie als einen Orientierungsrahmen für die gegenwärtigen Herausforderungen wieder zu entdecken.



» So alt wie der Keynesianismus selbst sind freilich auch die Debatten über seine theoretisch „richtige“ Auslegung und seine politischen Möglichkeiten und Grenzen. Diese noch immer anhaltenden Kontroversen können an dieser Stelle nicht im Detail aufgegriffen werden, sondern es sollen einige Kernaussagen von John Maynard Keynes in den Vordergrund gestellt werden, die angesichts der aktuellen Finanzkrise erneut hoch aktuell geworden sind, obschon sie in der politischen Debatte – und auch im Mitte-Links-Lager – bisher noch wenig Beachtung finden.

□ Keynes und das Mitte-Links-Lager

Eine Renaissance makroökonomischen Denkens ergibt sich im Mitte-Links-Lager auch vor dem Hintergrund der augenblicklichen Krise nicht von selbst. Ein Blick auf die Debatten der letzten Jahre zeigt: Bis vor kurzem provozierte die Berufung auf Keynes häufig eine spontane Abwehrhaltung. Keynesianismus wurde schlicht gleichgesetzt mit kurzfristigen Konjunkturprogrammen und ausufernder Staatsverschuldung und häufig nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit einem übergeordneten gesellschaftspolitischen Anspruch gesehen. Erhard Eppler (2006) fragt:

„Ist George W. Bush Keynesianer, weil er eine gewaltige Rüstung permanent über Schulden finanziert? Ist er deshalb gar links? ... Ökonomische Theorien mögen vorwiegend der Rechten oder der Linken dienen, was links und rechts ist, können sie nicht definieren.“

Keynes selbst hatte in der Tat wenig Interesse an politischen Etiketten und glaubte, die Überzeugungskraft seiner Ideen würde sich gegenüber politischen Einzelinteressen von selbst behaupten. Dies brachte ihm wohl zu Recht den Vorwurf politischer Naivität ein. Hingegen wird der alleinige Fokus auf eine „antizyklische Konjunkturpolitik“ und „deficit spending“ Keynes' Vorstellungen für eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie in keiner Weise gerecht. Vielmehr ergibt sich die besondere politische Attraktivität der Keynes'schen

Ideen in erster Linie dadurch, dass die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit nicht moralisch, sondern aus makroökonomischen Effizienz- und Stabilitätsüberlegungen abgeleitet wird. So sind die Keynes'schen Empfehlungen für eine kurzfristige Stabilisierung des Kapitalismus eng verknüpft mit einer längerfristigen Perspektive für ein effizientes und sozial gerechtes Wirtschaftsmodell.

Besonders deutlich wird dies in den „Schlussbetrachtungen über die Sozialphilosophie“ aus dem letzten Kapitel von Keynes' „Allgemeiner Theorie“. Hier und andernorts nennt er vier mehr oder weniger langfristige Ziele:

- eine gleichmäßigere Einkommensverteilung,
- internationale Kooperation statt Merkantilismus,
- eine demokratische Steuerung der Investitionstätigkeit sowie schließlich
- die Nutzung des Produktivitätsfortschritts zur Überwindung der materiellen Knappheit und zur Ermöglichung von individueller Entfaltung zunehmend außerhalb der marktwirtschaftlichen Güterproduktion.

» Was hat dies alles mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zu tun? Im Folgenden soll umrissen werden, warum die Umsetzung der Forderungen nach einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung, internationaler Kooperation und staatlicher Investitionssteuerung für eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung und zur Vermeidung von Finanz- und Wirtschaftskrisen auch heute unabdingbar erscheint. Das vierte von Keynes formulierte Ziel mag in der aktuellen Situation utopisch klingen. Häufig sind es aber gerade erst die schweren Krisenzeiten, die grundsätzliches Nachdenken über den längerfristigen Sinn und Zweck des Wirtschaftens überhaupt wieder ermöglichen.

» Allerdings ist bislang weder ein Ende der ökonomischen Krisensituation abzusehen, noch besteht ein hinreichender Konsens darüber, welche kollektiven Lehren aus der aktuellen Krise zu ziehen sind. Zwar überbieten sich die Nationalstaaten derzeit mit aktiver Konjunkturpolitik, und eine Bankenrettung folgt der nächsten. Doch noch ist unklar, welche „große Erzählung“ in einigen Jahren über diese Zeiten erzählt werden wird. Der Kampf um die Deutungshoheit ist noch längst nicht gewonnen.

Es spricht zwar einiges dafür, dass mit der aktuellen Finanzkrise die Hochphase der Deregulierung auf der ökonomischen Ebene ihr Ende gefunden hat. Doch im Alltagsverstand der verschiedenen Milieus ist noch längst nicht darüber entschieden worden, wer diese Krise zu verantworten hat und wie eine kooperative und solidarische Auflösung erfolgen kann. Diese allgemeine Verunsicherung spiegelt sich im politischen Mitte-Links-Lager nicht zuletzt in der weitgehenden Abwesenheit von gesamtwirtschaftlichem, keynesianischem Denken wider. So hat sich ein Teil dieses Lagers lange Zeit kritiklos auf die Seite der Deregulierungspolitik geschlagen, während ein anderer Teil in wenig konstruktiver Weise die Wirtschaft an sich bekämpfen wollte. Auf beiden Seiten dieser Achse ist dann die Fähigkeit verloren gegangen, eine klare Vorstellung von den gesamtwirtschaftlichen Zielvorstellungen für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre zu formulieren.

» Die vielfach diskutierten Veränderungen der makroökonomischen Rahmenbedingungen (Finanzialisierung der Ökonomie, Aufstieg der Schwellenländer) und technische Neuerungen sowie ökologische Restriktionen (Klimawandel und Ressourcenknappheit) machen deutlich, dass es nicht um eine Eins-zu-Eins-Übertragung alter Lehrbuchweisheiten gehen kann. Über diese Binsenweisheit hinaus bleiben die Keynesischen Kernaussagen gesamtwirtschaftlich funktional und politisch attraktiv.

□ Die vier Keynesischen Kernaussagen für ein langfristig effizientes und gerechtes Wirtschaftssystem

■ Gleichmäßige Einkommensverteilung

Keynes sah einige soziale Rechtfertigung für Einkommensunterschiede zwischen Individuen. Allerdings war die Einkommensungleichheit in den 1920er Jahren so drastisch, dass die kräftige Ausweitung des Massenkonsums etwa in den USA nur auf Grundlage von Vermögenspreisblasen und einer zunehmenden Verschuldung der unteren Einkommensschichten möglich war. Keynes befürwortete daher das Konzept des „New Deal“ von Präsident Roosevelt. Dieses beinhaltete eine Doppelstrategie aus strenger Finanzmarktregulierung und einer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zur Stärkung der unteren Einkommensgruppen. Vor der prinzipiell gleichen Aufgabe stehen die USA ebenso wie Deutschland nach der aktuellen Krise wieder.

» In den USA haben die Realeinkommen breiter Teile der Bevölkerung in den letzten drei Jahrzehnten über weite Strecken stagniert. Die Einkommensungleichheit ist mittlerweile wieder ähnlich groß wie in den 1920er Jahren. Dennoch kam es in den USA in letzter Zeit zu einem lang anhaltenden Konsumboom. Vermögenspreisblasen und Finanzinnovationen konnten die Stagnation der Masseneinkommen zeitweise kompensieren und beflügelten über einen immer wachsenden Kreditfluss den Konsum. Die Verschuldung der privaten Haushalte stieg von ca. 60 Prozent des verfügbaren Einkommens in den frühen 1980er Jahren auf zuletzt über 130 Prozent an. Nach dem Platzen der jüngsten Immobilienblase waren Zahlungsschwierigkeiten in den unteren Einkommensgruppen und entsprechende Verwerfungen im Finanzsystem gleichsam vorprogrammiert.

In Deutschland hingegen haben viele Privathaushalte auf ihre seit langem sinkenden Reallöhne und sozialpolitische Einschnitte mit Verunsicherung und Konsumverzicht reagiert. Die oberen

Einkommensgruppen, die vom Anstieg der Gewinne und Vermögen sowie von Steuerentlastungen profitierten, haben eine sehr hohe Sparquote. Eine anhaltende Binnennachfrageschwäche war die Folge. Die realwirtschaftliche Produktionstätigkeit war zunehmend auf den Export in Länder mit kräftigerer Binnennachfrage ausgerichtet. Der Bankensektor wandte sich angesichts der schwachen Kreditnachfrage im Inland zunehmend der Spekulation mit ausländischen Anlageprodukten zu und wurde somit in besonderer Weise von der internationalen Finanzkrise getroffen.

Balanciertes Wachstum bei starker Binnennachfrage ist auf Dauer nicht ohne einen entsprechenden Anstieg der realen Masseneinkommen möglich. Nur durch eine Doppelstrategie, bestehend aus einer Re-Regulierung der Finanzmärkte und der Förderung einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung, wird es in Zukunft gelingen, eine kräftige inländische Wachstumsentwicklung auch ohne Vermögensblasen und Überschuldungsgefahren zu erzeugen.

■ Internationale Kooperation statt Merkantilismus

Angesichts aktueller Entwicklungen im internationalen Handel fühlt man sich an die Keynesische Kritik am Merkantilismus erinnert. Keynes hat eindringlich vor der Ineffizienz und den politischen Gefahren einer nationalen Wachstumsstrategie zu Lasten des Auslandes gewarnt. In den 1920er Jahren hatte es harte internationale Handelskämpfe gegeben, für Keynes (1936) eine „verzweigte Notlösung mit dem Ziel, Beschäftigung im Inland zu sichern, indem ausländischen Märkten Exporte aufgezwungen werden oder Importe beschränkt werden, was – falls erfolgreich – lediglich das Problem der Arbeitslosigkeit auf den Nachbarn überträgt...“ (eigene Übersetzung)

» Innerhalb der Europäischen Währungsunion ist eine Abwertung heute nicht mehr über den nominalen Wechselkurs möglich, sondern nur noch durch reale Kostenunterschiede. Deutschland hat durch eine überaus schwache Lohnstückkostenentwicklung sowie steuerpolitische Maßnahmen die übrigen Länder zuletzt immer weiter unter Wettbewerbsdruck gesetzt. Diese Politik ist weder für Deutschland noch für Europa bzw. den Rest der Welt funktional. Während die Konsumnachfrage in Deutschland seit nunmehr fast zehn Jahren lahmte und die inländische Ersparnis zunehmend in (wie sich jetzt zeigt: höchst unsichere) ausländische Anlageprodukte floss, sind die Leistungsbilanzdefizite anderer Länder immer weiter angestiegen.

Die aktuelle Krise darf nicht zu einem weiteren Abwertungswettlauf in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerpolitik führen. Dies wäre keine Perspektive für ein solidarisches Europa, sondern – wie Keynes in den 1930er Jahren erkannte – Nährboden für internationale Konflikte. Vielmehr bedarf es neben einer abgestimmten Finanzmarktregulierung in Europa auch einer koordinierten Makropolitik. Auf ähnliche Weise muss das handelspolitische Konfliktpotenzial zwischen den USA und China gelöst werden. Keynes beharrte – u.a. während der Bretton Woods-Verhandlungen noch während des Zweiten Weltkrieges – darauf, dass gerade auch Länder mit Exportüberschüssen in der Verantwortung stehen, durch die Stimulierung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage zum Abbau internationaler Ungleichgewichte beizutragen.

„Aber wenn die Länder lernen, über ihre eigene Politik Vollbeschäftigung zu erreichen, müssen keine gewichtigen ökonomischen Kräfte mehr eingesetzt werden, um das Interesse eines Landes gegen das des Nachbarn zu richten.“ (Keynes, 1936, eigene Übersetzung)

Konkret bedeutet dies für die Zukunft, dass Deutschland durch eine arbeitnehmerfreundlichere Verteilungspolitik und eine pragmatische Konjunkturpolitik als größtes Land der Währungsunion endlich wieder zu einer strukturell kräftigen

Nachfrageentwicklung im Inland und damit in Europa beitragen muss. Da die USA nach der aktuellen Krise bis auf weiteres als Konjunkturlokomotive ausfallen dürften, steht Deutschland bzw. Europa nun, zusammen mit Asien, besonders in der Verantwortung. Letztlich bedarf es einer kooperativen Neuordnung des Welthandelssystems, die sowohl eine extreme Exportorientierung (wie etwa in Deutschland) als auch eine einseitig konsumgetriebene Wachstumsentwicklung bei übermäßiger Verschuldung und hohen Leistungsbilanzdefiziten (wie etwa in den USA) verhindert.

■ Demokratische Investitionssteuerung

Die öffentliche Investitionstätigkeit in Deutschland liegt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, regelmäßig deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder. Zudem sind viele private Unternehmen durch weitgehende Reformen im Finanzsystem bei ihrer Investitionstätigkeit unter erheblichen Renditedruck geraten.

Keynes sprach sich für eine stärkere demokratische Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit aus. Diese verstand er nur nebenbei als Mittel für antizyklische „Konjunkturprogramme“. Vielmehr hatte er – nach heutigem Sprachgebrauch – eine Strategie des stetigen „qualitativen Wachstums“ im Sinn. In seinen Aufzeichnungen zum „Langfristproblem der Vollbeschäftigung“ (1943) bemerkte er:

„Ein langfristiges und systematisches Programm sollte es ermöglichen, wirtschaftliche Fluktuationen in wesentlich engeren Grenzen zu halten als früher, als ein kleinerer Teil des Investitionsvolumens unter öffentlicher Kontrolle stand und selbst dieser Teil den Schwankungen der Investitionstätigkeit im strikt privaten Sektor folgte, anstatt diese zu korrigieren.“ (eigene Übersetzung)

Für Keynes war klar, dass die Entscheidung über Inhalt und Ausmaß der Investitionstätigkeit nicht vollständig den Märkten, und schon gar nicht einem unregulierten Finanzmarkt, überlassen werden sollte. Im zwölften Kapitel der „Allgemeinen Theorie“ stellt er die grundsätzliche Asymmetrie zwischen Finanzmarktlogik und realwirtschaftlicher Logik heraus: Während ein Finanzanleger seine „Investitionen“ je nach kurzfristiger Renditesituation jederzeit auflösen und umschichten kann, sind Realinvestitionen immer illiquide und rentieren sich erst über einen längeren Zeitraum. Wenn aber die Unternehmen sich an kurzfristigen Finanzmarktkennzahlen orientieren müssen, bleibt bisweilen kaum Raum für langfristig angelegte Investitionstätigkeit.

Konkret kann demokratische Investitionssteuerung verschiedene Formen annehmen. Eine Mindestanforderung in der aktuellen Situation in Deutschland wäre, die privaten Unternehmen gegen überzogene Renditeansprüche und Kurzfristorientierung der Finanzmärkte zu schützen (u.a. durch eine Finanztransaktionssteuer, Regeln zur Managementvergütung und zum Aktienstimmrecht, angemessene Versteuerung von Veräußerungsgewinnen). Keynes schlägt überdies vor, dass ein gewichtiger Teil der Investitionstätigkeit von demokratisch legitimierten Institutionen durchgeführt oder beeinflusst werden sollte. Dies wären heute etwa die Bereiche öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge, öffentlicher Bankensektor, erneuerbare Energien, Bildung, Kultur, Gesundheitssystem und Wissenschaft. Hiermit wäre freilich, über die aktuellen konjunkturpolitischen Maßnahmen hinausgehend, eine dauerhafte Abkehr von der Privatisierungs- und Steuersenkungspolitik in Deutschland verbunden. Durch die Festlegung eines mittelfristigen öffentlichen Ausgabenpfads könnten die Unternehmen mit einer stabileren Nachfrageentwicklung kalkulieren und wären weniger abhängig von Stimmungsschwankungen auf den Finanzmärkten.



■ Überwindung der materiellen Knappheit und gutes Leben

Der Gedanke, dass quantitatives Wachstum auf Dauer kein Selbstzweck ist und dass „das ökonomische Problem“, also die Befriedigung materieller Wünsche, im Zuge des technologischen Fortschritts prinzipiell gelöst werden kann, zieht sich wie ein roter Faden durch das Gesamtwerk von Keynes. Mitten in der Weltwirtschaftskrise richtete er einen optimistischen Blick auf die „ökonomischen Möglichkeiten unserer Enkel“ (1930):

„Es mag bald ein Punkt erreicht sein, vielleicht viel eher, als wir uns alle bewusst sind, an dem diese Bedürfnisse in dem Sinne befriedigt sind, dass wir es vorziehen, unsere weiteren Kräfte nicht-wirtschaftlichen Zwecken zu widmen. ... Drei-Stunden-Arbeitstage oder eine 15-Stunden-Woche reichen völlig aus ..., um den alten Adam in den meisten von uns zu befriedigen! ... Zum ersten Mal seit seiner Erschaffung wird der Mensch vor seine eigentliche Aufgabe gestellt sein – wie soll er seine Freiheit von bedrückenden wirtschaftlichen Sorgen nutzen, wie soll er seine Freizeit beschreiten, die die Wissenschaft...ihm ermöglicht haben wird, um weise, angenehm und gut zu leben?“ (eigene Übersetzung)

Zwar kann bestritten werden, ob Keynes die „wirklichen“ Bedürfnisse der Menschen im Einzelnen richtig vorausgesagt hat. Auch erscheint angesichts der derzeitigen materiellen Situation vieler Privathaushalte ein kräftiges Wirtschaftswachstum weiterhin notwendig, um gerade die unteren Einkommensgruppen wieder zu stärken. Aber die aktuelle Krise bietet auch die Chance, neu zu definieren, welchen Stellenwert Ziele wie Wirtschaftswachstum, Arbeitszeitverkürzung und Umweltschutz perspektivisch einnehmen sollen. Mit den Worten des Wirtschaftsethikers Peter Ulrich (2005):

„Keynes hat natürlich darauf gesetzt, dass die (nationale) Politik den sinnvollen Umgang mit der steigenden Produktivität sichern würde, und dies durchaus zu Recht. Die Früchte der volkswirtschaftlichen Produktivitätssteigerung können eben nur

politisch in anderer Form als dem Mehr-vom-Bisherigen geerntet werden. Und das heißt: Ein Ausbruch aus der Ökonomie der Armut ergibt sich niemals von selbst als „natürliches“ Resultat des Produktivitätsfortschritts und Wirtschaftswachstums, sondern immer nur als Ergebnis seiner bewusst kultivierten und gerecht organisierten gesellschaftlichen Nutzung.“

□ Fazit

In einer historischen Krisensituation erarbeitete John Maynard Keynes ein umfassendes Gesamtkonzept für ein stabileres, effizienteres und sozial gerechteres Wirtschaftsmodell. Die aktuelle Krise im globalen Finanzsystem legt eine Rückbesinnung auf die wesentlichen Kernaussagen der Keynes'schen Theorie nahe. Danach wäre nun nicht eine verengte Debatte über einige Neuregelungen im Finanzsystem bzw. über das moralische Fehlverhalten von ManagerInnen oder „Heuschrecken“ zu führen. Vielmehr müssten im Rahmen der Keynesschen Kernaussagen einige allgemeine Grundregeln durchgesetzt werden, ohne die makroökonomische Stabilität dauerhaft nicht erreichbar ist. Dabei geht es ausdrücklich auch darum, mit Keynes „über den Tellerrand“ kurzfristiger Krisenbewältigung zu blicken und eine langfristige Entwicklungsperspektive anzubieten.

Die politische Umsetzung der ökonomischen Re-Regulierung ist im Detail nicht einfach. Aber es gibt konkrete Konzepte, die hier nur grob angedeuteten Elemente keynesianischer Politik unter den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhundert zu realisieren. Im Erfolgsfall könnte hierdurch der Weg zu einer länger anhaltenden und stabilen Wachstumsphase eröffnet und der sozialen Spaltung entgegen gewirkt werden. Die Fixierung der wirtschafts- und sozialpolitischen Debatte auf „Strukturreformen“ könnte überwunden werden und die eigentlichen Zukunftsfragen stärker in den Blick rücken. ■

⇒ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär der IG Metall in Frankfurt.
 ⇒ Till von Treeck promoviert am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Der Neoliberalismus verschwindet nicht von selbst

von Lucas Zeise

Foto: Christian Kiel

» Wir haben es aktuell nicht nur mit einer der immer wiederkehrenden zyklischen Krisen zu tun, sondern mit einer systemischen Krise des Kapitalismus. Da bisher keine (oder außerhalb Lateinamerikas keine) relevanten gesellschaftlichen Kräfte den Kapitalismus in Frage stellen, dürfte diese Krise nicht den Kapitalismus selbst, sondern nur sein bis zum Ausbruch der Krise praktiziertes Wachstums- oder Akkumulationsmodell beenden. So wie bisher kann dieses Modell, das wir uns angewöhnt haben, Neoliberalismus zu nennen, nicht mehr weitergeführt werden.

Aber es geht auch nicht ganz von selbst zugrunde und wird nicht ganz von selbst von einem noch strahlenderen Kapitalismusmodell abgelöst. Zudem hat diese Krise wie jede die unangenehme Eigenschaft, das Leben der Menschen in ganz konkret-materieller Weise zu beeinträchtigen. Arbeitslosigkeit und Armut kommen zur ganz gewöhnlichen Plage der unsicheren Zukunft hinzu. Auswege aus der Krise müssen gesucht und gefunden werden. Dazu zunächst eine extrem kurze Skizze, wie die Weltwirtschaft in die aktuelle prekäre Lage geraten ist.

Das neoliberale Modell des Kapitalismus ist aus einer Krise des Kapitalismus, ähnlich der heutigen, in den späten siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden. Vier markante Merkmale zeichnen es aus:

- Es zielt radikaler und direkter als das Vorgängermodell auf eine Erhöhung der Kapitalrendite. Zu diesem Zweck werden die Gewerkschaften systematisch geschwächt, von Seiten des Staates wird Druck auf die Löhne ausgeübt.
- Nationale Schutzschranken für den Warenhandel und den Kapitalverkehr werden systematisch abgebaut, um stärkere Kapitale zu bevorzugen und die Monopolisierung voranzutreiben.



- Die transnationalen Konzerne bauen zunächst in den Industrieländern, nach 1989/90 auch in den Ländern der 2. und 3. Welt, im Rahmen der so genannten Globalisierung Produktionsverbünde auf. Damit gelingt es, Arbeitskräfte und natürliche Ressourcen billig einzukaufen und die Früchte des Produktivitätsfortschritts vollständig der Kapitalseite zukommen zu lassen.

Schließlich entsteht im Zentrum des neoliberalen Modells ein rasant und immer schneller wachsender, überdimensionierter Finanzsektor. Er ist Resultat der ungleicher werdenden Einkommensverteilung, da die wachsenden Profitmassen in den Händen der Wenigen in Anlagen außerhalb der Produktionssphäre drängen. Umgekehrt gelingt es, über die Spekulation im Finanzsektor die Kapitalrendite weiter zu erhöhen.



Der Finanzsektor ist vor allem aufgrund der immer ungleicher werdenden Einkommensverteilung so viel stärker gewachsen als die übrige Ökonomie. Er ist seinerseits Instrument dieser Umverteilung von unten nach oben. Die Instrumente und Institutionen des Finanzsektors dienen ihrerseits dazu, die aus der Arbeit der vielen abgezweigten Profite in den Schatullen der Wenigen zu konzentrieren. Die hohen, im Finanzsektor erzielbaren Renditen führen auch dazu, dass die Investitionen des Anlage suchenden Kapitals vorwiegend weiter im Finanzsektor getätigt werden, während in Investitionen in die übrige, die „Realwirtschaft“ mäßig bleiben. Dies ist ein Grund dafür, dass das Wirtschaftswachstum in der Phase des Neoliberalismus gering geblieben ist. Der wichtigere Grund ist freilich die Tendenz stagnierender oder generell schwächer werdender Nachfrage. Alle hoch entwickelten, reifen kapitalistischen Länder haben mit diesem Problem zu kämpfen. Auch dieses Problem hat eine einfache Ursache. Es ist wiederum die ungleicher werdende Einkommensverteilung. Da die unteren Einkommens- und Lohngruppen in der Gesellschaft – auch dank der systematischen Zerstörung der Macht der Gewerkschaften – über allenfalls geringe Zuwächse ihrer Einkommen verfügen, wächst auch die Endnachfrage der Haushalte nicht. Da die Nachfrage nach Konsumgütern stagniert, steuert die neoliberale Volkswirtschaft chronisch in eine Unterkonsumptions- oder Überproduktionskrise. Diese von Karl Marx stammenden Ausdrücke beschreiben deutlich, dass die produzierten Güter am Schluss, anders als die neoklassische (und neoliberale) Volkswirtschaftslehre uns weismachen will, nicht alle gekauft werden. Der Markt wird nicht geräumt. Relativ zur kümmerlichen Nachfrage wird zu viel produziert. Relativ zum Angebot an Waren wird zu wenig konsumiert.

□ Spekulationswellen

In spekulativen Hochphasen wird diese Tendenz des neoliberalen Wirtschaftsmodells zu Stagnation und Unterkonsumption überspielt. Die Spekulation suggeriert steigende Gewinne in der Zukunft. Die Investitionen steigen. Sie schaffen zusätzliche Nachfrage und fördern damit den Aufschwung. Der bei steigenden Vermögenspreisen explodierende Reichtum in der Hand der an der Spekulation Beteiligten, färbt außerdem auf die übrige Gesellschaft ab. Die immer reicher werden den SpekulantInnen fragen mehr Luxusgüter nach, sie bauen sich Häuser und Paläste und richten sie ein. Die zahlungskräftige Nachfrage nach Porsches, nach Immobilien, nach Reisen in der Business- oder der ersten Klasse steigt. Auch dadurch wird die Realwirtschaft angeregt. Wenn die Spekulationsblase geplatzt ist, schrumpft diese Nachfrage umgekehrt drastisch.

Auch die verrückteste Spekulation umkreist immer eine Ware oder Gruppe von Waren. Die Objekte der großen Spekulationswellen in der Phase des Neoliberalismus waren:

- Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts die Staatsschulden der lateinamerikanischen und anderer Entwicklungsländer. Diese Blase platzte 1982, als Mexiko zahlungsunfähig wurde. Die Periode danach gilt für Lateinamerika auch heute noch als das verlorene Jahrzehnt.
- Ende der 80er Jahre erreichte die Spekulation um japanische Aktien und Immobilien ihren Höhepunkt. Zum Jahreswechsel 1989/90 platzte diese Blase. Die zuvor kräftig und dauerhaft wachsende japanische Wirtschaft, die auch der Anlass für diese Spekulationswelle gewesen war, geriet in eine Stagnationsphase, die zuweilen nur von Rezessionen unterbrochen war. Bis heute hat sich Japan nicht erholt.
- 1997 brach die Spekulation auf die boomenden Ökonomien der asiatischen Tigerstaaten (Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur, Thailand und Indonesien) in sich zusammen. Die realwirtschaftlichen Folgen auch dieser Finanzkrise betraf hauptsächlich diese Länder. Sie erlitten

schwere Rezessionen. Eine Spätfolge war die Russlandkrise, in deren Gefolge schließlich der von zwei Nobelpreisträgern für Wirtschaft geführte Hedge-Fonds LTCM fast zusammenbrach und von der US-Notenbank gerettet werden musste.

- Die letzte große Spekulationskrise betraf den internationalen Aktienmarkt und da besonders das Teilsegment der Internet- und Telekommunikationsaktien. Der Preisanstieg dieser Aktien verlief bis ins Frühjahr 2000 hinein außergewöhnlich spektakulär. Der folgende Crash dauerte zwei Jahre. Als Konsequenz gingen die Investitionen drastisch zurück. In Deutschland dauerte die dadurch eingeleitete Rezessions- und Stagnationsperiode bis 2005. Sie war damit die längste Stagnationsperiode nach dem II. Weltkrieg.

» Das Objekt der aktuellen Finanzkrise ist, knapp gesagt, die US-Volkswirtschaft. Spekuliert wurde mit Hypothekenkrediten der Durchschnittsamerikaner. Die US-Haushalte, deren Lohneinkommen ebenso stagnierten wie das in anderen Ländern, finanzierten einen wachsenden Anteil ihres laufenden Konsums mit wachsender Verschuldung. Dank der damit kräftigeren Endnachfrage war das Wachstum in den USA stetig höher als in Europa oder gar Japan. Da die Haushalte in der Volkswirtschaft der USA ein Gewicht von 70 Prozent haben und die US-Wirtschaft wiederum mit etwa 30 Prozent am Weltsozialprodukt immer noch die bei weitem größte Volkswirtschaft der Erde ist, wirkte die durch Verschuldung aufgepeppte Nachfrage als effektiver Nachfragesog der Weltwirtschaft. Das aufstrebende China richtete sich mit einer auf rasantes Wachstum getrimmten Exportindustrie von Konsumgütern ganz darauf aus. Andere Exportländer wie Japan und Deutschland lieferten vorwiegend die Investitionsgüter in alle Welt, waren aber indirekt ebenso von der stetig steigenden Konsumgüternachfrage der USA abhängig. Knapp zusammengefasst hat die Spekulation die Verschuldung der USA ermöglicht und damit der Tendenz zur wirtschaftlichen Stagnation entgegengewirkt, die sich

aus der Unterkonsumption der breiten Massen in von wachsender Ungleichheit gekennzeichneten Gesellschaften entsteht.

Als die Finanzkrise ausbrach, hörte auch das internationale Kapital auf, den Konsum der US-Haushalte zu finanzieren. Er hörte zu wachsen auf. Aufgrund der nachlassenden Nachfrage glitt die US-Volkswirtschaft Ende 2007 in die Rezession. Es dauerte etwa neun Monate, bis sich die schwach werdende Nachfrage auch in den Aufträgen der deutschen Exportwirtschaft niederschlug. Aber es war unvermeidlich. Schließlich hatten die USA (und einige andere Länder wie Großbritannien) mit ihrer Importnachfrage die Weltkonjunktur in Schwung gehalten. Die resultierende Weltwirtschaftskrise ist die typische Unterkonsumptionskrise, bei der es an effektiver Nachfrage fehlt. Die lohnabhängigen KonsumentInnen kaufen nicht, weil es ihnen an Geld fehlt, die Unternehmen investieren nicht, weil die Absatzchancen mager sind. Die Banken geben keinen Kredit, weil sie angesichts magerer Konjunkturaussichten um die Rückzahlung fürchten und weil sie aus ihren spekulativen Altengagements noch weitere Löcher in ihren Bilanzen erwarten.

Das ist die klassische Situation, in der die InvestorInnen zum Bargeld drängen, in der der vorher überreichlich gebotene Kredit nicht mehr gewährt und schon gar nicht mehr aufgenommen wird, die John Maynard Keynes als „Liquiditätsfalle“ beschrieben hat. Eine Falle ist es auch deshalb, weil die Notenbanken den Zins so tief setzen können, wie sie wollen. Wenn die Endnachfrage fehlt, hilft das gar nichts mehr. Das ist deshalb auch die klassische Situation, in der der kapitalistische Staat eingreifen soll. Er allein kann anders als Unternehmen und Haushalte handeln, er kann mitten in der Krise, wenn die Geschäftsaussichten düster sind, Ausgaben vornehmen, Investitionen tätigen, die Nachfrage ankurbeln und sich dafür verschulden.

Foto: Christian Kiel



□ Koordinierte Konjunkturprogramme

Da wir es mit einer Weltwirtschaftskrise zu tun haben, in der die globale Nachfrage absackt, wird es auch notwendig sein, dass nicht nur ein Land, sondern eine ganze Reihe von Staaten solche Konjunkturprogramme auflegen. Dabei wäre es vernünftig, wenn jene Staaten wie die USA oder Großbritannien, die schon im Boom mit steigender Verschuldung die Nachfrage gefördert und angeheizt haben, nun eher zurückhaltend vorgehen. Andere, wie Japan, China und Deutschland, deren Wirtschaftspolitik darauf ausgerichtet war, ihre Exportwirtschaft zu fördern und ihren Binnenmarkt durch eine restriktive Geld-, Sozial- und Fiskalpolitik klein und kümmerlich zu halten, sollten dagegen bei der Ausweitung der Staatsverschuldung und bei der Dimensionierung des effektiven Nachfrageschubs großzügig sein. Sie könnten damit ihre Exportüberschüsse verringern oder, anders ausgedrückt, den Weltmarkt ausnahmsweise ein wenig auf der Nachfrageseite stimulieren. Japan, Deutschland und China sind nach den USA die größten Volkswirtschaften der Erde. Alle drei Länder weisen riesige Exportüberschüsse auf. Die in diesen Ländern anfallenden Profite waren wesentliche Treiber für den Finanzboom. Ein Schwenk in der Wirtschaftspolitik dieser drei Länder in Richtung einer Förderung ihrer Binnenmärkte würde mit großer Wahrscheinlichkeit die bisher vorgezeichnete große Rezession auf dem Globus mildern und verkürzen.

„Es wäre vernünftig“, hieß es im vorigen Absatz, ein wenig naiv klingend. Und tatsächlich geschieht leider fast genau das Gegenteil der so skizzierten Arbeitsteilung. Lediglich China hat mit der Ankündigung eines riesigen Konjunkturprogramms von mehr als 500 Mrd. Dollar seine Absicht bekundet, den Schwenk von der einseitigen Bevorzugung der Exportindustrie zur Stärkung des eigenen Binnenmarktes zu vollziehen. Ansonsten sind es just die USA und Großbritannien, die mit freigiebig verteilten Staatsmitteln die Konjunktur auch von der Nachfrageseite wieder in Schuss zu bekommen sich bemühen.

» Anders in Deutschland. Hier war bis zur Etablierung des Bankenschirms im Herbst 2008 staatliches wirtschaftliches Handeln überhaupt Tabu. Danach wurde zunächst ein Konjunkturpäckchen aufgelegt, das wegen des Tabus nicht Konjunkturprogramm heißen durfte. Statt dessen erkor Kanzlerin Merkel noch auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart die „schwäbische Hausfrau“ zum Vorbild der Wirtschaftspolitik, denn diese wisse, das man auf Dauer nicht mehr ausgeben als einnehmen könne. Finanzminister Peer Steinbrück fühlte sich bemüßigt, die britische Regierung ob ihres laxen Umgangs mit Geld zu tadeln. Als schließlich ein zweites Konjunkturprogramm unabweisbar wurde, das mit einem Umfang von 50 Mrd. Euro über zwei Jahre gestreckt wenigstens seinen Namen rechtfertigte und ihn mittlerweile auch tragen durfte, wurde es flugs ins „größte je geschnürte Konjunkturpaket“ hochgelobt. Altkanzler Schmidt war es vorbehalten, es

in Relation zum deutschen Bruttoinlandsprodukt zu setzen (unter zwei Prozent) und darauf hinzuweisen, dass zumindest die Ankündigungen in den anderen beiden großen Exportnationen China und Japan mit 20 und zehn Prozent der jeweiligen BIP erheblich größer ausfielen als in Deutschland. Ungeheuerliches leistete sich allerdings noch die Union. Sie schob um ihrer Klientel zuliebe (und der der FDP) eine Senkung der Einkommensteuer ins Paket, was seine Wirksamkeit weiter dämpft. Dennoch bleibt zu konstatieren, dass der Druck der Verhältnisse sogar bei der Bundesregierung rudimentäre Einsichten in die dringend notwendige Stimulierung der Nachfrage gebracht hat. Auch das ist ein kleines Wunder, denn just die Partei, die als einzige völlig unverändert am früher allgemein akzeptierten neoliberalen Credo festhält, die FDP, legt in den Umfragen (und bei der hessischen Landtagswahl) spektakulär zu. Die WählerInnen sind eben nicht ganz so flexibel. Mühsam erlernte Torheiten vergessen sie so schnell nicht wieder.

Auch deshalb sollte man sich nicht wundern, dass im Namen der (keynesianischen) Konjunkturanfurbelung von den real existierenden Regierungen Steuersenkungen für Reiche und Subventionen aller Sorten für mächtige Konzerne beschlossen und durchgezogen werden. Es gibt eben auch schlecht wirkende Konjunkturprogramme. Das aber macht die generelle Forderung nach einer Nachfragestärkung durch den Staat immer noch nicht falsch. Vernünftig sind generell Forderungen und Maßnahmen, die die Realeinkommen der Lohnabhängigen, der Arbeitslosen und Rentner stärken. In diesem Sinne wirken Rentenerhöhungen, höhere Sätze für Hartz-IV-EmpfängerInnen, höhere Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst, aber auch eine Senkung der Mehrwertsteuer oder die Ausgabe von Konsumgutscheinen. Diese Maßnahmen wirken kurzfristig positiv auf die Konsumnachfrage, sie wirken zusätzlich in Richtung der Bekämpfung des Grund Übels, der schreienden Ungleichheit der Einkommen. Sinnvoll, ja dringend notwendig sind außerdem Investitionen des Staates in Infrastruktur, Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Auch diese Maßnahmen zählen zu den klassischen Maßnahmen, die über den Umweg

der öffentlichen Aufträge oder die Einstellung von mehr Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden die effektive Nachfrage stützen können.

□ Kontrolle des Finanzsektors

Ein positiver Aspekt der Krise besteht darin, dass der Finanzsektor zu schrumpfen begonnen hat. Etwa zwei Billionen Dollar an bei Banken und Vermögen angehäuften Kapital ist nach verschiedenen Überschlagsrechnungen international bereits vernichtet worden. Eine unbekannte Zahl an Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds haben ihr Geschäft aufgegeben und das eingesammelte Geld (oder nur Teile davon) an ihre reiche Klientel zurückgegeben. Dies ist sehr wahrscheinlich nur der Anfang eines länger dauernden Schrumpfungsprozesses. Die ungeheuren Summen, die die Regierungen und die Zentralbanken ins Bankensystem pumpen, wirken diesem Prozess entgegen. Sie haben erklärtermaßen das Ziel, die Banken vor der Insolvenz, der Pleite zu bewahren und sie darüber hinaus in die Lage zu versetzen, Kredite zu vergeben. Die Rettung von wichtigen, einigermaßen relevanten Banken ist ein vernünftiges Ziel der Politik. Die Pleite einer größeren Bank hätte für den Zahlungsverkehr und für das Überleben aller anderen Finanzinstitute zumindest in einem Währungsraum verheerende Folgen. Dazu bedürfte es allerdings nicht der riesigen Summen, die nun aufgewendet werden. Das zweite Ziel wird man auch mit den enormen Beträgen nicht erreichen. Weil die Konkurswelle in der gesamten Wirtschaft nach mittlerweile allgemeiner Meinung noch bevorsteht, werden selbst bilanziell gesunde Banken nur äußerst vorsichtig Kredite vergeben.

» Die Schrumpfung des Finanzsektors muss von Seiten des Staates begleitet und kontrolliert werden. Da die Kreditvergabe stockt, werden staatlich garantierte Kredite ausgehöhlt werden. Das aber heißt zweierlei. Es gibt damit eine Art staatliche Investitionsplanung (da staatlich entschieden wird, wer Kreditgarantien erhält und wer nicht) und es gibt eine Stärkung der öffentlichen Sparkassen und der genossenschaftlichen Banken, die wie bisher die Kreditvergabe im eher kleinvolumigen Bereich regeln. Die ebenfalls öffentlichen Landesbanken müssen ihre Zockerabteilungen stilllegen, falls das noch nicht geschehen ist. Wenn es ihnen gelingt, das für die Sparkassen zu große Kreditgeschäft von den großen Privatbanken zu übernehmen, werden sie überleben. Außerdem scheint auch die Übernahme privater Banken und/oder Versicherungen durch den Staat notwendig zu werden. Ohne Kontrollmöglichkeiten ist die Übernahme des Eigentums in die öffentliche Hand aber ein Schritt ohne großen Wert.

Zentral dagegen ist die Kontrolle über die bei weitem größte öffentliche Finanzbehörde, die Zentralbank. Nach derzeitigem Recht sind die Deutsche Bundesbank und die Europäische Zentralbank (EZB), bei der die Bundesbank größter Anteilseigner ist, von allen politischen Weisungen unabhängig. Sie sind damit die einzigen Staatsorgane, die nicht einmal indirekt parlamentarischer Kontrolle unterstehen. Die EZB und die anderen europäischen Zentralbanken geben die Währung Euro heraus. Sie sind damit direkt verantwortlich für die Stabilität des Finanzmarktes und des Finanzgeschehens. Die Bundesbank ist außerdem konkret verantwortlich für die Bankenaufsicht in Deutschland. Sie hat diese Verantwortung ganz einseitig im Interesse der Gewinnmaximierung der Banken wahrgenommen. Ohne die Unabhängigkeit von Bundesbank und EZB (einschließlich der entsprechenden EU-Verträge) zu beseitigen, wird eine effektive Kontrolle des Finanzsektors nicht gelingen.

» Von der Sache her wäre die Kontrolle des Finanzsektors durch staatliche Behörden nicht sehr schwer. Es ist im Prinzip nicht anders als bei der Gewerbeaufsicht. Woran es gefehlt hat und noch fehlt, ist der politische Wille. Wichtig sind zwei Prinzipien. Das erste besteht in einer wirksamen und lückenlos geltenden Kreditbegrenzung. Die alte Regel des nationalen Kreditwesengesetzes und der internationalen Eigenkapitalunterlegungsvorschriften (bekannt als Basler Übereinkunft), wonach eine Bank nicht mehr als das zwölfteinfachfache ihres Eigenkapitals an Krediten vergeben darf, muss lückenlos wieder hergestellt werden. Sie muss selbstverständlich auch für verbriefte Kredite und überhaupt für Wertpapiere gelten, sie darf keine Ausnahmen für außerbilanzielle Geschäfte zulassen und sie muss bankähnliche Institutionen wie Hedge-Fonds dieser Regel ebenfalls unterstellen. Hier sei noch einmal auf Altkanzler Schmidt verwiesen, der am 15. Januar 2009 ganz ähnliche Forderungen in seiner Hauszeitung „Zeit“ formuliert hat.

Zweitens muss die Freiheit des Kapitalverkehrs (wieder) beschränkt werden. Hierbei handelt es sich tatsächlich um einen Eckpunkt im Akkumulationsregime des Neoliberalismus. Es hat lange gedauert, bis diese Freiheit des Kapitals durchgesetzt war. Ohne diese Freiheit durch die nationalen (oder auch internationalen) Institutionen zu begrenzen, werden die Spekulationsexzesse des Finanzsektors nicht vermieden werden können. Schon die notwendige Begrenzung der Kreditvergabe wäre nicht möglich. Die Auseinandersetzung um diese Frage dürfte hart werden. Schließlich hat die Freiheit des Kapitalverkehrs im Europa der EU den Status des obersten Verfassungsranges. Es lohnt sich daher, diese Frage auch bei den anstehenden Wahlen zum EU-Parlament in den Vordergrund zu rücken. ■

☞ Lucas Zeise, Volkswirt, ist Finanzjournalist und hat u.a. für das japanische Wirtschaftsministerium, die deutsche Aluminiumindustrie und die Frankfurter Börsen-Zeitung gearbeitet. Er war 1999/2000 an der Gründung der »FinancialTimes Deutschland« beteiligt und schreibt in ihr heute noch eine vierzehntägige Kolumne.



Foto: Christian Kiel

New Deal, neues Bretton Woods und was dann?

von Michael R. Krätke



In erstaunlich kurzer Zeit hat die Bekehrung stattgefunden: Aus bekennenden Neoliberalen sind unsere Eliten, gleichsam im Eilverfahren, umgeschwenkt und haben sich mit dem Gedanken an massive Staatsinterventionen in die Wirtschaft, in den heiligen Markt, angefreundet. Verstaatlichung, sogar Enteignungen, sind wieder im Gespräch und nicht länger als linkes Teufelszeug verdammt. Nun sieht auch unser aller Grundgesetz, so wie die meisten Verfassungen, die Enteignung in bestimmten Notfällen vor, unter dem Vorbehalt einer angemessenen Entschädigung. Verstaatlichungen werden im Moment in so gut wie allen kapitalistischen Industrieländern betrieben, nicht um den öffentlichen Sektor zu erweitern, nicht um die verrückte Privatisierungspolitik der letzten Jahre zu korrigieren, sondern einzig und allein, um marode Banken und sonstige Finanzunternehmen vor dem Untergang zu retten. Konjunkturprogramme, noch vor wenigen Monaten und Wochen als bestenfalls wirkungslos, schlimmstenfalls inflationstreibend verpönt, werden jetzt in rasender Eile, eines nach dem anderen aufgelegt. Die Regierungen wie die Parlamente überschlagen sich mit immer neuen Rettungsplänen, um die drohnede Katastrophe abzuwenden.

□ Sind nun alle KenesianerInnen?

Hat die sozialdemokratische und sonstige Linke also Grund, sich zu freuen? Sind wir plötzlich, in der akuten Krisennot, alle wieder einmal KeynesianerInnen? Wohl kaum. Eher sind den AkteurInnen einige der bisher bestgegläubten ökonomischen Dogmen abhanden gekommen. Eher haben die Regierenden, den wachsenden Zorn der Wählerschaft im Nacken, ihre Zuflucht zu einem hektischen Aktionismus genommen. Die Konjunkturprogramme, jedenfalls in Deutschland, sind denn auch danach – ein Sammelsurium von ad-hoc Maßnahmen ohne klare Linie oder Stoßrichtung. Was eigentlich zu tun ist, um aus dieser Krise wieder halbwegs heil heraus zu kommen, was zu tun ist, um eine Welle des antikapitalistischen Protests aufzuhalten – die nach rechts oder nach links

ausschlagen kann, wie wir wissen –, bei den sogenannten Eliten weiß das niemand. Das Weltwirtschaftsforum in Davos von 2009 wird daher als Gipfel der Ratlosigkeit in die Geschichte eingehen. Selbst die ewigen Alles- und BesserwisserInnen aus den Reihen der multinationalen und angelsächsischen Managereliten erschienen diesmal kleinlaut, als habe ihnen das Ausmaß des Desasters, das sie samt ihren IdeologInnen und politischen RepräsentantInnen verursacht haben, die Sprache verschlagen. Aber das ist ein schwacher Trost. Denn der Gegengipfel, das Weltsozialforum in Belem, der fast zeitgleich tagte, hatte trotz ein hunderttausend TeilnehmerInnen aus allen Teilen der Welt auch keine wirkliche Alternative zu bieten. „Eine andere Welt ist möglich“, das stimmt nach wie vor. Die spannende Frage ist nur, wie diese andere Welt aussehen wird. Wie in jeder grossen Krise in der Geschichte des Kapitalismus bisher, findet unter unseren Augen, mit oder gegen uns, eine drastische Veränderung der Strukturen der Weltwirtschaft, der Weltpolitik und damit der Weltgesellschaft statt. Wir erleben das Ende eines Modells des Kapitalismus, nicht notwendigerweise, wie einige EnthusiastInnen auf der Linken meinen, auch schon das Ende des Kapitalismus als Weltsystem.

» Die unangefochtene Vorherrschaft des Neoliberalismus scheint gebrochen zu sein – auf den ersten Blick. Aber noch hat der Marktfundamentalismus das Feld nicht geräumt, noch ist er nicht unter allgemeinem Hohngelächter ins Archiv der ideologischen Monstrositäten verfrachtet worden. Die VerteidigerInnen des als „Marktwirtschaft“ oder „Markt“ schlechthin kostümierten Kapitalismus sind so hyperaktiv wie eh und je und warnen allenthalben vor Übertreibungen. Zuviel Regulierung, zuviel Staatsintervention, zuviel Verstaatlichung, zuviel Protektionismus, zu hohe Staatsschulden – das scheint nun die Hauptsorge zu sein. Die paar WirtschaftsjournalistInnen der bürgerlichen Fachpresse, die den Ernst der ersten Weltfinanzkrise begriffen haben und das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise, die dadurch ausgelöst worden ist, ohne ideologische

Scheuklappen sehen können, äußern sich verhaltener. Ihnen macht eher der Orientierungsverlust unserer Regierenden, gleich ob mit Talkshow-Geschwätz, bajuwarischem Gepolter oder dem Mienenspiel der besorgten Landesmutti verbrämt, mehr Sorgen. Zu Recht. Denn, wie der Dichter sagt, auf die Dauer lässt sich auch das bravste Publikum, sogar das deutsche Wahlvolk, nichts mehr vormachen und begreift, dass die „Verantwortungsträger“ mit ihrem Latein am Ende sind.

□ Bewährungsprobe der Linken

Im Moment wiederholt sich die Geschichte – nicht als Tragödie, nicht einmal als Farce, eher wie die sovielte Wiederholung einer abgenudelten Fernsehserie. Wie in den früheren Finanzkrisen, wie in den 1990er Jahren, wie 1997/98 in der Asienkrise, wie 2001/02 in der Krise der „new economy“ wird auch jetzt wieder nach einer Neuauflage der bewährten Rettungsmanöver aus längst vergangenen Zeiten gerufen. Unablässig ist von einem neuen New Deal die Rede. Bill Clinton tat das, die neue US-Regierung mit ihrem Hoffnungsträger Obama tut das gleiche. Das scheint fast eine magische Formel zu sein. Es wird vergessen, dass das historische Vorbild, der New Deal Präsident Roosevelts, erst 1933 begann, als die Weltwirtschaftskrise schon seit Jahren in vollem Gang und nicht mehr aufzuhalten, nur noch abzumildern war. Vergessen wird, dass von einem „Gesellschaftsvertrag“ nicht die Rede sein konnte, der New Deal war und blieb ein gewagtes und heftig umkämpftes Unternehmen, das Roosevelt nur mit Mühe, gegen großen und wütenden Widerstand, stets am Rand des Scheiterns durchsetzen konnte. Letzten Endes, auch das sollte beim Ruf nach einem New Deal im Gedächtnis behalten, hat diese Politik – die ein gerütteltes Maß an protektionistischen Maßnahmen einschloss – die Stagnation und Depression, die langanhaltende Massenarbeitslosigkeit in den USA nicht wirklich beseitigen können. Das tat erst der Übergang zur Kriegswirtschaft mit dem Beginn des zweiten Weltkriegs. Dennoch kann die historische Analogie nützlich sein, um sich über die Aufgabe klar

zu werden, die vor uns steht. Die gegenwärtige Krise, das sollte die Linke und Europa und überall auf der Welt schleunigst begreifen, ist unsere große Krise, die historische Bewährungssituation. Die Linke hat schon 1989/90, bei der letzten grossen Zeitenwende keine gute Figur gemacht, die Ereignisse weder kommen sehen noch souverän darauf reagiert. Wie jede grosse Krise bietet auch diese eine historische Chance, kaum kleiner als die, die der Zusammenbruch des Staatssozialismus sowjetischer Prägung der sozialistischen Linken in Europa und anderswo geboten hat. Die grosse Krise der 1930er Jahre führte zum Aufstieg und Sieg des Faschismus, zum Untergang der ersten deutschen Republik, zum totalen Zusammenbruch der Weltwirtschaft, zu einem unerhörten Massenelend, schließlich zum bislang schlimmsten Weltkrieg der Menschheitsgeschichte. Diese Geschichte darf sich nicht wiederholen, da dürften sogar die unvermeidlichen VerantwortungsträgerInnen mit uns einig sein.

□ Das Konzert der Großmächte hat ausgespielt

Ebenso unoriginell und ebenso verständlich wird auch heute wieder – genau wie während der voran gegangenen Finanzkrisen, die wir nun seit gut zwanzig Jahren in Serie (fast alle drei Jahre eine grosse Finanzkrise) erleben – nach einem neuen Bretton Woods gerufen. Der Weltfinanzgipfel im vergangenen November stand im Zeichen dieser historischen Analogie, das nächste Treffen der G20 in wenigen Wochen wird wieder dieses historische Vorbild beschwören. Aber auch in diesem Fall kann ein wenig historische Erinnerung nicht schaden. Auf der historischen Konferenz von Bretton Woods von 1944 spielten die US-amerikanische und die britische Delegation die Hauptrolle, die übrigen 42 vertretenen Staaten waren eher Statisten. Der Verhandlungsführer der britischen Delegation, John Maynard (damals bereits Lord) Keynes, konnte sich mit seinem Plan nicht durchsetzen, der US-amerikanische Plan zur Neuordnung der Weltwirtschaft, der Weltwährungs- und -finanzordnung wurde mit wenigen Änderungen

angenommen, die Briten mussten sich dem Willen der größten Gläubigernation, der stärksten Industrie- und Militärmacht der kapitalistischen Welt beugen. Hätte Keynes damals seinen Plan durchsetzen können, wäre das Auseinanderbrechen des Bretton Woods Regimes in den 1970er Jahren, samt der anschließenden Serie von Weltwirtschafts- und Finanzkrisen wohl vermeidbar gewesen. Bretton Woods funktionierte – mehr schlecht als recht –, solange die Wall Street das Sagen hatte. Als sie es nicht mehr hatte, als es für die USA kostspielig wurde, den US-Dollar als Weltgeld fungieren zu lassen, wurde die Goldbremse gelöst, dann ausgebaut und der weltweiten Dollarinflation freies Spiel gegeben, unter der wir bis heute leiden. Selbst im günstigsten Fall, wenn unsere Regierungen, die Angst vor dem totalen Absturz im Nacken, getrieben von ihren WählerInnen, besorgt über drohende Ausbrüche des blanken Volkszornes – eine Angst, die im Moment die chinesische wie die französische Regierung umtreibt –, sich zusammen raufen, wird ein neues Bretton Woods nur dann eine Chance haben, wenn es das Ende des Wall Street und Dollar-Regimes besiegelt. Die künftige Weltwirtschafts- und -währungsordnung wird multipolar und multilateral sein, weder die USA noch die G8 werden das kapitalistische Welt-system weiterhin dominieren können. Der Gentlemen's Club, das Konzert der Großmächte, sie haben als Modelle der Weltpolitik ausgespielt. Ein Hauch von Demokratie macht sich breit und selbst die G20 werden sich legitimieren, mithin die Kritik und Einmischung des Rests der Welt gefallen lassen müssen.

□ Stunde des radikalen Reformismus

Wenn die Demokratie schon von der Agenda der Weltwirtschaftspolitik kaum mehr zu verbannt ist, wie steht es dann mit unseren neuen, nationalen New Deals? Die Kosten der Weltfinanzkrise werden jetzt auf mindestens drei Billionen US-Dollar geschätzt – innerhalb eines Jahres haben sich diese Verlustschätzungen mehr als verdreifacht und alle halbwegs Eingeweihten wissen, dass sie immer noch viel zu niedrig sind. Bis zu einem Fünftel des Bruttosozialprodukts wird der Ausgleich der Spekulationsverluste im Banken- und Finanzsystem in den OECD-Ländern kosten – nach konservativen Schätzungen. Was liegt also näher, als den Bankrotteuren, die ganz offenkundig mit dem Geld anderer Leute nicht umgehen können, das Kreditgeschäft aus der Hand zu nehmen. Sprich, die Banken, und nicht nur die Banken, zu nationalisieren, in öffentliches Eigentum zu überführen und in öffentliche Unternehmen zu verwandeln? Da sich die Banken im öffentlichen Eigentum bzw. mit Staatsbeteiligung wie die Landesbanken in Deutschland oder die IKB und ähnliche Institute keineswegs umsichtiger oder verantwortungsvoller verhalten haben als die privaten Geschäftsbanken oder die Investmentbanken, was liegt näher als den gesamten öffentlichen Unternehmenssektor, die Banken voran, gründlich zu reformieren und einer wirklichen demokratischen Kontrolle zu unterstellen. Da die großen Industrieunternehmen im Moment nach Staatshilfe schreien, zugleich aber panikartig in Massen Leute hinauswerfen, da das Leiharbeitsystem zusammen kracht, da wir im Moment erleben, was die angebliche „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarkts für das untere Drittel der Arbeitsgesellschaft bedeutet, was liegt näher als die Staatsknete für einzelne Unternehmen oder ganze Branchen an strikte Auflagen zu binden, wie sie bei jeder Vergabe von öffentlichen Mitteln für Groß- oder Kleinprojekte üblich sind. Was liegt näher als die Reform des Arbeitsmarkts zu reformieren, die Arbeitszeit (die Wochen-, Tagesarbeitszeit wie die Jahres- und Lebensarbeitszeit) sofort neu zu justieren, flächendeckende Mindestlöhne einzuführen? In der Krise wird der Sozialstaat gebraucht, die große Krise

ist die Stunde des konsequenten, sogar des radikalen Reformismus, in der man das Udenkbare denken, das Unerhörte wagen muss.

» Was liegt näher? In der Sozialdemokratie ist es im Moment die Angst, die Angst vor den Folgen der großen Koalition, die Angst vor dem Machtverlust, die Angst vor der Konkurrenz auf der Linken. Vor den sogenannten Konservativen wie vor den Unentwegt-Neoliberalen braucht man keine Angst zu haben. Nichts wäre einfacher, nichts wäre logischer, als Front zu machen gegen das sogenannte „bürgerliche Lager“ – in dem Moment, wo die angebliche „Wirtschaftskompetenz“ dieser Damen und Herren vor aller Augen als das entlarvt wird, was sie stets war, als hohles, präntiöses Geschwätz.



Foto: www.pixeliode; O. Fischer

» In solchen Zeiten rächt es sich bitter, wenn die Massenparteien der Linken, zumal die großen und alten wie die SPD, sich nicht mehr auf die Kapitalismuskritik verstehen, die einst ihre intellektuelle Stärke war. Der hilflose Antikapitalismus, der nur einige wenige Spieler, einige wenige Praktiken, einige wenige Unternehmen als Auswüchse verdammt, trägt nicht weit. Die Wut im Bauch gegen die Reichen, die da oben, die Banker, die Spekulanten, die Kapitalisten, sie ist so alt wie der Kapitalismus. Aber die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien sind ja einmal gegründet worden, um dieser Wut, dem fast instinktiven Anti-Kapitalismus derer da unten ein klares Ziel, eine Richtung, Sinn und Verstand zu geben. Das ist heute so aktuell wie eh und je. Wer vom Kapitalismus und seinen Krisen mit Verstand und historischem Sinn reden will, darf vom Sozialismus, von einer Wirtschaft und Gesellschaft jenseits des Kapitalismus nicht schweigen. Dazu braucht es keine Patentrezepte. Dazu gibt es mehr als genug linke Konzepte, Ideen, Theorien im sozialdemokratischen Traditionsgepäck:

Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus zum Beispiel, beides entstanden aus der Kritik am Kapitalismus wie aus der Kritik am „real existierenden Sozialismus“ des sowjetischen Imperiums. Vielen ist das wieder zu reformistisch, zu wenig Utopie. Vielen ist das auch zu kompliziert, denn beides erfordert einen langwierigen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft auf mehreren Ebenen, viele neue Institutionen, eine ganz andere Form von gelenkter und in der Tat „sozialer“, demokratisch kontrollierter Marktwirtschaft. Mithin auch eine andere Form der Demokratie, mehr als nur die Fortsetzung und Erweiterung des altgewohnten Parlamentarismus mit dazu gehörigem Wahlsystem. Manche unserer Freunde auf der Linken haben eine oder mehrere Patentlösungen parat: Nicht wenige grüne Linke, viele rote Linke schwören auf das Grundeinkommen als den einen, unüber-
trefflichen Hebel zur radikalen Sozialreform – oder -revolution. Die linke Linke, wie man in Frankreich sagt, die Trotzlisten sagen es gerade heraus – die Weltrevolution und nur sie ist die Lösung aller unserer Probleme. Wohl kaum. Damit fangen sie



Foto: www.liniezwei.de

erst an. Im Moment wäre schon viel gewonnen, wenn sich die Linke insgesamt auf ihre reformistische Tradition besinnen würde und begänne, sich in die Transformation des real existierenden Kapitalismus, national wie global, aktiv einzumischen, um wenigstens die große Richtung mit bestimmen bzw. zu korrigieren. Der neue US-Präsident, alles andere als ein Sozialist, propagiert eine „grüne Beschäftigungspolitik“. Die Linke in Deutschland und in Europa sollte seinem Beispiel folgen und die ökologische und soziale Reform auf ihre Banner schreiben. Auch wenn das erbitterten Kampf gegen die IdeologInnen und ewigen GlaubenskriegerInnen des Marktfundamentalismus bedeutet.

□ Nachhaltigkeit noch in dieser Generation

Denn das unterscheidet diese Krise von allen früheren großen Krisen in der Geschichte des modernen Kapitalismus. Wir haben es nicht nur mit einer Weltfinanzkrise und einer Weltwirtschaftskrise zu tun. Wir stehen gleichzeitig unter dem Problemdruck des weltweiten Klimawandels und wir befinden uns mitten in einer Welthungerkrise, auch wenn wir in den reichen Ländern davon nicht viel merken. Unsere Weltordnung kracht in allen Fugen, und sie droht kriegerisch zu explodieren. Der Klimawandel setzt uns unter Zeitdruck. Uns bleiben nur noch zehn bis fünfzehn Jahre für einen radikalen Umbau der Industriegesellschaften –

und zwar überall auf der Welt. Wir müssen unsere gesamte Arbeits- und Lebensweise radikal umstellen in weniger als einer Generation. Die berühmte „Nachhaltigkeit“, von der alle Welt inzwischen unablässig faselt, wir müssen sie jetzt, innerhalb weniger Jahre erreichen, indem wir unsere gewohnte Weise zu leben, zu essen, zu wohnen, zu reisen, zu kommunizieren, zu arbeiten gründlich verändern. Und zwar auch um den Preis, dass dabei der gute alte Kapitalismus mitsamt seinen angeblichen ökonomischen „Gesetzen“, mitsamt seinen Irrationalitäten, mitsamt seinen schreien den sozialen Ungerechtigkeiten, mitsamt seinen schönen Ideologien, mitsamt seinen Klassenprivilegien auf der Strecke bleibt. Nicht um eines sozialistischen Ideals, nicht um einer Utopie, sondern um des Überlebens der Gattung Mensch willen. Auch, damit die Regierung durch das Volk und für das Volk nicht von dieser Erde verschwindet und durch einen wüsten Reigen von Eliten-Despoten ersetzt wird. In diesem Sinn bedeutet die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise in der Tat eine Chance, die Chance zum radikalen, demokratischen Umbau des Kapitalismus. Es dürfte nach menschlichem Ermessen die letzte sein. Jetzt, in den nächsten Jahren, muss sich erweisen, was das inzwischen zum Ritual gewordene Gerede von der Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen wert ist. Jetzt, nicht morgen, muss die europäische Linke zeigen, dass sie Mut und Verstand hat. ■

⇒ Dr. Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie und Direktor des Institute for Advances Studies an der Universität Lancaster sowie Mitherausgeber der spw.

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:

112 Seiten, 8,50 €
Jahresabo: 45,00 €
Ermäßigt: 30,00 €

*Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu*

1968 – lohnendes Erinnern

Die Konstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei **Kurt Bachmann**
Die Geschichte gab der DKP recht **Herbert Mies** | Wenn es die DKP heute nicht gäbe. Interview mit dem Vorsitzenden der DKP, **Heinz Stehr** | Betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe Ende der 60er-Jahre **Heinz Hummler** | „Herunter mit den Preisen und dem Wirtschaftsdiktator Erhard“ Zum vergessenen Generalstreik vom 12. November 1948 **Daniel Bratanovic** | Mein 68 begann 1966 **Otto Meyer** Abenteuer Quantenphysik **Rolf Jünger** | Weltfinanzkrise – Weltwirtschaftskrise **Winfried Wolf**

Bestellung bei Neue Impulse Versand

Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen

Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4

E-Mail: NeueImpulse@aol.com



NEUE IMPULSE VERLAG

Rezension: Aufschwung für Deutschland

von Achim Truger



Foto: www.fotolia.de; Russ Pearce



Die Lage ist sehr ernst. Das gesamte Finanzsystem war vom Kollaps bedroht, und die globale Rezession wird die Bundesrepublik dieses Jahr in nicht gekannter Härte treffen. Entsprechend groß sind die Unsicherheit und der Bedarf an Orientierungswissen. Wie konnte es zu der Krise kommen? Wie kann man sie kurzfristig bekämpfen? Wie kann man ähnlichen Krisen in Zukunft vorbeugen? Das Buch, das auf diese Fragen eine überzeugende Antwort hat, muss wahrscheinlich noch geschrieben werden.

Wer sich ersatzweise wenigstens fundiert mit den Fehlern der deutschen wirtschaftspolitischen Debatte und der entsprechenden Politik der letzten Jahre auseinandersetzen möchte, dem sei das Buch „Aufschwung für Deutschland“ empfohlen. Die Herausgeber sind Ronald Schettkat, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Wuppertal, und Jochem Langkau, der ehemalige Leiter des wirtschafts- und sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrums der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie haben sechs Beiträge von acht international renommierten Ökonomen und Ökonomen gesammelt, die sich kritisch zur deutschen ökonomischen Mainstreamtheorie und -politik der letzten Jahre äußern. Ermöglicht wurde das Buchprojekt durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, finanziell unterstützt zudem durch die Hans-und-Traute-Mattländer-Stiftung, die in der Vergangenheit schon häufig bedeutende progressive ökonomische Publikationen gefördert hat.



Um das Buch richtig einordnen zu können, muss man sich zunächst in die Zeit der deutschen Stagnation von 2001 bis 2005 zurückversetzen, in der die deutsche wirtschaftspolitische Debatte von einer komplett einseitigen Sichtweise dominiert wurde. Schuld an der Krise seien ausschließlich die „strukturellen Verkrustungen“ des Arbeitsmarktes als angebliche Hauptursache der hohen Arbeitslosigkeit. Institutionen kollektiver Lohnbildung, gesetzliche und/oder tarifliche Regulierungen sowie das soziale Sicherungs- und das Steuersystem wurden als Abweichungen vom reinen Markt und damit als Verursacher von Arbeitslosigkeit angesehen. Aus dieser Sicht gab es nur eine Konsequenz: Je weniger tarifliche, gesetzliche und sozialpolitische Regulierungen und Abweichungen vom vollkommenen Arbeitsmarkt es gibt, umso geringer wird die Arbeitslosigkeit ausfallen. Daher müsse der Arbeitsmarkt möglichst radikal dereguliert werden, und möglichst tiefe Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme seien notwendig.

» » Wie wirkungsmächtig diese Sichtweise in Deutschland gerade auch unter sozialdemokratischer Führung in den vergangenen zehn Jahren war, bedarf angesichts der unübersehbaren Entstaatlichungstendenzen, der „Agenda 2010“ sowie der resultierenden dramatischen Zunahme der Einkommens- und Vermögensungleichheit keiner weiteren Erläuterung. Im „Hamburger Appell“ hatten 2005 über 250 deutsche Wirtschaftswissenschaftler unter Berufung auf einen angeblich eindeutigen wissenschaftlichen Konsens weitere radikale Reformen gefordert und behauptet, Versuche der makroökonomischen Stabilisierung seien grundsätzlich zum Scheitern verurteilt.

Genau diese aus internationaler Perspektive völlig einseitige Ausrichtung von Wirtschaftstheorie und praktizierter Politik nehmen die Beiträge des Nobelpreisträgers Robert Solow (USA) sowie von Paul de Grauwe (Belgien), Claudia Costa Storti (Portugal), Charles Wyplosz (Frankreich/Schweiz), Wendy Carlin (Großbritannien), David Soskice (Großbritannien/USA), Adam S. Posen (USA) und Richard B. Freeman (USA) aufs Korn. Wer nur das unsäglich deutsche Reformgefasel kennt, wird sich bei der Lektüre verwundert die Augen reiben: Deutschland ist „strukturell“ gar nicht besonders „verkrustet“? Der Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktinstitutionen und Arbeitslosigkeit ist gar nicht so eindeutig? Deutschland könnte bis 2005 in einer ganz normalen, nachfragebedingten Konjunkturkrise gesteckt haben? Dies hätte dann auch an einer zu restriktiven Geld- und einer pro-zyklischen Finanzpolitik gelegen? Geld- und Finanzpolitik können wirksame Mittel zur Steigerung von Wachstum und Beschäftigung sein? Exportweltmeister könnte gar kein erstrebenswerter Titel sein? Investitionen in die Kinderbetreuung als angebots- und nachfrageseitige Wachstumsstrategie? Diese und weitere Punkte werden in den Beiträgen ausführlich und äußerst überzeugend behandelt.

» » Der Sammelband bietet aber auch einigen Anlass zur Kritik. Zunächst ist die teilweise extrem ungelenke Übersetzung zu bemängeln, die die Lektüre unnötig erschwert. Auch würde man sich manchmal eine genauere Kenntnis der deutschen Verhältnisse wünschen. So behauptet Freeman im Rückblick auf die Entwicklungen seit den 90er Jahren, eine Senkung der Unternehmensbesteuerung sei lediglich geplant, obwohl im Jahr 2001 bereits eine dramatische Senkung erfolgt war. Kaum mit den Fakten in Einklang zu bringen, ist zudem Schettkats Behauptung, die deutsche Finanzpolitik sei 2006 auf einen expansiven Kurs eingeschwenkt. Zudem hat die völlige Fokussierung auf den ökonomischen Mainstream ihren Preis. Man erfährt zwar, dass man auf seiner Basis durchaus auch zu ganz anderen Einschätzungen der deutschen Situation kommen konnte. Eine grundsätzlichere Kritik am Mainstream, etwas aus einer konsequent (post-)keynesianischen Perspektive, unterbleibt aber. Böswillig könnte man den Band daher im Extremfall sogar als Ermutigung für weitere Deregulierung und „Strukturreformen“ auffassen – solange sie denn nur makroökonomisch flankiert werden.

Das Buch ist dennoch ein Muss für alle, die für eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik eintreten. Es braucht keine besondere prophetische Gabe, um die nächsten radikalen „Strukturreform“-Debatten und „Hamburger Appelle“ in Deutschland vorherzusagen. Dann werden die Argumente dieses Buches bitter nötig sein. ■

☞ Dr. rer. pol. Achim Truger ist Leiter des Referates Steuer- und Finanzpolitik im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Literatur

■ Ronald Schettkatt, Jochen Langkau (Hg.): Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn. 248 Seiten, ISBN 978-3-8012-0376-4, 16,80 Euro.



Foto: www.aboutpixel.de; snygo

Wissen Sie, wo Sie hinwollen?

von Gesa Rünker



» Ein Winternachmittag, draußen ist es dunkel. Ich sitze mit 55 KollegInnen bei einem Powerpoint-Vortrag über „das Radio der Zukunft“ und unterdrücke mühsam ein Gähnen. Was die Referentin da zurechtstammelt, kann ich nicht nachvollziehen, ich sehe die Tabellen nicht, weil ich von Geburt an blind bin. Also bin ich eigentlich dran gewöhnt; doch jetzt fühle ich mich behinderter als noch vor zwei Stunden. Meine Bitte um Verbalisierung bleibt erfolglos, und ich schweife ab ...

„Wissen Sie, wo Sie hinwollen?“ fragt mich auf der Straße eine Passantin. „Ja, und ich hoffe, Sie kennen Ihr Ziel auch“, antworte ich und lächle, obwohl ich kaum verhehlen kann, dass diese Gesprächssituation mir nicht gefällt. Was würde diese – im Grundsatz vielleicht hilfsbereite – Zeitgenossin wohl denken, wenn ich, die blinde Passantin, auf sie zugehe und sie fragte, ob sie sich wohl im Klaren darüber ist, wohin ihr Weg sie führen wird?

„Komm’sie ich helfe Ihnen!“ kündigt an einem anderen Tag ein anderer Verkehrsteilnehmer an, zerrt mich über eine Straße, die ich gar nicht querren wollte, und freut sich beim Abschied mit den Worten „so, jetzt ist Ihnen geholfen!“ Meinen Protest ignoriert er, meinen ratlosen Blick nimmt er nicht wahr.

„Ach, wir wissen so wenig, wir kennen ja keinen Behinderten!“ Den Standardsatz höre ich oft. In Deutschland wird noch sauber ausgegrenzt und früh entschieden, wer in welchen Kindergarten, in welche Schule geht. Da ist es schwer, einander kennenzulernen. Fehlende Erfahrung behindert den Dialog – das betrifft ja nicht nur Behinderte.

Aber der Satz ist zu einem Allgemeinplatz, zur allseits akzeptierten Generalentschuldigung geworden, erinnert mich an meinen fünfjährigen Sohn, der, wenn er bewusst Blödsinn macht, einfach mal sagt: „Baby weiß noch nix!“

Und bei all der Unsicherheit, die Nichtbehinderte Behinderten gegenüber empfinden, scheint eines von Anfang an glasklar zu sein: Wer nicht laufen, nicht hören, nicht sehen kann, wer nicht spricht oder denkt wie alle Anderen, der ist INSGESAMT im Defizit. Manchmal wächst das „gedachte Defizit“ in meinem Kopf heran, steht mir selbst im Wege, verstellt mir die Sicht auf Inhalte. Dann will ich beweisen, wo keiner mich in die Beweispflicht nimmt. Doch die Annahme, dass Behinderte immer einen Schritt hinterherhinken, ist weit verbreitet, spiegelt sich wider, wenn Personalchefs sagen: „Wir würden ja gern mehr Menschen mit Behinderungen einstellen – es gibt einfach keine Qualifizierten!“ Auch ein Allgemeinplatz: Natürlich haben behinderte Menschen sehr unterschiedliche Qualifikationen, sie brauchen aber die Chance, zu zeigen, was sie können. Neoliberales „Leistung lohnt sich“ funktioniert hier erst recht nicht.

Meine Qualifikation, meine Philosophie, mein Plädoyer für den Dialog, all das führt jetzt gerade nicht weiter. Powerpoint und kein Ende. Da hilft nur Stromausfall. Ich stehe leise auf, schleiche über Treppen den Weg nach unten. Der Hausmeister, ein alter ver.di-Kollege, schuldet mir noch einen Gefallen. Zurück im Sitzungsraum freue ich mich ... auf die plötzlich einbrechende Dunkelheit. ■

☞ Gesa Rünker arbeitet als Hörfunkredakteurin und lebt in Leichlingen.

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: „Bad Bank“ oder Staatsbeteiligung an Banken?

von Arne Heise

» Kreditinstitute sind die Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung. Über ihre Kreditvergabe versorgen sie nicht nur die Realwirtschaft mit Geld, dem unverzichtbaren Tauschmittel, sondern sie „spekulieren“ auf den künftigen wirtschaftlichen Erfolg ihrer KreditnehmerInnen und ermöglichen so Wirtschaftswachstum. Stockt die Kreditvergabe, dann geraten auch Investitionen, Produktion, Einkommensentstehung und Beschäftigung in Bedrängnis. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist als ebensolche Finanzkrise geboren worden, als Banker es mit der Spekulation übertrieben und vor allem die notwendige Sorgfalt bei der Risikoeinschätzung ihrer Kredite vermissen ließen. Da einerseits die Entlohnung der Banker zu einem nicht geringen Teil vom Kreditvolumen abhängig war und es andererseits die Verbriefung von Krediten – also der Weiterverkauf von Kredititeln – ermöglichte, dubiose Kredite ohne klare Risikoangabe weiterzugeben, entstand ein systematischer Anreiz, jene Kredite zu kreieren, die heute als „Schrott- oder Ramschpapiere“ bezeichnet werden und viele Banken, gerade auch in Deutschland, in Bedrängnis bringen.

Sollten Kredite aus solchen hochspekulativen Schrottgeschäften uneinbringlich werden, müssen die entstehenden Verluste mittels Abschreibungen aus dem Gewinn oder, falls dieser nicht anfällt, aus dem Eigenkapital der Banken bezahlt werden. Das Fatale an der gegenwärtigen Situation ist nicht die Tatsache, dass es derartige Schrottpapiere gibt, sondern deren Größenordnung: Weltweit wird das Volumen auf etwa 2.800 Mrd. Euro geschätzt, wovon die deutschen Geschäftsbanken allein etwa 800 Mrd. Euro halten sollen. Bei einer Bilanzsumme der deutschen Banken von zusammen etwa 7.000 Mrd. Euro könnten allein diese

faulen Kredite ihr Eigenkapital aufzerrn und folglich in die Insolvenz treiben! Hierin besteht das eigentliche Problem: Zweifellos sind einzelne Banken soweit mit Schrottpapieren belastet, dass deren Pleite nicht ausgeschlossen werden kann. Die korrekte Abschreibung dieser Schrottpapiere allein könnte dazu führen, dass das Eigenkapital zahlreicher Banken unter die gesetzlich geforderten Mindestgrößen (Basel II) fällt und deshalb die Einleitung eines Insolvenzverfahrens zur Folge haben muss.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb das für eine funktionierende Liquiditätsversorgung notwendige Kreditgeschäft zwischen den Banken seit Beginn der Finanzkrise zunächst fast vollständig zum Erliegen kam und auch nach dem „Schutzschirm für die Banken“ – dem Finanzmarktstabilisierungsfonds Soffin – immer noch nicht wieder adäquat funktioniert. Die Banken trauen sich gegenseitig nicht über den Weg.

Foto: Christian Kiel



Hier nun kommt die Idee einer Bad Bank ins Spiel: Die Schrottkredite sollen an ein Institut – die Bad Bank – abgegeben werden. Damit könnten die Bilanzen der Banken auf einen Schlag von dem hohen Risiko und der hohen Abschreibungspflicht entlastet und damit das (gegenwärtige) Insolvenzrisiko minimiert werden. Somit würden dann auch die Misstrauensbarrieren zwischen den Banken fallen und mit dem Inter-Banken-Kreditgeschäft endlich auch die Liquiditätsversorgung wieder auf sichere Füße gestellt werden.

» Natürlich sind damit die Schrottkredite nicht verschwunden, aber bei einer einzigen Institution gebündelt, deren alleinige Aufgabe die Abwicklung der zugrundeliegenden Kreditgeschäfte ist. Die vermutlichen Verluste dieser Bad Bank – denn der größere Teil der Schrottkredite wird wahrscheinlich uneinbringlich bleiben – müssen natürlich vom Eigentümer übernommen werden. Wer aber wird dieser Eigentümer? In der eigentlichen Idee von Bad Banks sind es private Spekulanten, die Bad Banks gründen: Sie kaufen die Schrottpapiere mit hohem Risikoabschlägen auf und hoffen, zumindest einen ausreichenden Teil einfordern zu können. Dieser marktwirtschaftliche Weg scheint aber einerseits in der gegenwärtigen Situation nicht gangbar zu sein, weil es das Problem der Banken nicht löst: Sie würden ihre faulen Kredite nur unter so hohem Risikoabschlägen los werden, dass ihre Solvenz ebenso gefährdet wäre wie bei allgemeinen Abschreibungen. Andererseits scheint es auch nicht die Art von Bad Bank zu sein, die Ackermann & Co. im Sinn haben, denn die müsste man ja nicht lautstark fordern, sondern könnte sie einfach gründen.

» Es geht den Bankern also offensichtlich darum, dass der Staat diese Bad Bank gründet oder zumindest als wesentlicher Eigentümer auftritt und den privaten Banken die Schrottpapiere zu nicht-marktadäquaten Preisen abnimmt. Damit würde ein großer Teil der zu erwartenden Verluste dem Gemeinwesen überlassen – während die Gewinne der Vergangenheit noch privatisiert und in Form von Prämien auch direkt in die Taschen des Herrn Ackermann und seiner Kollegen geflossen sind.

Wenn die Alternative zu dieser unmoralischen Forderung aber nur die andauernde Instabilität des Finanzsektors ist, dann bliebe vielleicht nichts anderes übrig, als dennoch in den sauren Apfel zu beißen. Glücklicherweise gibt es Alternativen: Über den Soffin muss sich der Staat an weiteren Privatbanken beteiligen und ihnen so weiteres Eigenkapital zuführen. Ohne Insolvenzrisiko könnten dann die Schrottpapiere abgeschrieben werden, gleichzeitig beteiligt sich der Staat nicht nur an einem Verlustbringer (Bad Bank), sondern an künftigen Gewinnerwirtschaftern (Good Banks). Es bestünde also die Chance, den Eigenkapitaleinsatz später – nach dem Ende der Krise – nicht nur zurückzuerhalten, sondern im günstigsten Fall sogar einen Gewinn für das Gemeinwesen zu machen. Um das immer noch bestehende gegenseitige Misstrauen der Banken soweit zu beseitigen, dass endlich die Interbanken-Kreditvergabe wieder im vollen Umfang in Gang kommt, müssen die Banken verstärkt dazu bewegt werden, die öffentliche Beteiligung in Anspruch zu nehmen. Mit Teil-Verstaatlichung hat dies übrigens gar nichts zu tun, denn es geht weder darum, private KapitalbesitzerInnen zu enteignen, noch darum, die Geschäftspolitik auf andere als Gewinnerwirtschaftungsziele festzulegen. Allenfalls kann der staatliche Mit-Eigentümer darauf hinwirken, dass die Banker wieder ein vernünftiges Gewinn-Risiko-Verhältnis anstreben und nicht allein auf den Umsatz schauen. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Linkswende 09

von Franziska Drohse



Foto: www.photocase.de; visuelworks

» Was heißt heute linke Politik – nach einer jahrelangen Hegemonie des Neoliberalismus, wachsender sozialer Ungleichheit und einer Krise der Weltwirtschaft? Für eine Organisation wie die Jusos ist diese Frage zentral und nach unserer Diskussion um die 63 Thesen, unserem Buch „Was ist heute links?“ und dem Kongress Linkswende 09 Anfang Februar in Berlin können wir sagen: An vielen Stellen konnten wir uns auf gemeinsame Einschätzungen, Positionen und Strategien verständigen. An anderen Stellen konnten wir unsere Fragen an linkes Handeln präzisieren und wissen jetzt, woran wir weiterdiskutieren wollen.

□ Die Krise

Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ist nicht neu. Neu ist auch nicht, dass jede Krise ihr entsprechendes Äquivalent im ideologischen Diskurs findet. Schließlich muss erstmal bewerkstelligt werden, an der Alternativlosigkeit dieser Gesellschaftsordnung festzuhalten, wenn gleichzeitig ganze Nationalökonomien kollabieren. Eines ist allen ideologischen Deutungen gemein: An den Rahmenbedingungen des Systems darf nicht gerüttelt werden.

» Auch die gegenwärtige Deutung, das Problem auf die Finanzsphäre zu reduzieren, ist nicht neu. Die Entwicklung der Finanzmärkte losgekoppelt von den Krisentendenzen der Realwirtschaft in den 70er Jahren und den damit einhergehenden politischen Weichenstellungen zu sehen, ist analytisch falsch, politisch verheerend

und kann zudem bei antisemitischen Versatzstücken von raffendem und schaffendem Kapital landen. Kapitalismus bedeutet: Ziel ist, dass am Ende mehr Geld dabei herauskommt. Ob das über die Herstellung von Teetassen oder dem Spekulieren auf Immobilienfonds geschieht, ist zunächst nicht relevant.

Appelle und moralische Versprechen werden nicht weiterhelfen. Der Kapitalismus wird immer wieder seine Krise produzieren. Deshalb bleibt es richtig, den grundsätzlichen Fokus nicht aufzugeben. Und gleichzeitig lohnt es, dafür zu kämpfen, dass zumindest eine soziale Regulation des Kapitalismus als Folge der Krise durchgesetzt wird.

» Der Neoliberalismus ist in der Krise. Was auf ihn folgen wird, ist offen. Ob eine politische Linke es schaffen wird, grundsätzliche Kritik an den Verhältnissen zu verankern, eine soziale Regulation zu erkämpfen, kann nicht abgesehen werden. Abhängig ist es von politischen AkteurInnen, die sich in die Auseinandersetzung um die Zukunft dieser Gesellschaftsordnung einbringen.

Als Jusos wollen wir mit den Thesen, dem Buch und dem Kongress einen Beitrag dazu leisten. Die Krise des Neoliberalismus birgt die Chance einer Renaissance linker Politik. Dazu ist eine Verständigung über das, was linke Politik ausmacht, notwendig.



□ Linke Politik

Linke Politik hat zum Ziel, dass alle Menschen frei, gleich und solidarisch miteinander leben können. Alle Strukturen, die das verhindern, sind nicht nur im Fokus unserer Kritik, sondern werden von uns bekämpft. Dabei müssen wir nicht nur den Kapitalismus in den Blick nehmen, sondern ebenso das Patriarchat, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Was das gegenwärtig heißt und was das für linke Politik heißt, war Gegenstand unserer Diskussion.

□ Kapitalismuskritik

Kritik am Kapitalismus ist für uns zentral. Der Kapitalismus durchzieht als Strukturprinzip alle sozialen Beziehungen und Lebensbereiche. Als System, das auf einer privaten Eigentumsordnung und dem Marktprinzip basiert, wird er immer GewinnerInnen und VerliererInnen und damit soziale Ungleichheit ebenso wie Krisen gigantischen Ausmaßes produzieren. Deshalb geben wir die Perspektive auf ein System jenseits des Kapitalismus, des demokratischen Sozialismus, nicht auf.

Entscheidend bleibt es, sich die ambivalente Rolle des Staates bewusst zu machen. Der Staat sichert die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus ab, über ihn kann aber auch sozialer Fortschritt errungen werden. Er ist als Terrain politischer Auseinandersetzungen zu begreifen.

Gegenwärtig haben wir insbesondere drei Bereiche herauskristallisiert, mit denen eine politische Linke sich auseinandersetzen muss.

» Da ist der Bereich der Globalisierung. Technische Entwicklungen und politische Entscheidungen zur Deregulierung und Liberalisierung haben dazu geführt, dass in einem bisher nicht gekannten Ausmaß Wirtschaft global agiert. Eine Folge dieser Entwicklung war die Ausdehnung der Finanzmärkte, die jetzt zu einer Krise enormen Ausmaßes geführt hat. Die Diskussion

um die politische Regulierung ist richtig und notwendig, aber sie steht erst am Anfang. Der Kampf um die Durchsetzung einer solchen Regulierung erscheint uns als eine der zentralen Aufgaben der kommenden Jahre.

Der zweite Aspekt betrifft die Arbeitsbeziehungen. Nicht nur die Regulierung des Arbeitsmarktes für uns ganz oben auf der Tagesordnung sondern auch die Frage der Organisation und Durchsetzung kollektiver Interessen. Die Zunahme prekärer Beschäftigung hat dazu geführt, dass gerade in diesen Berufsfeldern die gewerkschaftliche Organisation schwieriger ist. Darauf müssen gemeinsam mit den Gewerkschaften Antworten gefunden werden. Eine soziale Politik können wir nur durchsetzen, wenn sich viele Menschen links organisieren. Daran zu arbeiten, ist für uns elementar.

Der dritte Aspekt betrifft die wachsende soziale Ungleichheit. Folge von Armut ist nicht nur, dass Menschen unter katastrophalen Bedingungen leben müssen, sondern auch, dass sie immer mehr aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Der Kampf gegen menschenunwürdige Verhältnisse und für eine Politik der sozialen Inklusion ist notwendig. Ausschluss bedeutet oftmals auch die Nicht-Artikulation von Interessen in dieser Gesellschaft. Gerade um diese Artikulation, d.h. den kollektiven Eintritt für gemeinsame Interessen, müssen wir kämpfen. Nur so können wir eine darauf ausgerichtete Politik durchsetzen.

□ Worüber wir weiterdiskutieren

Exemplarisch sollen hier drei Fragestellungen, die in fast allen Diskussionsveranstaltungen eine Rolle gespielt haben, beleuchtet werden.

» Da ist der Begriff vom demokratischen Sozialismus zu nennen. Kritisch angemerkt wurde oft, dass wir doch nicht für etwas sein könnten, von dem wir noch nicht einmal wüssten, wie es genau funktionieren solle. Es ist zutreffend, dass wir keine Gesellschaftsordnung

jenseits des Kapitalismus aufmalen können. Wir halten es faktisch für unmöglich und politisch für nicht wünschenswert. Aus der Kritik an den Verhältnissen hoffen wir, die Alternativen entwickeln zu können – demokratisch und nicht elitär.

Eine große Rolle hat die Frage der Wirtschaftsdemokratie gespielt. Zwei Aspekte waren dabei entscheidend. Zum einen war dies die Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge und welche Bereiche dem Markt entzogen und öffentlich organisiert werden sollen. Zum anderen war es die Frage, wie Mitbestimmung in Unternehmen so ausgedehnt werden kann, dass die Menschen, die in einem Unternehmen arbeiten, auch über die Unternehmenspolitik mitentscheiden können.

Als dritte Fragestellung ist die nach dem Träger emanzipatorischer Gesellschaftsveränderung zu nennen. Früher war das – zumindest in der Theorie – ganz einfach: Das revolutionäre Subjekt ist die Arbeiterklasse und das muss von der Notwendigkeit eines revolutionären Umsturzes nur noch überzeugt werden. In der Realität stellt und stellt sich diese Arbeiterklasse aber äußerst heterogen dar – teilweise mit Positionen, die sie eher zum politischen Gegner denn zum emanzipatorischen Vorkämpfer werden ließe.

» Fest steht für uns, dass es ohne die arbeitenden und arbeitslosen Menschen nicht geht. Für uns als Jugendverband ist klar, dass wir in unserer politischen Praxis an die Interessen junger Menschen anknüpfen.

□ Wie weiter?

Die Jusos haben seit jeher den Anspruch, Theorie und Praxis zu verbinden. Theorie ohne Praxis interveniert nicht mehr in gesellschaftliche Kämpfe. Praxis ohne Theorie wird zufällig und beliebig. Eine gegenwärtige Standortbestimmung 2009 ist uns gelungen. Jetzt geht es an die Umsetzung und an vielen Stellen geht es darum weiter zu diskutieren.

Wir wissen: Unsere politische Praxis besteht aus außerparlamentarischen und parlamentarischen Engagement – ganz im Sinne der Doppelstrategie.

Ohne die SPD wird es keinen sozialen Fortschritt geben. Deshalb kämpfen wir in und um die SPD. Die Orientierung auf die sozialen Bewegungen ist für uns aber ebenfalls zentral, um Themen wie die Kritik am Weltwirtschaftssystem auf die Agenda zu setzen oder uns konkret gegen Nazis vor Ort auf die Straße zu stellen.

» Linke Politik bei den Jusos heißt das Bewegen in Widersprüchen. Das große Ganze im Blick behalten und in der SPD um Realpolitik zu ringen, ist nicht einfach. Gemeinsam mit anderen Menschen linke Politik zu machen, hat ein befreiendes Moment, weil es zeigt, dass alles veränderbar ist und es nur Menschen braucht, die diese Veränderung erkämpfen. Gleichzeitig können Kollektive Druck gegenüber Individuen erzeugen. Diese Gefahren und Widersprüche sich in der politischen Arbeit bewusst zu machen und diese kollektiv und solidarisch zu bewältigen, ist Ziel in unserer gemeinsamen Praxis. Nur so wird es gelingen, nicht in Resignation, Anpassung und Inaktivität zu verfallen, sondern die Ausdauer zu behalten, die diese Verhältnisse so dringend erforderlich machen.

Damit die Linkswende auch in den nächsten vierzig Jahren bei den Jusos lebendig ist und diese Gesellschaft irgendwann für eine grundlegende Veränderung bereit sein wird! ■

☞ Franziska Drohsel ist Bundesvorsitzende der Jusos.

Leiharbeitsbranche – weitere Reformen sind nötig

von Gabriele Hiller-Ohm
und Björn Lüttmann



» „Zeitarbeit“ oder „Leiharbeit“? Schon die Begrifflichkeit unterscheidet in der Debatte oft KritikerInnen und UnterstützerInnen von mehr Leiharbeit in Deutschland. Während die Branche selbst den sprunghaften Anstieg der „Zeitarbeit“ feiert und sie als „Sprungbrett für zuvor Arbeitslose“ ansieht, sehen insbesondere die GewerkschafterInnen der IG Metall in der „Leiharbeit“ eine Bedrohung für die fest angestellt Beschäftigten.

□ Entwicklung der Leiharbeit in Deutschland

Der Blick in die Statistik ist eindrucksvoll: Die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse hat sich bundesweit in den letzten Jahren mehr als verdoppelt. Gab es 2003 rund 330.000 LeiharbeitnehmerInnen (1,2 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten), so waren es 2006 rund 630.000 (2,4 Prozent). Nach Schätzungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Kooperation mit der Leiharbeitsbranche ist die Zahl bis Dezember 2007 sogar auf rund 750.000 gewachsen (2,7 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten).

» Nach Angaben des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nimmt die Leiharbeit vor allem in den Betrieben stark zu, in denen sie vorher schon intensiv genutzt wurde. Leiharbeit ist danach besonders im verarbeitenden Gewerbe und hier vor allem in der Metallindustrie verbreitet. Nach Schätzungen der IG Metall waren 2007 rund 215.000 Menschen auf Leiharbeitsbasis in der Metallindustrie beschäftigt, rund 40.000 mehr als im Jahr zuvor.

Leiharbeit ist männlich dominiert (74 Prozent im Jahre 2006) und wird überwiegend von jüngeren Beschäftigten ausgeübt. Rund ein Drittel der Tätigkeiten sind Hilfstätigkeiten und knapp 29 Prozent der Beschäftigten sind ohne abgeschlossene Berufsausbildung.



Foto: www.pixelio.de; JUREC

Beinahe noch interessanter als die Feststellung, dass die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse seit der Flexibilisierung durch die rot-grüne Bundesregierung 2003 rasant angestiegen ist, ist die Frage nach der Interpretation dieses Booms. Ziel der Flexibilisierung war es, mit diesem Instrument deutlich mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Ein einfacher Blick auf die Zahlen müsste also zu dem Schluss führen: Das Konzept ist aufgegangen! Ein Zuwachs von über 400.000 sozialversicherungsrechtlichen Arbeitsplätzen innerhalb von vier Jahren, allein in einer Branche, ist ein Erfolg. Doch die Wirklichkeit ist natürlich komplizierter, denn wie für den Abbau der Arbeitslosigkeit insgesamt, so ist gerade auch für den Ausbau der Leiharbeitsverhältnisse zu fragen, was für Arbeit die Menschen im Bereich der Leiharbeit finden. Und: Werden feste Beschäftigungsverhältnisse zu Gunsten von Leiharbeit verdrängt?

□ Anspruch und Wirklichkeit der Reform der Leiharbeit

Durch die rot-grünen Reformen der Leiharbeitsbranche 2003 sollte die Branche aus der „Schmutzdecke“ herausgeholt werden. Sie sollte auf der einen Seite leichter in Anspruch genommen werden können, aber auf der anderen Seite auch einen arbeitsrechtlich sicheren Rahmen bekommen. Dafür stehen insbesondere die Grundsätze der „gleichen Bezahlung“ und „gleichen Behandlung“ der Zeitarbeiter gegenüber den Festangestellten in einem Betrieb („equal pay“ and „equal treatment“).

» Unstrittig ist: Die Zeitarbeitsbranche hat zum Abbau der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren beigetragen. Doch wenn man genau hinschaut, sieht man auch, dass damit nur der eine Teil des Anspruchs, den die Reformen hatten, Realität geworden ist. Im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen besteht nach wie vor Handlungsbedarf.

□ Nichtanwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes

Mit der Liberalisierung der Leiharbeit unter rot-grün wurde eine grundsätzliche Gleichstellung der LeiharbeiterInnen mit den Festangestellten in den Betrieben gesetzlich verankert. Das neugeregelte Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz (AÜG) von 2003 sieht dazu den Gleichbehandlungsgrundsatz der LeiharbeiterInnen und der Stammbeschaft bei vergleichbarer Tätigkeit vor. Es wurde jedoch damals auch festgelegt, dass durch eine Tarifvereinbarung von dem Prinzip der Gleichbehandlung abgewichen werden darf.

» Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ging damals davon aus, dass die Gesetzesänderung überwiegend Fortschritte mit sich bringt und hat die Reformen weitgehend unterstützt. Die Hoffnung auf eine Durchsetzung von „equal pay“ und „equal treatment“ war groß. So heißt es auch in einer Broschüre des DGB zur Umsetzung der Gesetzesnovelle optimistisch: „Mit fortschrittlichen, passgenauen Lösungen kann Zeitarbeit ein modernes Mittel der Personalarbeit werden.“

Doch das Prinzip der Gleichbehandlung setzte sich nicht durch, vielmehr wurde die Ausnahmemöglichkeit, die das Gesetz eröffnete – der Abschluss eines abweichenden Tarifvertrages – genutzt, um Lohndumping in der Branche durchzusetzen: Der „Christliche Gewerkschaftsbund“ (CGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften schlossen sehr frühzeitig mit einem der drei größten Zeitarbeiterverbände einen Tarifvertrag auf niedrigem Niveau ab und setzten damit den DGB unter Druck.

Die Tarifgemeinschaft des DGB schloss daraufhin mit den zwei verbliebenen Arbeitgeberverbänden Tarifverträge, die auf einem höheren Niveau lagen. Im Mai 2006 hat die Tarifgemeinschaft des DGB schließlich mit dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) und der Interessengemeinschaft Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) einen Mindest-

lohnentarifvertrag abgeschlossen. Dieser sieht einen Mindestlohn von 6,36 Euro in Ost- und 7,31 Euro in Westdeutschland sowie Mindestregelungen zu Urlaubsanspruch und Urlaubsgeld für LeiharbeiterInnen vor. Diesen Tarifvertrag will der Bundesminister für Arbeit und Soziales nun in das Entsendegesetz aufnehmen und für allgemeinverbindlich erklären.

» Die Leiharbeitsbranche braucht diesen Mindestlohn, er ist ein erster Schritt, um negative Entwicklungen im Bereich der Leiharbeit zurückzudrängen. Darüber hinaus sollte das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz so geändert werden, dass spätestens nach einer von den Tarifpartnern festzulegenden angemessenen Einarbeitungszeit im Rahmen eines gesetzlich festgelegten Zeitkorridors für LeiharbeiterInnen die gleiche Bezahlung („Equal Pay“) und die gleichen Arbeitsbedingungen gelten wie für Stammarbeitskräfte. Dabei darf die Einarbeitungsphase nicht zu lang angelegt werden, denn die durchschnittliche Verweildauer einer/s Leiharbeiterin/s in einem Betrieb ist relativ kurz: Die meisten Zeitarbeiter verbleiben nur weniger als drei Monate im Betrieb.

□ EU-Richtlinie zur Zeitarbeit

Die Hoffnung von SPD und Gewerkschaften auf eine fortschrittliche Entwicklung der Leiharbeitsbranche nach der Reform von 2003 begründete sich auch in einer erwarteten Flankierung der nationalen Regelung durch eine EU-Richtlinie zur Leiharbeit. Dieser Richtlinienvorschlag wird seit 2002 auf EU-Ebene verhandelt. Mit der Richtlinie „www.leiharbeitsrichtlinie.de“ wird bezweckt, das „Nichtdiskriminierungsprinzip“ auf LeiharbeiterInnen auszudehnen: Ihre wesentlichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen (darunter die Dauer der Arbeit und das Arbeitsentgelt) sollen mindestens denen entsprechen, die für sie gelten würden, wenn sie von dem entleihenden Unternehmen direkt beschäftigt würden.

Die Verabschiedung der Richtlinie ließ lange auf sich warten, immer wieder vertagten sich die Arbeitsminister der Union, wobei sich vor allem das liberale Großbritannien gegen Regeln für die Leiharbeit sträubte. Nach sechsjährigen Verhandlungen gelang nun eine Einigung auf Ebene der EU-Arbeitsminister. Nach der Zustimmung des Europäischen Parlamentes wird damit künftig der Gleichbehandlungsgrundsatz in der gesamten Europäischen Union gelten. Allerdings enthält die europäische Einigung die gleiche Klausel wie das Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz: Von dem Gleichbehandlungsgrundsatz kann durch eine Einigung von Tarifparteien abgewichen werden. Somit ändert sich auch durch die EU-Richtlinie nichts im Hinblick auf mangelnde Durchsetzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes.

□ Brückeneffekt umstritten

Ein zentrales Ziel der Flexibilisierung der Leiharbeit war die Schaffung von Brücken in eine Festanstellung. Dieser „Brückeneffekt“, also der Anteil der LeiharbeiterInnen, die in ein weiteres Beschäftigungsverhältnis übernommen werden, wird sehr unterschiedlich quantifiziert. Nach neuesten Zahlen des IAB wird davon ausgegangen, dass etwa 30 Prozent der LeiharbeiterInnen hinterher eine feste Stelle bekommen, so ähnlich lauten auch die Schätzungen des ehemaligen Arbeitsminister Wolfgang Clement. Es wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass es keine verlässlichen Zahlen gibt und dass es auch fraglich bleibt, ob das zwischenzeitliche Ausüben einer Leiharbeitstätigkeit wirklich dabei geholfen hat, wieder „feste Arbeit“ zu finden, oder ob es andere Gründe gibt.



Insofern kann man den Jobeffekt der Zeitarbeit positiv oder negativ beurteilen. Man könnte sagen, dass immerhin bis zu 30 Prozent der LeiharbeiterInnen vorher arbeitslos gewesen sind und nun eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben. Dies ist die Hauptargumentationslinie der BefürworterInnen von mehr Leiharbeit. Genauso ist es möglich, die Einmündungsquote als zu niedrig darzustellen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass entstehende Leiharbeitsplätze Festanstellungen verhindern könnten.

□ Gefahr der Verdrängung von Festangestellten

Gesicherte empirische Untersuchungen zu den verdrängenden Effekten der Leiharbeit innerhalb von Unternehmensstrukturen sind rar. Lokale Erhebungen und Betriebsrätebefragungen weisen aber darauf hin, dass Unternehmen zunehmend dazu übergehen, Stammbesellschaften durch LeiharbeiterInnen zu ersetzen. Im 10. Bericht der Bundesregierung zur Arbeitnehmerüberlassung heißt es bereits: „Besonders bei Großbetrieben sind Tendenzen erkennbar, Stammpersonal durch Leiharbeiter zu substituieren. Zum Teil werden MitarbeiterInnen entlassen, um sie über haus-eigene Verleihfirmen zumeist zu ungünstigeren Tarifbedingungen in den alten Betrieb zurück zu entleihen. Zum Teil werden aber auch ganze Teile der Produktion auf Fremdfirmen verlagert, die entsprechenden MitarbeiterInnen jedoch zuvor an diese Fremdfirmen verliehen, um dort die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln. Anschließend wird der vormalige Entleihbetrieb als Subunternehmen tätig.“

Die Betriebsrätebefragung 2007 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) hat ergeben, dass in über der Hälfte der befragten Unternehmen die Zahl der eingesetzten LeiharbeiterInnen zugenommen hatte und in rund einem Viertel der Betriebe Stammkräfte durch LeiharbeiterInnen ersetzt wurden.

□ Weitere Reformen in der Leiharbeit nötig

Die skizzierte Entwicklung führt immer häufiger zu gespaltenen Belegschaften. Festangestellte und LeiharbeiterInnen fühlen sich als ArbeitnehmerInnen erster und zweiter Klasse. Über die Leiharbeit wird de facto eine zweite Tarifstruktur eingeführt. Diese Entwicklung führt zu erheblichem Druck auf die Stammbesellschaften und zu schwindender Verhandlungsfähigkeit der Gewerkschaften. Der Gleichbehandlungsgrundsatz des Arbeitnehmer-Überlassungsgesetzes (AÜG) existiert also nur auf dem Papier.

Leiharbeit dient somit immer häufiger nicht als Instrument zur Abdeckung kurzfristiger Auftragsspitzen oder als Einstieg in reguläre Beschäftigung. Stattdessen wird Leiharbeit immer stärker zu Tariffucht und Lohndumping genutzt.

Um dem bereits von rot-grün angestrebten Ziel der Gleichbehandlung näher zu kommen, sind deshalb neben dem Mindestlohn für die Branche die Umsetzung folgender Änderungen im AÜG nötig:

Dem Betriebsrat des entleihenden Betriebes muss ein Zustimmungsverweigerungsrecht eingeräumt werden, wenn statt Leiharbeit ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis im Betrieb möglich wäre. Außerdem müssen LeiharbeiterInnen bei der Ermittlung der Beschäftigtenzahl für die arbeitsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt werden.

Die maximale Verleihzeit eines Beschäftigten an einen Betrieb muss wieder begrenzt werden.

Es muss per Gesetz eine allgemeine Höchstquote für LeiharbeiterInnen in einer Belegschaft festgelegt und Einsatzzwecke vereinbart werden, die dann durch Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung noch weiter eingegrenzt werden können.



Das so genannte „Synchronisationsverbot“ muss wieder in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aufgenommen werden. Es muss verhindert werden, dass ein Leiharbeitsunternehmen seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur für die Dauer eines bestimmten Entleiheinsatzes beschäftigt.

Spätestens nach einer Einarbeitungszeit, die von den Tarifparteien festzulegen, aber ungefähr vier Wochen nicht überschreiten sollte, muss eine Gleichbehandlung der LeiharbeiterInnen und der fest Angestellten stattfinden.

Leiharbeit sollte eine Brücke in ein reguläres Arbeitsverhältnis sein. Viele LeiharbeiterInnen müssen deshalb auch für eine Übernahme „attraktiv gemacht“, sprich qualifiziert, werden. Das Problem ist, dass weder die Leiharbeitsbetriebe, die in der Regel keine langfristige Personalentwicklung betreiben, noch die entleihenden Unternehmen ein besonderes Interesse an der Weiterbildung der Leiharbeitsbeschäftigten haben. Deshalb brauchen wir einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Weiterbildung für die Beschäftigten in der Leiharbeitsbranche sowie die Sicherstellung der Finanzierung dieser Qualifizierungsmaßnahmen.

□ Fazit

Leiharbeit ist ein sinnvolles Instrument, wenn sie dazu dient, kurzfristige Auftragsspitzen in den Unternehmen zu bewältigen. Sie kann auch ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument sein, um insbesondere Langzeitarbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. In dieser Hinsicht ist die Reform der rot-grünen Bundesregierung erfolgreich gewesen, viele Arbeitsuchende haben in der Leiharbeit eine Beschäftigung gefunden.

Die Leiharbeit muss jedoch stärker reguliert werden, um sie auf die Kernfunktion, die „Abdeckung von Arbeitsspitzen“ zurückzuführen. Dazu stehen die Durchsetzung des Gleichbehandlungs-

grundsatzes und die Einführung eines Mindestlohnes als untere Haltelinie für die Branche im Zentrum. Sie sind auch kein zu hoher Preis, denn den Unternehmen geht es beim Einsatz von LeiharbeiterInnen nach eigener Darstellung nicht um den Einsatz von „BilligarbeiterInnen“ sondern um das Gewinnen von Flexibilität. Diese Flexibilität bleibt erhalten, sie muss aber durch angemessene soziale Sicherheit für die Beschäftigten flankiert werden.

» Die SPD und die Gewerkschaften wollen diese Änderungen zusammen durchsetzen. Sichtbare Zeichen dafür sind die gemeinsamen Positionierungen, zuletzt der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein und der IG Metall Küste. Da die CDU/CSU derzeit alle Änderungswünsche im Hinblick auf die Branche ablehnt – möglicherweise sogar die Ausdehnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf die Branche – ist aber leider kaum noch zu erwarten, dass vor der Bundestagswahl 2009 gesetzliche Änderungen durchzusetzen sind. ■

☞ Gabriele Hiller-Ohm, MdB, ist Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales.

☞ Björn Lüttmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Gabriele Hiller-Ohm.

Im Text werden die Begriffe „Leiharbeiter“ bzw. „Leiharbeitnehmer“ verwandt, da diese Bezeichnung auch im Gesetzestext des „Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes“ verwendet wird.

Literatur

- Clement, Wolfgang: Zeitarbeit: Kleber und Brücke, in: Wirtschaftswoche vom 21.3.2008
- Kaltenborn, Bruno: Leiharbeit im Aufschwung, Berlin 2007, Seite 1; Statistiken der Bundesagentur für Arbeit; Institut der deutschen Wirtschaft „iwd“ vom 3. April 2008)
- IG Metall: Wirtschaft aktuell (09/2008), S.1 Kaltenborn (2007), S. 3
- DGB Bundesvorstand: Ratgeber Zeitarbeit – Handlungshilfe für Betriebs- und Personalräte, Berlin 2003, S. 5
- Bundesagentur für Arbeit, Zahl für das erste Halbjahr 2007
- Promberger, Markus: Leiharbeit: Zwischenbilanz und offene Fragen, in: WSI-Mitteilungen 4/2008
- vgl. hierzu: Böckler Impuls (8/2008), Seite 1
- zum Beispiel: IG Metall und IMU-Institut für Medienforschung und Urbanistik GmbH: Zeitarbeit in der Region Mittlerer Oberrhein und Enzkreis (MORE) 2008; IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen: Sozialreport Zeitarbeit, ohne Datum
- Bundestagsdrucksache 15/6008, S. 22
- Böckler-Impuls (6/2008), S.1
- „Leiharbeit gestalten – Missbrauch zurückdrängen“, Gemeinsames Positionspapier der IG Metall Küste und der SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, 16.4.2008. Zuvor hatte bereits die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg mit der IG Metall Baden-Württemberg ein Positionspapier „Für faire Leiharbeit in Baden-Württemberg“ veröffentlicht.

Für einen Neuen Generationenvertrag!

von Axel Gerntke



Foto: Christian Kiel

□ I. Eine Initiative zur grundlegenden Erneuerung der Alterssicherung ist notwendig

Das deutsche System der Alterssicherung befindet sich in einer tiefen Krise. Es steht vor Problemen, die es mit seiner heutigen Struktur nicht bewältigen kann. Die nicht nur in Deutschland betriebene Politik der (Teil-)Privatisierung der Alterssicherung und damit verbunden, die Ansammlung gigantischer Kapitalmengen in international agierenden Fonds hat die aktuelle Finanzmarktkrise befördert. Zugleich führen die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten zu steigenden Unsicherheiten bei den kapitalgedeckten Alterssicherungssystemen der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Hinzu kommen veränderte Erwerbsbiographien, Probleme auf dem Arbeitsmarkt (strukturelle Arbeitslosigkeit und Ausbreitung des Niedriglohnsektors) und die langfristig wirkenden Verschiebungen im Altersaufbau der Gesellschaft. Diese Veränderungen stellen große Herausforderungen dar. Bislang zielte die Politik auf drastische Leistungskürzungen und eine (Teil-)Privatisierung, die auf einen Systemwechsel hinaus läuft:

Die Renten-„Reformen“ der Vergangenheit senken das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rente drastisch. Weder die betriebliche Altersversorgung noch die Modelle der Privatvorsorge werden diese Sicherungslücken schließen. Die Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt erzeugen erhebliche Alterssicherungsrisiken: Mit zunehmender Dauer von Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen sowie der generellen Zunahme von ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen verlieren

die Menschen die Möglichkeit, Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der betrieblichen Altersversorgung anzusammeln. Bei gleichzeitig niedrigen Haushaltseinkommen, die keine Privatvorsorge zulassen, kumulieren hier die sozialen Risiken.

Zudem hat die Verschiebung der Tragelast der Finanzierung der Alterssicherung auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Ausmaß erreicht, das mit sozialstaatlichen Vorstellungen nicht mehr kompatibel ist!

Diese Rentenpolitik wird von einem großen Teil der Bevölkerung abgelehnt. Nach Umfragen wenden sich über 80 Prozent der Bevölkerung gegen die Rente mit 67. Diese gesellschaftlichen Mehrheiten müssen stabilisiert und sozialstaatlich ausgerichtete Alternativkonzepte popularisiert werden. Dabei reicht die einfache Verteidigung der bisherigen Strukturen der gesetzlichen Rentenversicherung nicht mehr aus. Es geht um den Neuaufbau einer solidarischen, verlässlichen Alterssicherung. Aus diesem Grund hat die IG Metall eine „Initiative Neuer Generationenvertrag“ beschlossen, die die fünf Elemente einer künftigen Rentenpolitik-Diskussion in den Mittelpunkt stellt.

» » Erstens geht es um die Erwerbstätigenversicherung. Schrittweise müssen alle Selbstständigen und FreiberuflerInnen sowie die BeamtenInnen und ParlamentarierInnen in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einbezogen werden. Zum einen müssen alle Erwerbstätigen ausreichend geschützt werden. Zum anderen sprechen Aspekte der Gerechtigkeit und der



nachhaltigen Finanzierung für eine Erwerbstätigenversicherung. Ihre Einführung könnte bei gleichem Leistungsniveau über einen längeren Zeitraum ein bis zwei Beitragssatzpunkte in der GRV einsparen.

» Zweitens fordert die IG Metall eine Alterssicherung, die nach einem erfüllten Arbeitsleben Lebensstandardsicherung gewährleistet und generell Armut vermeidet. Hierzu muss das Rentenniveau zumindest wieder auf das Niveau des Jahres 2000 angehoben werden, anstatt es – wie geplant – weiter drastisch abzusinken. Diese Maßnahme würde viele künftige Rentnerinnen und Rentner vor der Altersarmut bewahren. Weiterhin müssen spezielle, armutsvermeidende Komponenten in der Rentenversicherung gestärkt, bzw. neu eingeführt werden. Zu nennen ist eine steuerfinanzierte Rente nach Mindesteinkommen, die deutliche Erhöhung der Abführung von Rentenversicherungsbeiträgen für Hartz IV-BezieherInnen und eine wesentlich höhere Grundsicherung im Alter.

» Drittens muss die betriebliche Altersversorgung flächendeckend ausgebaut werden. Die ArbeitgeberInnen sollen generell verpflichtet werden allen Beschäftigten eine betriebliche Altersversorgung anzubieten und sich an der bAV finanziell zu beteiligen.

» Viertens muss die Rente mit 67 verhindert werden. Rente mit 67 ist nichts Anderes als eine Rentenkürzung und bereits heute halten viele Beschäftigte nicht einmal bis zum 65. Lebensjahr durch. Darum sind flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr erforderlich.

Allerdings ist klar, dass auch eine grundlegende Erneuerung des Alterssicherungssystems allein die Probleme nicht lösen wird: Die Prekarisierung der Arbeit schreitet voran. Ca. 22 Prozent der Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnsektor. Die Lohnquote ist deutlich gesunken und der Anteil der – oftmals nicht abgesicherten Selbstständigen

– ist in den letzten zehn Jahren um etwa 17 Prozent angestiegen. Selbst, wenn die ersten vier Punkte des IG Metall-Programms umgesetzt werden würden, wäre den Arbeitslosen, NiedriglöhnerInnen und (Schein-)Selbstständigen nur zum Teil geholfen. Auch darum engagiert sich die IG Metall gleichzeitig fünftens für eine grundlegende arbeitsmarkt- und verteilungspolitische Wende.

□ II. Neue Aspekte der IG Metall-Initiative

1. Es geht auch um eine Entlastung der Beschäftigten jetzt!

Den Gewerkschaften wird vorgeworfen, sie akzeptierten eine höhere Belastung der Beschäftigten. Das Gegenteil ist richtig: Die Rentenpolitik der Bundesregierung führt zu ihrer Belastung, während das IG Metall-Modell eine Entlastung zur Folge hat. Denn im Regierungsmodell sind zusätzlich mindestens sechs Prozentpunkte des Bruttomonatseinkommens für die Privatvorsorge aufzuwenden, um auf ein noch halbwegs vertretbares Rentenniveau zu kommen.

2. Das IG Metall-Modell bezieht die betriebliche Altersversorgung mit ein

Ein weiterer Vorwurf besteht darin, dass sich die Gewerkschaften gegen „zusätzliche“ Alterssicherungen wehren würden. Dies ist bereits begrifflich unzutreffend. „Zusätzliche“ Alterssicherung ist nur dann möglich, wenn sie nicht bisherige Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung ersetzt, sondern dem Wortsinne nach zusätzlich erfolgt.

» Die IG Metall will die betriebliche Altersversorgung verbessern: Dabei müssen die Stärken der bAV genutzt und ihre Schwächen beseitigt werden. Ihre Stärke besteht darin, die jeweilige Lebenssituation von Beschäftigten zu berücksichtigen. Sie kann in einem sozialstaatlichen Alterssicherungskonzept beispielsweise dazu beitragen, ein angemessenes Sicherungsniveau

für diejenigen zu erzielen, die nur eine relativ geringe Anzahl von Versicherungsjahren aufweisen, weil sie entweder spät in das Arbeitsleben eingetreten sind oder aber vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Dabei sind aber die bisherigen Schwächen der bAV nicht zu übersehen: Bisher war bAV eine westdeutsche Veranstaltung in Großbetrieben, an der vorrangig Männer partizipierten und die in immer höherem Maß von den Beschäftigten selbst finanziert wird. Hinzu kommt: Kapitalgedeckte Systeme erweisen sich in Zeiten der Finanzmarktkrise als Problemtreiber und nicht als Problemlöser. Das IG Metall-Konzept zielt daher darauf, die Arbeitgeber zu verpflichten, grundsätzlich allen Beschäftigten eine betriebliche Altersversorgung anzubieten (Arbeitgeberobligatorium). Zudem müssen sie sich künftig auch wieder finanziell an der bAV beteiligen. Und es müssen Durchführungswege gefunden werden, die sicherstellen, dass die Aufwendungen für die bAV nicht zur Spekulation auf den Internationalen Finanzmärkten missbraucht werden.

3. Kein Ausspielen von Armutsvermeidung und Lebensstandardsicherung

In der aktuellen Rentendebatte werden die Ziele der Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung oftmals gegeneinander ausgespielt. Anders im IG Metall-Konzept. Dadurch, dass insgesamt das Niveau der gesetzlichen Rente angehoben wird, werden bereits viele Rentnerinnen und Rentner über die Armutsschwelle gehoben. Zudem werden mehr Spielräume eröffnet, einen höheren Solidaranteil innerhalb der Rentenversicherung zu realisieren und damit einen wesentlichen Beitrag zur Armutsvermeidung zu leisten. Neben der allgemeinen Erhöhung des Niveaus fordert die IG Metall daher auch spezielle Maßnahmen zur Armutsvermeidung. Dies sind insbesondere die Rente nach Mindesteinkommen, deutlich höhere Rentenanwartschaften für ALG II-BezieherInnen sowie die Anhebung der Grundsicherung im Alter entsprechend der Berechnungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

□ III. Finanzierung

Unbestritten ist, dass ein höheres Rentenniveau Geld kostet. Der Beitragssatz würde bis zum Jahr 2030 auf 28 Prozentpunkte ansteigen, wenn im IG Metall-Konzept nicht auch Maßnahmen enthalten wären, welche die Rentenkasse entlasten, so z.B. die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung. Sie senkt den Beitragssatz auf längere Sicht um etwa einen Beitragssatzpunkt. Werden zusätzliche Steuermittel aufgewendet, um die Rentenanwartschaften für Hartz IV-BezieherInnen zu erhöhen, hieße dies, dass durch eine moderate Erhöhung des Bundeszuschusses der Beitragssatz dann im Modell der IG Metall bis zum Jahr 2030 auf etwa 24 Beitragssatzpunkte ansteigen würde. Dies sind zwei mehr als nach den Vorstellungen der Bundesregierung. Diese Steigerung ist aber vertretbar, weil hierdurch auch künftige Generationen eine ordentliche Rente erhalten und gleichzeitig die Beschäftigten entlastet würden.

□ IV. Perspektiven

Der Ausgangspunkt der Initiative ist die persönliche Betroffenheit von Mitgliedern und potenziellen Mitgliedern. Darüber hinaus beinhaltet das Konzept aber eine kritische Haltung gegenüber der Entfesselung der Kapitalmärkte. Damit werden politische Anknüpfungspunkte zur globalisierungskritischen Bewegung ebenso aufgemacht, wie zu Sozialverbänden. Die Initiative zielt in ihrem Kern auf den Erhalt und den Ausbau eines öffentlichen Solidarsystems. Ihre Thematik ist Bestandteil der IG Metall-Kampagne „Gutes Leben“ zur Bundestagswahl. Die Auseinandersetzung um die Alterssicherungspolitik steht stellvertretend für die Auseinandersetzung um den gesamten Agendakurs. Wenn es gelingt, Erfolge im Bereich der Alterssicherung, namentlich bei der Rente mit 67, zu erzielen, könnte dies von strategischer Bedeutung im Kampf gegen die Agendapolitik insgesamt sein. ■

☞ Axel Gernthke ist Gewerkschaftssekretär im Fachbereich Sozialpolitik beim IG Metall-Vorstand, Frankfurt am Main.

Jahresregister 2008

AutorInnenverzeichnis



AutorIn	Titel	Heft/Seite
Akgün, Lale	„Wir brauchen eine postnationale Identität“ (Interview)	166/10
Annen, Niels	60 Jahre NATO: Größer, aber nicht geeinter (Interview)	163/10
Annen, Niels	Lateinamerika neu denken	165/35
Annen, Niels	Mit Kanonen auf Piraten schießen	168/5
Baldschun, Katie	Neustart Frauenpolitik – Warum die Quote Schule machen muss	166/49
Bauer, Adolf	Privatisierung sozialer Risiken ist ein Irrweg (Interview)	164/12
Behning, Ute	Wer sorgt für wen?	162/17
Bercht, Alexander	Kraft der sozial-ökologischen Idee	168/44
Bieling, Hans-Jürgen	Wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitische Handlungsspielräume im europäischen Mehrebenensystem	167/21
Bittlingsmeyer, Uwe	Generationen oder Klassenmilieus?	161/16
Bogedan, Claudia	„Who cares about care?“ Einleitung	162/14
Bogedan, Claudia	Literaturschau	162/40
Böhning, Björn	Es geht um mehr als nur um Personen	166/4
Böhning, Björn	„New Deal“ statt „ruhige Hand“	168/4
Böhning, Björn	Wir sind Kraft-Zentrum der SPD	162/4
Böhning, Björn	Contra: Schuldenbremse für die öffentliche Hand?	161/9
Böhning, Björn	Kompass für die Strategiefindung	161/40
Brangs, Stefan	Föderalismus vor dem Ende der Solidarität?	163/4
Braun, Bernard	Leistungssteuerung in der Gesetzlichen Krankenversicherung: Vorfahrt für den Unternehmenswettbewerb oder für eine runderneuerte Selbstverwaltung?	168/35
Buchinger, Erwin	Neuer Erfolg im zweiten Anlauf?	166/5
Bülöw, Marco	Pro: Wiedereinführung der Pendlerpauschale	166/8
Buls, Hannelore	Pflegereform und Pflegezeitgesetz	162/25
Burchardt, Ulla	PISA? – Die Freiheit nehme ich euch	161/5
Burmeister, Kai	Literaturschau	163/43
Burmeister, Kai	Wer wird nächster Europameister?	165/4
Burmeister, Kai	What a wonderful world? (Einleitung)	165/12
Burmeister, Kai	Soziales Europa – Von Lissabon zur solidarischen Erneuerung? (Einleitung)	167/11
Burmeister, Kai	Richtung bestimmen! (Einleitung)	163/12
Burmeister, Kai	Alles gute Arbeit? (Einleitung)	164/14
Burmeister, Kai	Staat, Wettbewerb, Selbstverwaltung – wie organisiert man soziale Sicherheit? (Einleitung)	168/10
Dauderstädt, Michael	Wege zu einem sozialen Deutschland	163/23
Deckwirth, Christina	Privatisierung kommunal: Stand der Liberalisierung und Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland	166/15
Demirovic, Alex	Die Hinwendung zur Wirklichkeit	167/41
Drautz, Cordula	What a wonderful world? (Einleitung)	165/12
Drautz, Cordula	Literaturschau	165/39
Drautz, Cordula	„Who cares about care?“ Einleitung	162/14
Drautz, Cordula	Der SPD fehlt es an Authentizität (Gespräch)	161/36
Drögemöller, Marc	Zwei Schwestern in Europa. Die deutsche und niederländische Sozialdemokratie im 19. und 20. Jahrhundert	167/51
Drohsel, Franziska	Paragraph 129 a, b Strafgesetzbuch abschaffen!	166/6
Drohsel, Franziska	Ausbildungsbonus ersetzt nicht die Umlage!	161/6
Drohsel, Franziska	Pro: Zusammenarbeit mit Linkspartei	162/10
Drohsel, Franziska	Die SPD nach dem Bahnkompromiss	164/4
Drohsel, Franziska	„Linkssein ist wieder angesagt!“ Juso-Thesen „Für eine Linke der Zukunft“	165/50
Duttine, Armin	Bahnprivatisierung: Trickreicher Verkauf	164/44
Engartner, Tim	Grenzen der Privatisierung	166/21
Engartner, Tim	Literaturschau	166/38
Fahimi, Yasmin	Gute Arbeit – oder: Etwas Besseres als eine Festanstellung finden wir allemal? (Streitgespräch)	162/36
Ferner, Elke	Contra: Gesundheitsfonds stoppen	163/9

Autor:In	Titel	Heft/Seite
Ferner, Elke	Frauenministerium – Fehlanzeige	165/6
Filc, Wolfgang	Wege zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems	167/44
Franz, Andrea	Alterssicherung – Erweiterung durch eine steuerfinanzierte vierte Säule	164/47
Gather, Claudia	Wer schließt die Dienstleistungslücke im Privathaushalt?	162/21
Gebauer, Thomas	Es geht nicht um ein paar Millionen mehr fürs Zivile	167/4
Geiling, Heiko	Epilog oder Neuanfang?	164/50
Gerlinger, Thomas	Risiken und Nebenwirkungen des Gesundheitsfonds	168/22
Gleicke, Iris	Links, wo das Herz ist – SPD bleibt die linke Volkspartei!	161/46
Hacker, Björn	Europäische Sozialunion? Gerade jetzt!	167/14
Heimann, Horst	Gerechtigkeitslücke – zu Lasten der SPD	166/52
Heintze, Cornelia	Warum Finnland Spitze ist	162/32
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Konjunktur und Beschäftigung	163/45
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Bankenkrise und Regulierung	164/42
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Vor der neuen Ölkrise?	165/41
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Das Scheitern der WTO-Verhandlungen	166/40
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Das VW-Gesetz	167/39
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Rezession und die deutsche Politikberatung	168/42
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Steuerflucht und Steueroasen	162/42
Heise, Arne	Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Erbschaftsteuer – Reformpotential?	161/44
Henkelmann, Sarah	Neustart Frauenpolitik – Warum die Quote Schule machen muss	166/49
Herter, Marc	Gut für die Entwicklung vor Ort. Der Stellenwert öffentlicher Unternehmen in der sozialdemokratischen Kommunal- und Regionalpolitik	166/34
Hillebrand, Ernst	Am Ende des Dritten Weges	163/32
Hindersmann, Nils	Soziales Europa – Von Lissabon zur solidarischen Erneuerung? (Einleitung)	167/11
Hindersmann, Nils	Literaturschau	167/37
Hirschel, Dierk	Bundestagswahl 2009: neue Verteilungsgerechtigkeit notwendig	168/47
Hofmann, Frank	Innenminister Schäubles Umgang mit dem Rechtsstaat	163/47
Höschele, Ralf	Bahnprivatisierung: Trickreicher Verkauf	164/44
Hübner, Klaas	Contra: Zusammenarbeit mit Linkspartei	162/11
Humme, Christel	Bildungschancen sind der Schlüssel gegen Kinderarmut	162/7
Ingenshay, Cosima	„Who cares about care?“ Einleitung	162/14
Jagau, Hauke	„Was einmal veräußert ist, ist zumeist nicht rückholbar“	166/30
Jobelius, Sebastian	Gute Arbeit im Niedriglohnsektor	164/29
Jobelius, Sebastian	Staatswirtschaft 3.0 – Mit öffentlichen Unternehmen Gutes tun (Einleitung)	166/12
Joerissen, Britta	Die Fantastischen Vier und die Großen Sieben	165/15
Jüttner, Wolfgang	Gleiche Bildungschancen haben ihren Preis	166/6
Kaczmarek, Oliver	Mehr KönnernInnen sind gefragt – Strategien gegen Fachkräftemangel	166/7
Kalina, Thorsten	Niedriglöhne in Deutschland	164/20
Kastner, Norbert	Kommunalwirtschaft 3.0 – Mit Kommunalunternehmen Städte entwickeln	166/26
Kellermann, Christian	Europäische Sozialunion? Gerade jetzt!	167/14
Kerbusch, Ernst	Hilfe zur Selbsthilfe“ hat zumindest noch am meisten Sinn gemacht	165/30
Klähn, Sebastian	Wie der Europäische Gerichtshof ArbeitnehmerInnenrechte einschränkt	165/43
Klecha, Stephan	Gewerkschaften und Sozialstaat	161/51
Kohler, Stephan	Pro: Brauchen wir neue Kohlekraftwerke?	164/10
Kohlrausch, Bettina	Alles gute Arbeit? (Einleitung)	164/14
Kohlrausch, Bettina	Literaturschau	164/40
Kohlrausch, Bettina	Jugendpolitische Orientierung (Einleitung)	161/12
Kohlrausch, Bettina	Literaturschau	161/42
König, Barbara	„Who cares about care?“ (Einleitung)	162/14
König, Barbara	Ein Jahr Elterngeld	162/28
Kramm, Alexandra	Kinderspiel Kapitalismus	164/41
Kramm, Alexandra	Kinderspiel Kapitalismus	166/39
Kramm, Alexandra	Kinderspiel Kapitalismus	168/41
Kramm, Alexandra	Kinderspiel Kapitalismus	162/41
Kramm, Alexandra	Der SPD fehlt es an Authentizität (Gespräch)	161/36
Kremer, Uwe	Programmatische Phantasie freisetzen! Anmerkungen zu den neuen Juso-Thesen	166/42
Kurtzke, Wilfried	Konjunkturausblick: Wachstum schwächt sich ab	164/9
Kurz, Robert	Contra: Konjunkturprogramme gegen den Abschwung	167/9
Lambertin, Knut	Bundestagswahl 2009: neue Verteilungsgerechtigkeit notwendig	168/47



Autor:in	Titel	Heft/Seite
Lange, Bernd	Gewerkschaften auf dem Weg	167/32
Lange, Christian	Gerechtigkeit und Glaubwürdigkeit (Streitgespräch)	163/39
Lauterbach, Karl	Pro: Gesundheitsfonds stoppen	163/8
Liebich, Stefan	Alle wollen regieren – wir wollen verändern	163/28
Lomb, Mathias	Nachhaltigkeit erfordert politische Einmischung	162/44
Longo, Fabio	Contra: Brauchen wir neue Kohlekraftwerke?	164/11
Machnig, Matthias	Für eine Neuordnung der Agendanationaler und internationaler Politik	162/47
Matecki, Claus	Contra: Erbschaftsteuermkompromiss	168/7
Mattheis, Hilde	Deutschland reißt auseinander!	164/5
Meinhold, Walter	Contra: Sozialtarife in der Energieversorgung?	165/9
Merkel, Petra	Eine neue Schuldenregel für Deutschland?	163/50
Mikfeld, Benjamin	Alles muss raus	163/16
Mikfeld, Benjamin	Generation Y2K – zwischen Optimismus und Krise	161/26
Mosebach, Kai	Risiken und Nebenwirkungen des Gesundheitsfonds	168/22
Müller, Klaus	Vor unlauterer Telefonwerbung schützen	161/7
Mützenich, Rolf	Abrüstung und Rüstungskontrolle als vitale deutsche Interessen	165/23
Nahles, Andrea	SPD betritt Neuland in der Arbeitsmarktpolitik	161/4
Neumann, Lars	Richtung bestimmen! (Einleitung)	163/12
Palik, Horst	Das Rad muss in der Arbeitsmarktpolitik nicht neu erfunden werden	164/7
Peter, Horst	Zwischen autoritärer und partizipatorischer Demokratie – Das „neoliberale Modell Deutschland“ der SPD-Führung ist in der Krise	168/51
Peter, Horst	Steuerflucht und Steueroasen	162/44
Pfeiffer, Stefan	Nachhaltigkeit erfordert politische Einmischung	161/48
Pickshaas, Klaus	Erste Lehren aus dem Fall Nokia	164/32
Proms-Nord	Gute Arbeit – ein Beitrag zur gewerkschaftlichen Revitalisierung?	165/5
Pronold, Florian	Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein	168/6
Raza, Werner	Pro: Erbschaftsteuermkompromiss	165/20
Reckmann, Christiane	Neo-Merkantilismus im Dienste des europäischen Kapitals	165/10
Rhode, Wolfgang	Kinderarmut nicht im Fokus der Bundesregierung (Interview)	162/5
Rhode, Wolfgang	Steuerskandal – endlich handeln!	167/5
Riege, Fritz	Gerechte Verteilung auch in Zeiten der Finanzmarktkrise aktuell!	162/50
Röspel, René	Gesundheitsfonds nicht SPD-kompatibel	163/6
Röspel, René	Entscheidung für Forschung und Lebensschutz	165/7
Rossmann, Ernst Dieter	Der Klassenbeste hat Probleme in der Schule	168/44
Rossmann, Ernst Dieter	Kraft der sozial-ökologischen Idee	163/39
Rossmann, Ernst Dieter	Gerechtigkeit und Glaubwürdigkeit (Streitgespräch)	162/9
Runde, Ortwin	Öffentliche Güter, mit der besseren Qualität	163/50
Rünker, Gesa	Eine neue Schuldenregel für Deutschland?	163/44
Rünker, Gesa	Kinderspiel Kapitalismus	165/40
Rünker, Gesa	Kinderspiel Kapitalismus	167/38
Rünker, Gesa	Kinderspiel Kapitalismus	161/43
Rünker, Reinhold	Kinderspiel Kapitalismus	161/21
Rünker, Reinhold	Anspruchsvoll und offensiv	161/42
Sauer, Siegfried	Literaturschau	162/12
Schaa, Anton	Sympathiewelle für Warnstreiks (Interview)	164/47
Schäfer-Gümbel, Thorsten	Altersicherung – Erweiterung durch eine steuerfinanzierte vierte Säule	163/36
Scheer, Hermann	Aufbruch in die Soziale Moderne: Auftakt, Rückschlag, Ausblick	162/8
Schmid, Günther	DB AG: neues Privatisierungsmodell, alte Probleme	168/13
Schmiedel, Claus	Investieren in lebenslanges Lernen! Aber wer soll das bezahlen?	161/10
Schmucker, Rolf	Jeder bei uns weiß, was die Stunde geschlagen hat! (Interview)	168/22
Schneider, Carsten	Risiken und Nebenwirkungen des Gesundheitsfonds	161/8
Scholle, Thilo	Pro: Schuldenbremse für die öffentliche Hand?	165/46
Scholle, Thilo	85 Jahre „Sozialistische Politik und Wirtschaft“	166/45
Scholle, Thilo	Staatlichkeit und emanzipatorische Politik	167/48
Schreiner, Ottmar	Zur Geschichte der spw nach 1928	164/25
Schulten, Thorsten	Was ist gute Arbeit?	168/8
Schulz, Swen	Von einer verteilungspolitischen Wende kann keine Rede sein	166/7
Schuster, Joachim	Für ein Grundrecht auf Bildung!	168/18
Schwabe, Frank	Kommunale Politik für sozialen Zusammenhalt	165/8
Schwarzbach, Marcus	Pro: Sozialtarife in der Energieversorgung?	166/38
Sooth, Sebastian	Literaturschau	162/36
	Gute Arbeit – oder: Etwas Besseres als eine Festanstellung finden wir allemal? (Streitgespräch)	

AutorIn	Titel	Heft/Seite
Stache, Stefan	Literaturschau	162/40
Stache, Stefan	Richtung bestimmen! (Einleitung)	163/12
Stache, Stefan	Literaturschau	163/43
Stache, Stefan	Alles gute Arbeit? (Einleitung)	164/14
Stache, Stefan	Literaturschau	164/40
Stache, Stefan	Literaturschau	165/39
Stache, Stefan	Staatswirtschaft 3.0 – Mit öffentlichen Unternehmen Gutes tun (Einleitung)	166/12
Stache, Stefan	Soziales Europa – Von Lissabon zur solidarischen Erneuerung? (Einleitung)	167/11
Stache, Stefan	Literaturschau	167/37
Steinberg, Guido	Al-Qaida und die Diktatoren: Ein Plädoyer für eine (außen)politische Terrorismusbekämpfung	165/27
Steinhilber, Jochen	Die Fantastischen Vier und die Großen Sieben	165/15
Struck, Olaf	Die sorgenvolle Zukunft der Arbeit	164/16
Truger, Achim	Pro: Konjunkturprogramme gegen den Abschwung	167/8
Uellenberg van Daven, Wolfgang	Aktivieren mit McKinsey geht eben nicht! (Gespräch)	164/36
Uhl, Susanne	Nationale Steuer souveränität im grenzenlosen Binnenmarkt???	167/21
Vanselow, Achim	Niedriglöhne in Deutschland	164/20
Vester, Michael	Zwischen autoritärer und partizipatorischer Demokratie – Das „neoliberale Modell Deutschland“ der SPD-Führung ist in der Krise	168/51
von Pein, Tobias	Auf dem Weg zur Jugendpolitische Orientierung 2.0	161/22
Walter, Franz	Aus dem Lot geraten	163/19
Weinkopf, Claudia	Niedriglöhne in Deutschland	164/20
Welti, Felix	Staat, Wettbewerb, Selbstverwaltung – wie organisiert man soziale Sicherheit? (Einleitung)	168/10
Wend, Rainer	Contra: Wiedereinführung der Pendlerpauschale	166/9
Wettig, Klaus	Anmerkungen zu einem Nachruf auf Peter von Oertzen	164/54
Wieczorek-Zeul, Heidemarie	Abschied von einem Freund – zum Tode von Detlev Albers	165/54
Wiese, Inken	What a wonderful world? (Einleitung)	165/12
Wiese, Inken	Literaturschau	165/39
Will, Rosemarie	Online-Durchsuchung: Gesetzgeber sollte aus Fehlern lernen	163/5
Wodarg, Wolfgang	Unsere Solidarkassen werden dereguliert – wir können sie retten!	168/29
Woop, Gerry	Werdet wieder souverän	163/7
Zado, Julian	Sozialverträgliche Studiengebühren kann es nicht geben	164/6

Sachverzeichnis

■ Arbeitsmarktpolitik

Nahles 161/4, Palik 164/7, Burmeister/Kohlrausch/Stache 164/14, Struck 164/16, Kalina, Vanselow, Weinkopf 164/20, Schreiner 164/25, Jobelius 164/29, Pickshauss 164/32, Uellenberg van Daven 164/36, Klähn 165/43, Kaczmarek 166/7

■ Internationales, Außen- und Sicherheitspolitik (einschließlich Wehrpflichtdebatte)

Anne 163/10, Burmeister/Drautz/Wiese 165/12, Joerißen/Steinhilber 165/15, Mützenich 165/23, Steinberg 165/27, Kerbusch 165/30, Annen 165/35, Raza 165/20, Heise 166/40, Gebauer 167/4, Filc 167/44, Annen 168/5

■ Bildungs- und Forschungspolitik

Humme 162/7, Burchardt 161/5, Drohsel 161/6, Röspel, 163/6, Zado 164/6, Jüttner 166/6, Kaczmarek 166/7, Schulz 167/7, Schmid 168/13

■ Europapolitik

Burmeister 165/4, Raza 165/20, Klähn 165/43, Buchinger 166/5, Burmeister/Hindersmann/Stache 167/11, Hacker/Kellermann 167/14, Bieling 167/21, Uhl 167/27, Lange 167/32, Drögemöller 167/51, Annen 168/5

■ Geschlechterverhältnis

Bogedan/Drautz/Ingenshay/ König 162/14, Boehning 162/17, Gather 162/21, Buls 162/25, König 162/28, Heintze 162/32, Fahimi/Sooth 162/36, Ferner 165/6, Baldschun/Henkelmann 166/49

■ Gewerkschaften, Tarifpolitik

Sauer 162/14, Pfeiffer 161/48, Klecha 161/51, Pickshauss 164/32, Lange 167/32, Schulten 168/8

■ Große Koalition

Will 163/5, Reckmann 165/10, Duttine/Höschele 164/44

■ Innen- und Rechtspolitik

Müller 161/7, Will 163/5, Hofmann 163/47, Klähn 165/43, Drohsel 167/6, Schulz 167/7, Heise 167/39

■ Jungsozialistinnen

Rünker 161/21, von Pein 161/22, Mikfeld, 161/26, Kramm/Drautz 161/35, Böhning 161/40, Drohsel 165/50, Kremer 166/42, Demirovic 167/41

■ Klassen, Milieus und Lebensweisen

Kohlrausch 161/12, Bittlingmeyer 161/16

■ Migration und Integration

Akgün 166/10

■ Politische Kultur

Scholle 165/46, Scholle 167/48, Heise 168/42

■ Sozialdemokratie

(Politik und Strategie, Programmdebatte)

Böhning 162/4, Drohsel 162/10, Hübner 162/11, Lomb/Peter 162/44, Glicke, 161/46, Woop 163/7, Burmeister/Neumann/Stache 163/12, Mikfeld 163/16, Walter 163/19, Dauderstädt 163/23, Liebich 163/28, Hillebrand 163/32, Schäfer-Gümbel 163/36, Rossmann/Lange 163/39, Drohsel 164/4, Geiling

164/50, Godowski/Hensel/Rohwer (proms-Nord) 165/5, Böhning 166/4, Buchinger 166/5, Scholle 166/45, Heimann 166/52, Drögemöller 167/51, Bercht/Rossmann 168/44, Hirschel/Lambertin 168/47, Peter/Vester 168/51

■ Soziale Sicherung

Bogedan/Drautz/Ingenshay/König 162/14, Behning 162/17, Gather 162/21, Buls 162/25, König 162/28, Heintze 162/32, Fahimi/Sooth 162/36, Riege 162/50, Mattheis 164/5, Bauer 164/12, Franz/Schaaf 164/47, Reckmann 165/10, Heimann 166/52, Hacker/Kellermann 167/14, Bieling 167/21, Schulten 168/8, Burmeister/Welti 168/10, Wodarg 168/29

■ Staatliche Strukturen, Rolle von Staat, Kommunale Aufgaben

Scheer 162/8, Rossmann 162/9, Brangs 163/4, Duttine/Höschele 164/44, Jobelius/Stache 166/12, Deckwirth 166/15, Engartner 166/21, Kastner 166/26, Jagau 166/30, Herter 166/34, Scholle 166/45, Burmeister/Welti 168/10, Schuster 168/18

■ Umwelt- und Energiepolitik, nachhaltiges Wirtschaftswachstum

Lomb/Peter 162/44, Machnig 162/47, Kohler 164/10, Longo 164/11, Schwabe 165/8, Meinhold 165/9, Bülow 166/8, Bercht/Rossmann 168/44

■ Wirtschaftspolitik

(einschließlich Finanz- und Steuerpolitik)

Rhode 162/5, Heise 162/42, Schneider 161/8, Böhning 161/9, Heise 161/44, Heise 163/45, Merkel/Runde 163/50, Kurtzke 164/9, Heise 164/42, Heise 165/41, Franz/Schaaf 164/47, Bülow 166/8, Wend 166/9, Jobelius/Stache 166/12, Deckwirth 166/15, Engartner 166/21, Kastner 166/26, Jagau 166/30, Herter 166/34, Heise 166/40, Rhode 167/5, Truger 167/8, Kurz 167/9, Bieling 167/21, Uhl 167/27, Heise 167/39, Filc 167/44, Böhning 168/4, Pronold 168/6, Matecki 168/7, Schulten 168/8, Schmid 168/13, Heise 168/42, Peter/Vester 168/51

■ Gesundheitspolitik

Lauterbach 163/8, Ferner 163/9, Gerliner/Mosebach/Schmucker 168/22, Wodarg 168/29, Braun 168/35

■ Fünf Fragen an:

Paul Levi 162/58, Dieter Scholz 163/58, Ulrike Hensel 164/58, Stefan Schostok 165/58, August Bebel 166/57, Mechthild Jansen 167/57, Oliver Kaczmarek 168/58, Burkert 157/8, Burmeister 157/4, Burmeister 160/40, Deml 159/52, Detje/König 160/20, Dörre 160/14, Frank 152/4, Friedrich 155/4, Häcker 160/28, Hansen 151/12, Hiller-Ohm 158/6, Horn 150/13, Jüttner 153/4, „Kasseler Kreis“ 154/54, Klecha 158/46, Kollwe 160/36, Lamb 148/11, Lindecke 148/29, Lux 150/12, Merkel 151/13, Nahles 150/4, Peters 152/13, Pfahl 148/32, Pickshauss/Speidel 149/23, Pusch / Rünker 154/12, Rose/Schwetttscher 160/31, Scheer 157/9, Schlecht 153/9, Schlecht 159/9, Schmidt 148/12, Schröder 149/19, Schulten 149/16, Seyboth/Thannisch 156/6, Sommer 148/36, Steppuhn 160/25, Stockfisch 148/27, Ullenberg-van Dawen 147/9, Walwei 153/8, Wein 154/50, Willmann 149/29



5 Fragen an ... Tanja Hartwig

☞ Tanja Hartwig,
aktuelles Bild (rechts);
1997 (Bild links)

Fotos: privat



» Tanja Hartwig, genannt Harbsmeier, Jahrgang 1967. Tanja studierte Sozialpädagogik in Bielefeld. Ihr politisches Engagement begann bereits im Alter von 13 Jahren in der Friedensbewegung. 1985 folgte der Einstieg bei den Jusos und kurz darauf auch bei der SPD. Schnell übernahm sie die Leitung des Antifa-Arbeitskreises der Jusos in Ostwestfalen-Lippe (OWL), denn dieses Thema liegt ihr bis heute besonders am Herzen. 1993 bis 97 wurde sie zur Vorsitzenden der Jusos OWL gewählt und war nun auch bei den Juso-Linken auf Bundesebene eine gerne gesehene, manchmal etwas unbequeme Genossin ;-), 1994 wurde sie außerdem jüngstes Mitglied im SPD-Bezirksvorstand OWL. Seit 2002 ist Tanja Hartwig Unternehmerin mit ihrer Firma „Effektive Kundenbetreuung“, die im Schwerpunkt Trainings, Beratung und Coaching anbietet, vor allem für Callcenter und Kundenbetreuung. Politisch ist sie in einem Fachverband aktiv. Sie lebt in Köln und wird im April 2009 heiraten.

spw: Was waren die wichtigsten Meilensteine in deinem bisherigen politischen Leben?

» **Tanja Hartwig:** Das war ganz klar die Friedensbewegung. Mit 13 Jahren habe ich mich bereits politisch interessiert und war aktiv in meinem kleinen Ort in der Friedensbewegung. Ein Höhepunkt war sicherlich die große Friedensdemo in Bonn 1982 oder 1983. Mich hat sehr beeindruckt, wie viele Menschen dort für ein gemeinsames Ziel im Hofgarten waren. Mit meiner Wahl als Schülersprecherin folgte die Durchführung der ersten Projektwoche zum Thema „Nationalsozialismus und Neonazismus in Minden-Lübbecke“ mit durchschlagendem Erfolg. Auch meine Bewerbung um ein Bundestagsmandat mit anfangs fast keinen Chancen und später sehr realistischen Chancen war prägend. Leider konnte meine Aufstellung über interne Absprachen verhindert werden.

spw: Welche bei den Jusos gelernten Fähigkeiten sind heute für deinen Job heute wertvoll?

» **Tanja Hartwig:** Das sind eine ganz Menge, vor allem Strukturierungen von Sitzungen, zielorientiertes Arbeiten, Kompromissfähigkeit und Verhandlungen führen, Moderationen und Reden halten. Wichtig ist aber auch, sich mit Menschen, die man nicht mag, konstruktiv auseinanderzusetzen, Positionen klar zu vertreten und polarisieren zu können.

☞ Das Interview führte Alexandra Kramm.

spw: Welche Position der Jusos (von früher oder heute) findest du als Unternehmerin schwierig?

„**Tanja Hartwig:** Viele Positionen der Jusos, damals und heute, sind für mich immer noch interessant und ansprechend. Im Laufe der Jahre und auch als Unternehmerin erlebe ich große Umsetzungsprobleme dieser Positionen. Es findet mir zu sehr eine Polarisierung auf arm/reich statt, dazwischen gibt es wenig. Und für Unternehmen wie meines mit zwei festen Mitarbeitern sind Dinge wie flexible Arbeitszeiten, steuerliche Entlastungen, variable Mitbestimmungsmöglichkeiten notwendig. Die Diskussion um Flexibilisierung der Arbeit habe ich eher immer als kritisch empfunden, da es Arbeitsfelder gibt, in denen die Flexibilisierung unbedingt notwendig ist und auch der gesellschaftlichen Notwendigkeit angepasst. Ich weiß noch, dass wir als Medien-Arbeitskreis uns als einer der ersten mit dem gesamten Callcenter-Markt beschäftigt und diesen auch als Chance gesehen haben. Diese Einschätzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen war realistisch. Heute gibt es über 400.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich.

spw: Welchen Eindruck macht die SPD auf dich als jemand, der Abstand hat?

„**Tanja Hartwig:** Sie erscheint mir in vielen Punkten unkoordiniert und wankelmütig, gerade auch intern uneinig. Nach wie vor ist sie für QuereinsteigerInnen wenig offen. Für mich als Selbständige und Unternehmerin gibt es nur wenig Angebote.

spw: Welche politischen Ziele hast du für dich persönlich?

„**Tanja Hartwig:** Karriereziele sicherlich keine mehr. Eventuell vermehre ich mein Engagement im Fachverband noch. Ansonsten gilt für mich: wachsam bleiben, sich interessieren und Politik weiterverfolgen. Und: das Engagement gegen Rechts, sexuelle Gewalt und Ungerechtigkeit werden sicher immer mein Leben prägen.

spw: Tanja, vielen Dank für das Gespräch. ■

■ Callcenter

Die Vorgänger der Callcenter waren die telefonischen Bestellannahmen von Warenversandhäusern wie OTTO oder Quelle. Heute können Callcenter vielfältige Aufgaben erfüllen, zum Beispiel Informations-hotline, Beschwerdemanagement, Markt- und Meinungsforschung, Notfall-Dienst und Bestandskundenberatung. Kaltakquise, also der Anruf ohne Aufforderung der/s Kundin/en (cold calls), ist in Deutschland gesetzlich verboten. Dennoch brachten die cold calls einiger unseriöser Agentur-Betreiber der Callcenter-Branche bis heute deutliches Negativ-Image. Auch wegen schlechter Arbeitsbedingungen und Bezahlung standen die Callcenter in der Kritik. Die Branche aber ist nicht nur mit den technischen Möglichkeiten der Telekommunikation stark auf heute über 400.000 MitarbeiterInnen gewachsen, sondern hat sich auch verändert. Seit 2006 gibt es zwei neue Ausbildungsberufe in diesem Bereich, damit die gestiegene Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften befriedigt werden kann.

[Alexandra Kramm]